

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Das letzte Jahr der DDR

Ilko-Sascha Kowalczyk
VON DER REVOLUTION
ÜBER DEN MAUERFALL
ZUR EINHEIT

Dieter Segert
VERPASSTE CHANCEN
IM 41. JAHR

Greta Hartmann · Alexander Leistner
UMKÄMPFTES ERBE.
ZUR AKTUALITÄT VON „1989“
ALS WIDERSTANDSERZÄHLUNG

Martin Sabrow
„1989“ ALS ERZÄHLUNG

Mandy Tröger
DIE TREUHAND UND
DIE PRIVATISIERUNG
DER DDR-PRESSE

Elke Kimmel
WEST-BERLIN.
STIMMUNGSBILDER
AUS DEM LETZTEN JAHR

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Das letzte Jahr der DDR

APuZ 35–37/2019

ILKO-SASCHA KOWALCZUK

VON DER REVOLUTION ÜBER DEN MAUERFALL ZUR EINHEIT

In das Jahr 1989 gingen die meisten Ostdeutschen hoffnungslos. Nur eine kleine Minderheit engagierte sich für Veränderungen. Am Ende des Jahres war die Freude grenzenlos – die Hoffnungslosigkeit hatte sich in Glück verwandelt, für die absolut meisten Menschen ohne eigenes Zutun.

Seite 04–11

DIETER SEGERT

VERPASSTE CHANCEN IM 41. JAHR

Nach den Feierlichkeiten der SED-Führung zum 40. Jahrestag der Republik begann am 7. Oktober 1989 das 41. Jahr der DDR. In diesem Jahr wurden mit dem raschen Beitritt nach Art. 23 GG Chancen vertan – nicht nur für Ostdeutschland, sondern für das ganze Deutschland.

Seite 12–17

GRETA HARTMANN · ALEXANDER LEISTNER
UMKÄMPFTES ERBE. ZUR AKTUALITÄT

VON „1989“ ALS WIDERSTANDSERZÄHLUNG
„1989“ als Legitimationssymbol für Proteste ist bis heute von besonderer Bedeutung. Diese zeigt sich nicht zuletzt bei Straßenprotesten, die in Form von „Montagsdemonstrationen“ stattfinden und bei denen die Parole „Wir sind das Volk“ skandiert wird.

Seite 18–24

MARTIN SABROW

„1989“ ALS ERZÄHLUNG

So epochal die Bedeutung des Umbruchs von 1989 ist, so diffus ist sein Platz im Gedächtnis unserer Zeit. „1989“ ist ein prominenter wie zugleich bis heute vieldeutiger und unscharf markierter Erinnerungsort. Wie ist dieser Befund zu erklären?

Seite 25–33

MANDY TRÖGER

DIE TREUHAND UND DIE PRIVATISIERUNG DER DDR-PRESSE

Auch das Pressewesen war Teil des Volkseigentums, das von der Treuhand privatisiert werden sollte. Bei der Umwandlung wurden allerdings nicht wie geplant ehemalige SED-Zeitungsmonopole aufgespaltet, sondern von westdeutschen Verlagen größtenteils weitergeführt.

Seite 34–39

ELKE KIMMEL

WEST-BERLIN. STIMMUNGSBILDER AUS DEM LETZTEN JAHR

Schon in den ersten Tagen nach der Maueröffnung zeigte sich in West-Berlin, dass die Umsetzung der Vereinigung mit dem Ostteil der Stadt nicht ohne Einbuße zu haben war. Zu diesen gehörte auch, dass die „Mauerstadt“ einen Teil ihrer Identität verlor.

Seite 40–46

EDITORIAL

Mit dem offiziellen Jubiläumsfest zum 40. Jahrestag der Republik beginnt am 7. Oktober 1989 das letzte Jahr der DDR. Wirtschaftsprobleme und Massenfucht setzen das SED-Regime unter Druck. Seit dem Sommer treffen sich republikweit immer mehr Bürgerinnen und Bürger, um gegen die Herrschenden zu protestieren. Am 9. Oktober sind es 70 000 Menschen in Leipzig, am 4. November 500 000 auf dem Berliner Alexanderplatz. Fünf Tage später fällt die Mauer. Die ersten freien Wahlen in der DDR im März 1990 gewinnt die von der CDU geführte Allianz für Deutschland, die für einen schnellen Weg zur deutschen Einheit steht. Nach fast 41 Jahren Teilung endet am 2. Oktober 1990 das letzte Jahr der DDR.

Diese chronologische Auflistung ist Teil einer tradierten Erfolgsgeschichte, in der kaum abgebildet wird, dass der Ausgang der friedlichen Revolution ungewiss war. Nicht wenige – vor allem in Westdeutschland – meinen, im Herbst 1989 sei der Osten geradlinig auf die deutsche Vereinigung zugesteuert. In den Hintergrund tritt oft, dass in der verschwindenden DDR unterschiedliche Positionen um die Zukunft des Landes konkurrierten. Ebenso war im Erfolgsnarrativ wenig Platz für die erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen, die mit dem Vereinigungsprozess einhergingen. Das hat sich in jüngster Zeit geändert.

Wofür steht die friedliche Revolution heute, 30 Jahre nach dem Mauerfall? Wem „gehört“ die Revolution, wer darf sich auf sie berufen? Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Fragen findet derzeit auf unterschiedlichen Ebenen statt: zum Beispiel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ unter Historikern, DDR-Bürgerrechtlern und Leserinnen und Lesern in einer Debatte über den Einfluss der Oppositionellen auf die Revolution. Auf politischer Ebene taucht selbst der seinerzeit von der SED zur Einhegung der Proteste instrumentalisierte Topos einer „Wende“ wieder auf, etwa wenn in Wahlkämpfen in Ostdeutschland Parallelen zwischen der Situation von 1989 und heutigen Verhältnissen gezogen werden.

Lorenz Abu Ayyash

DAS ENDE DER DDR 1989/90

Von der Revolution über den Mauerfall zur Einheit

Ilko-Sascha Kowalczyk

Die Mauer fiel nicht einfach 1989. Die kommunistische Diktatur war an ihr Ende gekommen. Angefangen hatte es mit der mächtigen freien Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* in Polen am Anfang des Jahrzehnts. Die Welt schaute dann im Herbst 1989 atemlos nach Ostdeutschland, nach Ost-Berlin. „Wahnsinn“ war der meist gebrauchte Ausruf. Es begann eine Zeit, als die Realität fast täglich die Fantasie überholte. Bis dahin war kaum einem Zeitzeugen bewusst geworden, dass er sich inmitten eines rasanten historischen Prozesses befand.⁰¹ Noch eben gerade, so schien es vielen, auf der Standspur verharrend, befanden sich auf einmal gleich mehrere Gesellschaften im Ostblock auf der Überholspur, und das mit überhöhtem Tempo.

VON DER KRISE ZUM AUFBRUCH

Die Inthronisierung Michail Gorbatschows im März 1985 zum Führer des Weltkommunismus war der Versuch, das Projekt des Kommunismus zu retten. Gorbatschow war nicht Reformator wider Willen, aber er wurde wider Willen zum Sargnagel des kommunistischen Systems. Das bislang geschlossene System hatte seine Logik. Der verschweißte Deckel hatte die Explosion verhindert. Die leichte Öffnung des Deckels durch Gorbatschow aber ließ den Dampf in alle Richtungen heraus, unkontrolliert, unbeabsichtigt und nicht mehr steuer- und kontrollierbar. Deshalb war die Abwehrhaltung gegenüber Glasnost und Perestrojka von SED-Chef Erich Honecker nicht widersinnig, sondern systemlogisch. Offenbar war ihm die Kesseltheorie eingeschrieben, nämlich dass eine leichte Öffnung unweigerlich zur Explosion führe.

Gorbatschows Reformpolitik entfachte Hoffnungen in der DDR-Gesellschaft. Wenn in Moskau Reformen möglich waren, so die Meinung vieler, so müsse sich doch auch in der DDR et-

was verändern lassen. Jahrelang hatte die SED versprochen, Morgen, in der Zukunft, würde alles „noch“ besser werden. „Morgen“ blieb in den Vorhersagen der Ideologiewächter nicht nur stets weit weg von der Gegenwart, Mitte der 1980er Jahre entrückte die verheißungsvolle Zukunft immer stärker ins Nimmerland. Der gefühlte Abstand zum Westen und seine offenkundigen Verheißungen, wie sie via TV allabendlich in Millionen ostdeutsche Wohnzimmer flimmerten, wurden immer größer. Gleichzeitig schwanden die Hoffnungen auf die Zukunft, je mehr sich die Crew um Honecker gegenüber der sowjetischen Reformpolitik abschirmte. Sie regierte nicht nur gegen die Mehrheit der Bevölkerung, sie verlor auch immer mehr Terrain unter jenen, auf die sie sich bislang verlassen konnte: die 2,3 Millionen Mitglieder der SED und die nochmals knapp 500 000 Mitglieder der eng mit der SED verknüpften vier Blockparteien (CDU, LDPD, DBD, NDPD). Zur Diktaturwirklichkeit gehörte, dass Millionen Menschen das System aktiv unterstützten und mittrugen.

Die Revolution von 1989 lässt sich nicht monokausal erzählen oder erklären. Die DDR trug in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre viele Züge einer Zusammenbruchsgesellschaft. Zugleich war die Gesellschaft stark fragmentiert und zerrissen, was durch die unterschiedlichen Positionen zur und Erfahrungen mit der SED-Herrschaft gekommen war. Zudem hatte sich der Lebensstandard seit Ende der 1950er Jahre zwar erheblich verbessert. Aber die Menschen wurden nicht zufriedener, weil der Abstand zum Westen zusehends wuchs. Honecker erfand 1971 eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die im Kern von dem Gedanken getragen wurde: „So wie wir heute leben, werden wir morgen arbeiten müssen.“ Die Menschen sollten sozial befriedet werden. Offiziell verband sich damit ein sozialpolitisches Programm, das die Lebensbedingungen der Menschen verbessern und die entbehrungsreiche Nachkriegszeit been-

den und auf einer modernen und effizienten Wirtschaft basieren sollte, die die großzügige Sozialpolitik wie im Selbstlauf finanzieren würde.

Heute neigen Wirtschaftshistoriker dazu, die DDR als Schwellenland einzustufen.⁰² Die Arbeitsproduktivität der DDR erreichte gegen Ende der 1980er Jahre nur noch rund ein Drittel der bundesdeutschen. Die internationale Verschuldung wuchs und führte die DDR an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Die Investitionsquote schrumpfte in den 1980er Jahren. Die Menschen wurden satt, aber die Kosten dafür waren extrem. Die Subventionen für die Agrarproduktion stiegen, die Nahrungsmittelpreise aber blieben konstant. Die SED-Sozialpolitik wurde teuer erkauft. Für den Staat war sie teuer, weil viele Ressourcen, die dringend in Investitionen hätten umgeleitet werden müssen, für zukunftslose Subventionen und Sozialprogramme verschleudert wurden und so genau das Gegenteil des politisch-ideologischen Ziels – die Legitimierung des Systems – bewirkten. Die Menschen nahmen am Ende der 1980er Jahre die Sozialleistungen des SED-Staates als Selbstverständlichkeit hin, ihre Legitimationskraft war verbraucht. Die Kehrseite der Sozialpolitik stand vor aller Augen: Man wusste, dass billige Mieten zugleich eine heftig umstrittene Wohnungsbaupolitik als Schattenseite zur Folge hatten. Die Menschen spöttelten: „Ruinen schaffen ohne Waffen“. Günstige Fahrpreise konnten die zerrüttete Infrastruktur, billige Bücher Zensur oder Mediengleichschaltung nicht kompensieren. Hunderttausende Menschen hatten zwar einen festen Arbeitsplatz, ohne aber einer sinnvollen Arbeit nachgehen zu können. Die Lebenserwartung nahm seit Beginn der 1980er Jahre entgegen einem internationalen Trend leicht ab. Die Umwelt war ein besonderes Krisensymptom geworden. Die DDR zählte in den 1980er Jahren zu den größten Umweltsündern Europas.

Die Bundesrepublik als Schaufenster in den Westen wirkte wie ein Pfahl im Fleische. Auch die Kirchen erfüllten diese Funktion bereits durch ihr bloßes Vorhandensein. Sie waren die einzigen Großinstitutionen, die im Weltanschauungsstaat

programmatisch gegen die kommunistische Ideologie standen. Mit ihren Synoden und ökumenischen Versammlungen wurden sie zu Orten, wo demokratische Regeln und Verhaltensweisen eingeübt wurden. Es war kein Zufall, dass im Herbst 1989 so viele Pfarrer und Theologen zu den Wortführern der Bürgerrechtsbewegungen avancierten.

ANFÄNGE DER REVOLUTION

Der Fall der Berliner Mauer begann am 2. Mai 1989 in Ungarn. An diesem Tag kündigte die ungarische Regierung an, die Grenzbefestigungen zu Österreich abzubauen. Außenminister Gyula Horn und sein österreichischer Amtskollege Alois Mock zerschnitten am 27. Juni in einer öffentlichen Inszenierung symbolisch den ungarischen Stacheldrahtzaun. In den Jahren und Monaten zuvor war die Zahl derjenigen, die aus der DDR flüchteten, einen Ausreiseantrag gestellt hatten oder „offiziell“ ausreisen durften, ständig gestiegen. Im ersten Halbjahr hatten bereits rund 100 000 Menschen der DDR für immer den Rücken gekehrt. Darunter waren vor allem junge, gut ausgebildete und gut verdienende Männer und Frauen.

Im Mai 1989 feierte auch die Opposition ihren ersten großen Erfolg. Die SED veranstaltete am 7. Mai eine Wahlfarce wie in all den Jahrzehnten zuvor. Aber erstmals konnten Oppositionsgruppen nachweisen, was ohnehin viele wussten: Die Ergebnisse der landesweiten Kommunalwahlen waren systematisch gefälscht worden. Die Empörung über die plumpe Fälschung reichte bis weit in die SED-Reihen hinein und trug wesentlich dazu bei, dass auch innerhalb systemnaher Kreise die Zweifel an der SED-Politik zunahmen. Die verbreitete Empörung wuchs noch an, als die DDR-Regierung die brutale militärische Niederschlagung der chinesischen Oppositionsbewegung Anfang Juni 1989 lautstark begrüßte. Die Menschen in der DDR verstanden die Botschaft: Auch ihnen würde bei Massenprotesten und einem Aufstand die Niederschlagung mit Panzern drohen. Fortan war die Angst vor der „Chinesischen Lösung“ präsent.

Im Sommer verschärfte sich die Krise durch mehrere Faktoren. Die SED-Führung schien sich in den Urlaub verabschiedet zu haben. Bis Oktober waren keine neuen Töne vernehmbar. Zudem verabschiedeten sich Zehntausende Menschen für immer: Sie flüchteten über Ungarn

01 Siehe die umfassende Darlegung Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2015³.

02 Siehe z.B. André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, Berlin 2007; ders. (Hrsg.), *Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?*, Berlin 2006.

und bundesdeutsche Botschaften in die Freiheit. Und die kleine Opposition suchte nach alternativen Handlungsformen. In rascher Folge kamen Gründungsaufrufe für neue Bewegungen heraus. Bislang hatten sich viele Menschen gefragt, ob sie sich dem Flüchtlingsstrom anschließen sollten. Nun gab es eine Alternative, die nicht mehr nur Hierbleiben oder Weggehen, sondern nun auch Einmischen oder weiter Schweigen hieß. Und natürlich auch: weiterhin das Regime zu unterstützen. Die meisten verhielten sich, wie bei jeder Revolution, passiv, warteten ab, hofften im Stillen. Revolutionen sind immer Kämpfe von Minderheiten um die Mehrheit.

Die Opposition erschien mit ihren verschiedenen Aufrufen eigentümlich zersplittert. Aber im September erwies sich dies als ein kaum zu überschätzender Vorteil. Gerade weil die meisten Oppositionellen bis auf wenige Ausnahmen weiterhin unbekannt waren, trug dieses Gründungsfieber erheblich zur Mobilisierung der Gesellschaft bei. Denn die rasch aufeinanderfolgenden Nachrichten von immer neuen Aufrufen – der für das Neue Forum war der berühmteste und wirkmächtigste – erweckten in der Öffentlichkeit den Anschein, dass an vielen Orten ganz unterschiedliche Personen völlig unabhängig voneinander nicht mehr schweigend der Krise zuschauen wollten und andere Handlungsoptionen als die Flucht wählten. Das mobilisierte ungemein. Die Westmedien trugen entscheidend dazu bei, dass die Aufrufe bekannt wurden und sich bald jeder fragen musste, wo er eigentlich selbst steht. Das hatte zur Folge, dass ab Mitte September 1989 die DDR von einer wochen-, ja monatelangen Flut von Aufrufen, Resolutionen, offenen Briefen und bald auch immer wieder neuen Vereinsgründungen überzogen wurde.

Mitte September begann Zeit in der DDR einen neuen Wert anzunehmen, was sich ab Mitte Oktober geradezu dramatisch verstärken sollte. Zeit war fast die einzige Sache, die es in der DDR zuhauf gab; sie schien bis zum Sommer 1989 stillgestanden zu haben. Nun auf einmal raste alles. Die Zeit überholte sich dauernd selbst, so schien es jedenfalls. Ab Anfang September trafen sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger in Leipzig und bald auch in anderen Städten zu regelmäßigen Demonstrationen. Die Gesellschaft war in Bewegung geraten, aber noch Mitte Oktober wagte sich nur eine kleine Minderheit auf die Straßen und in die Kirchen.

DER REVOLUTIONSTAG: 9. OKTOBER 1989

Am Montag, 9. Oktober, herrschte eine unglaubliche Anspannung im gesamten Land. Es gab nur ein Thema: Kommt heute Abend in Leipzig die „Chinesische Lösung“ oder kommt sie nicht? In vier Leipziger Kirchen hatten sich am Nachmittag Tausende Bürgerinnen und Bürger zum Montagsgebet eingefunden. Als sie etwa eine Stunde später die Kirchen verließen, warteten draußen bis zu 70 000 Demonstranten. Zehntausende skandierten: „Wir sind das Volk!“ Um 18.35 Uhr entschieden Leipziger SED-Funktionäre, nicht einzugreifen. Um 19.15 Uhr rief der ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen Egon Krenz in Leipzig an und segnete diese Entscheidung nachträglich ab.

Von diesem Tag an war klar, dass die Revolution friedlich verlaufen würde, das Regime hatte de facto kapituliert. Der 9. Oktober 1989 in Leipzig war zum symbolischen „14. Juli“ der ostdeutschen Revolution geworden. Initiiert worden war er von einer kleinen Gruppe Oppositioneller, die seit Jahren aktiv war. Sie hatten seit dem 4. September den Rufen „Wir wollen raus“ von Ausreisewilligen ihr trotziges „Wir bleiben hier“ entgegengesetzt. Ihnen schlossen sich erst Dutzende, dann Hunderte, schließlich Tausende und Zehntausende an. Am 18. Oktober gab die SED den Rücktritt Honeckers bekannt. Die Maueröffnung am 9. November war von der SED-Führung bereits in einem Planspiel im August 1989 ersonnen worden: den Kessel kurzzeitig öffnen, um ihn dann wieder hermetisch abzuschließen. Nach dem 9. November gelang dies nicht mehr, obgleich auch noch solche Ideen erwogen wurden. Die Inszenierung der Maueröffnung durch Egon Krenz und dem ZK-Sekretär für Informationswesen Günter Schabowski war ein großes Schauspiel zweier politischer Dilettanten, die nicht einmal ansatzweise mit diesen Folgen gerechnet hatten.

VOM RUNDEN TISCH ZU FREIEN WAHLEN

Nach dem Mauerfall war das Schicksal von SED und DDR besiegelt. Die DDR war nur als politische, ökonomische, gesellschaftliche Alternative zur Bundesrepublik denkbar. Mitte November schien aber noch vieles ungewiss. Die Blockparteien profilierten sich von Tag zu Tag stärker als eigenständige politische Kräfte. Mit der Wahl des

Rechtsanwalts Lothar de Maizière zum Parteichef am 10. November begann die Ost-CDU auf Reformkurs einzuschwenken, die LDPD hatte damit schon Mitte Oktober vorsichtig begonnen. Die Oppositionsgruppen blieben für die Massenmobilisierung zuständig. Nun, da die Zukunft wieder offen schien, zeigten sich alle – ganz natürlich – überfordert. Die SED versuchte die unübersichtliche Situation zu nutzen, um selbst in die Offensive zu kommen. Nachdem bis Ende Dezember rund 900 000 Mitglieder die Partei verlassen hatten, betrug ihre Mitgliederzahl offiziell immer noch 1,463 Millionen. Daneben kontrollierte sie bis auf die Tageszeitungen der Blockparteien alle DDR-Medien. Die gesamte Parteistruktur mit Zehntausenden hauptamtlichen Funktionären sowie die flächendeckende Infrastruktur waren komplett intakt. Den Oppositionsgruppen stand davon nichts zur Verfügung.

Zwei Wochen vor seinem Rücktritt kündigte Honeckers Nachfolger Krenz am 22. November an, sich an einem „Runden Tisch“ zu beteiligen – eine Forderung, die von der Opposition seit Wochen erhoben worden war. Die erste Sitzung des Zentralen Runden Tisches, an dem Regierung und Opposition über die Machtübergabe zu verhandeln begannen, fand am 7. Dezember statt. Die Einberufung bedeutete einen politischen Sieg der Opposition. Der Zentrale Runde Tisch wollte die „Offenlegung der ökologischen, wirtschaftlichen und finanziellen Situation in unserem Land“ bewirken und Vorschläge zur Krisenüberwindung vorlegen. Als Kontrollorgan forderte er „von der Volkskammer und der Regierung, rechtzeitig vor wichtigen rechts-, wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen informiert und einbezogen zu werden“. In diesem Selbstverständnis wird deutlich, wie sehr sich die oppositionellen Teilnehmer bewusst waren, dass ihnen eine demokratische Legitimation fehlte, sie nur demokratische Wahlen vorbereiten könnten und daher Kontrollaufgaben wahrnehmen und die Öffentlichkeit informieren müssten.

Der Wahlkampf begann am 19. Dezember. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte erfahren, dass der französische Staatspräsident François Mitterrand am 20. Dezember zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Ost-Berlin kommen werde. Sein Besuch galt weniger Hans Modrow – das SED-Politbüromitglied war seit 13. November Ministerpräsident – und der DDR, sondern verdeutlichte seine kritische Haltung zur Wiedervereinigung. Es war eine Machtdemonstration, die sich an die

Adresse von Kohl richtete. Der hatte das durchaus verstanden: Die deutsche Einheit war zu haben, aber zugleich müsse Europa gestärkt daraus hervorgehen. Kohl eilte am 19. Dezember nach Dresden, um vor Mitterrand in der DDR politische Zeichen zu setzen. Zehntausende Dresdner empfingen ihn mit einem Fahnenmeer. Immer wieder skandizierte die Menge „Deutschland, Deutschland“ und feierte den Kanzler. Der zeigte sich tief bewegt und forcierte anschließend das Tempo zur Einheit. Auch Kohl erlag dem Druck der Straße. In Ost-Berlin demonstrierten am nächsten Tag ebenfalls Zehntausende, nun aber, um gegen die „drohende“ Wiedervereinigung und Kanzler Kohl, der immer stärker zur Zielscheibe der Einheitsgegner und -kritiker wurde, zu protestieren.

Bis zum Wahltag am 18. März 1990 sah es so aus, als würden die Sozialdemokraten überlegen gewinnen. Alle Prognosen deuteten darauf hin. Der Wahlkampf war allein geprägt von der Frage, *wie* die deutsche Einheit gestaltet werden könnte. Die Allianz für Deutschland aus CDU, Deutscher Sozialer Union (DSU) und Demokratischem Aufbruch (DA) stand für den schnellsten Weg zur Einheit. Ihre Formel lautete: „Sofortige Einführung der DM.“ Mehr konnte niemand bieten. Damit waren Wahlversprechen verbunden wie die Umstellung der Löhne, Renten und vor allem Sparkonten im Verhältnis von 1:1 (DDR-Mark zu D-Mark). Die Versprechen waren unhaltbar. Heute nennt man so etwas Populismus.

Als am Wahlabend im Fernsehen die ersten Hochrechnungen bekannt gegeben wurden, überraschte lediglich die hohe Wahlbeteiligung niemanden. Sie lag nach dem amtlichen Ergebnis bei 93,4 Prozent. Die Allianz erhielt 48 Prozent der Stimmen (CDU 40,8 Prozent, DSU 6,3 Prozent, DA 0,9 Prozent). Der prognostizierte Wahlsieger SPD lag bei 21,9 Prozent. Die SED/PDS folgte mit 16,4 Prozent, fast 1,9 Millionen Wahlberechtigte hatten sich für die Kommunisten und Postkommunisten entschieden. Das liberale Bündnis brachte es auf 5,3 Prozent. Die Bürgerrechtsbewegung ging unter. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher gratulierte Kanzler Kohl zum Wahlsieg, was den Nagel auf den Kopf traf.

Auffällig am Wahlergebnis waren ein deutliches Nord-Süd-, ein Stadt-Land-Gefälle sowie Unterschiede zwischen „Hand- und Kopfarbeitern“ im Wahlverhalten; je kleiner die Städte und Gemeinden, desto höher war der Anteil der Stimmen für die Allianz. In fast 100 von 237 Stadt- und

Landkreisen, vor allem im Süden, erhielt die Allianz über 50 Prozent der Stimmen. In 13 Kreisen erhielt die SPD weniger als zehn Prozent, davon lagen zwölf im Bezirk Dresden. Mehr als 30 Prozent errang sie in 40 Stadt- und Landkreisen, darunter alle elf Ost-Berliner Stadtbezirke, 15 von 19 Potsdamer Kreisen und neun von zwölf in Frankfurt/Oder. Hinzu kamen die Städte Magdeburg, Rostock und Wismar sowie die Kreise Templin, Prenzlau und Grevesmühlen. Die SED/PDS wurde in 35 Kreisen (Schwerpunkte der thüringische Bezirk Erfurt und der sächsische Bezirk Karl-Marx-Stadt) mit weniger als zehn Prozent Wähleranteilen abgestraft. Das beste Ergebnis mit 38,4 Prozent erhielt sie in Berlin-Hohenschönhausen, wo besonders viele MfS-Mitarbeiter und SED-Funktionäre wohnten. In weiteren acht Kreisen votierten mindestens 30 Prozent für die SED, darunter neben Frankfurt/Oder-Stadt, Neubrandenburg-Stadt und Ueckermünde fünf weitere Ost-Berliner Stadtbezirke. Die Listenverbindung Bündnis 90 (Neues Forum, Initiative Frieden und Menschenrechte, Demokratie Jetzt) erhielt nur in den elf Ost-Berliner Stadtbezirken sowie den Städten Leipzig und Dresden mehr als fünf Prozent Stimmenanteile. Die höchsten verbuchte sie im Prenzlauer Berg mit 8,5 Prozent.

Die Stimmen für die Allianz verteilten sich nach Männern und Frauen etwa gleich, bei den Altersgruppen votierten überdurchschnittlich viele aus den Gruppen der 40- bis 59-Jährigen für die Allianz, obwohl die Differenzen zu den Jüngeren wie den Älteren nicht sonderlich signifikant ausfielen. Doch die eigentliche Sensation bot die Wahlanalyse bezogen auf die soziale Zusammensetzung der Wähler: Die Allianz „als Partei der Arbeiter“ war unerwartet, überraschend, sensationell. Mehr als jeder zweite Wähler der Allianz war Arbeiter oder Arbeiterin – aber ebenso wählte mehr als jeder zweite von ihnen die Allianz. Die Unterschiede zum alten Bundesgebiet waren dramatisch, vor allem was die SPD anbelangte. Bereits bei den ersten freien Wahlen 1990 zeigte sich also, dass der Osten anders tickt – ganz anders sogar.

Zunächst aber gehörte es vielleicht zur besondern Ironie der Geschichte, dass der „Arbeiter- und Bauern-Staat“, die SED-Diktatur, den demokratisch legitimierten Todesstoß ausgerechnet von jenen erhielt, in deren Namen das Gesellschaftsexperiment jahrzehntelang gegen Widerstände, Widerwillen und mit vielen Opfern durchgepeitscht worden war. Die andere Seite dieser Geschichts-

ronie ist nicht komisch, sondern tragisch: Denn ausgerechnet jene Wählergruppe, die der CDU ganz entscheidend zu den Wahlsiegen verhalf, war im Transformationsprozess jene soziale Gruppe, die am meisten „verlor“: Wie sich schnell zeigte, war keine Gruppe so von Arbeitslosigkeit und „Strukturumbrüchen“ betroffen wie die Arbeiter.

NEUE ERFAHRUNGEN

Der Wahlausgang am 18. März bedeutete eine politische, wirtschaftliche und sozialpolitische Richtungsentscheidung. Die eingeschlagene Richtung wurde durch die Verträge, die zum 1. Juli 1990 die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion einleiteten, bestätigt und durch den Einigungsvertrag langfristig befestigt. Die „Schockwirkungen“⁰³ dieser Entwicklungen wurden ab Sommer 1990 sichtbar, erstreckten sich über die nächsten Jahre und spitzten sich sozial immer weiter zu. Die Revolution hatte ihr institutionelles Korsett gefunden. Künftige Historikerinnen und Historiker werden darüber zu befinden haben, wann die Vereinigungsgeschichte „beendet“ war – wahrscheinlich im ersten Dezennium des 21. Jahrhunderts.⁰⁴

Der DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer brachte Anfang August 1990 auf den Punkt, was sich seit 1. Juli 1990 in der DDR abspielte: Ihm käme es so vor, als würde versucht werden, während einer rasanten Autofahrt die Reifen zu wechseln.⁰⁵ Die soziale Problemlage baute sich in der DDR schneller auf als erwartet – aber der allgemein herrschende zukunftsorientierte Optimismus in der ostdeutschen Gesellschaft schien ungebrochen. Dies wurde befördert durch Bilder von rasch „blühenden Landschaften“ im Osten und dem noch im Sommer 1990 von der Bundesregierung gebetsmühlenartig wiederholten „Versprechen“, die Lohn- und Lebensniveaupassung an die alte Bundesrepublik würde in drei bis fünf Jahren erreicht sein.

1989 wies die DDR 9,7 Millionen Beschäftigte auf, Ende 1993 waren es noch 6,2 Millionen. Bereits im Laufe des ersten Halbjahres 1990 stieg die Zahl an Arbeitslosen rasch. Waren im Januar offiziell 7440 Menschen arbeitslos, lag deren Zahl

03 Jan Prieue/Rudolf Hickel, *Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung*, Frankfurt/M. 1991, S. 91.

04 Vgl. ausführlich Ilko-Sascha Kowalczyk, *Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*, München 2019.

05 Zit. nach Ulrike Füssel, *Ein Reifenwechsel in voller Fahrt. Die Lage in den DDR-Betrieben ist schlimmer als befürchtet*, in: *Frankfurter Rundschau*, 8.8.1990.

im Juni schon bei 142 096. Dieser Trend verstärkte sich ab 1. Juli 1990. Ende Juli stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 272 017, im September auf 444 856 und zum Jahresende auf 642 000. Auf Kurzarbeit waren Ende September bereits 1 728 749 Menschen. Der Anteil der Facharbeiter bei den Arbeitslosen betrug etwa zwei Drittel, hinzu kamen noch rund 20 Prozent un- oder angelernte Arbeiter. Über die Hälfte der Arbeitslosen waren weiblich, im Laufe des Jahres 1991 begann der Anteil zwei Drittel zu erreichen, sodass doppelt so viele Frauen erwerbslos gemeldet waren als Männer. Die Verlierer(innen) waren Arbeiterinnen.

Dieser Arbeitsmarkttrend wurde dadurch noch verschärft, dass im Herbst 1990 die Arbeitslosenquote im alten Bundesgebiet auf den niedrigsten Stand seit 1981/82 sank, zugleich die Konjunktur im Westen deutlich angekurbelt wurde, das Bruttoinlandsprodukt stieg, während es im Osten dramatisch einbrach. Der arbeitsmarktpolitische Kontrast zwischen Ost und West hätte 1990/91 größer kaum sein können – ein Kontrast, der in den 1990er Jahren bestehen blieb, obwohl es ab 1993 im alten Bundesgebiet ebenfalls zum Konjunkturereinbruch und zum signifikanten Anstieg der Arbeitslosenzahlen kam.

Hinzu kommt noch, dass die statistisch errechnete Arbeitslosenquote für den Zeitraum 1990 bis 1994 die reale Arbeitslosigkeit nur sehr unzureichend erfasst: Letztere war jedoch entscheidend für ostdeutsche Wahrnehmungen des Einheitsprozesses. Einerseits setzte sie die Erwerbstätigen erheblich unter Stress, weil Arbeitslosigkeit als Gefahr über fast allem schwebte. Andererseits bedeuteten gerade Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Umschulungsmaßnahmen oder Kurzarbeit in der ersten Hälfte der 1990er Jahre oft nichts anderes, als real arbeitslos zu sein oder zu werden. Die Maßnahmen brachten oft nichts und frustrierten nur noch mehr, Hunderttausende durchwanderten mehrere ABM oder Umschulungen, um nach Auslaufen der „Förderungen“ endgültig und nunmehr offiziell arbeitslos zu werden.

Besondere Formen der Arbeitslosigkeit, die für den mentalen Teil des Vereinigungsprozesses meist unterschätzt werden, finden gar keinen Eingang in die Statistiken: Die Vorruhestandsregelungen zum Beispiel haben ganze Jahrgänge der über 55-Jährigen aus dem Arbeitsprozess herausgelöst, sodass sie in den offiziellen Statistiken gar nicht als arbeitslos gelten. Aber auch Männer und Frauen im Rentenalter, von denen in der DDR 1989 etwa

15 Prozent noch arbeiteten, berücksichtigt keine Statistik. Weitere Phänomene waren die hohe Zahl befristeter Arbeitsverträge sowie Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse. Hinzu kam, dass noch 1990 der Ausbildungsmarkt im Osten dramatisch einbrach und so ein Teil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen statistisch unberücksichtigt blieb. Mit anderen Worten: Die Arbeitslosenstatistiken spiegeln nur einen Teil jener Problemlage, die für die sozialgeschichtliche Betrachtung des Transformationsprozesses entscheidend ist. Ganz zu schweigen davon, was das bisher unbekannte Damoklesschwert reale oder drohende Arbeitslosigkeit für die betroffenen Familien psychisch hieß, selbst wenn nur eine Person betroffen war. Es gab wohl kaum eine ostdeutsche Familie, die in den 1990er Jahren nicht davon betroffen war: ein Phänomen, das in keiner Lebensplanung vorgesehen war.

Die Sozialstruktur Ostdeutschlands veränderte sich grundlegend: „Nach der Vereinigung hat sich das Wachstum des tertiären Sektors [Dienstleistungsbereich] zu Lasten des sekundären Sektors [Industrie und Handwerk] und des bereits stark geschrumpften primären Sektors [Landwirtschaft] fortgesetzt. Die erhebliche Tertiärisierungslücke der DDR – diese hinkte um ca. 25 Jahre hinter der Bundesrepublik her – wurde quasi über Nacht beseitigt. Im Zuge der schmerzlichen Krisen der ostdeutschen Industrie und Landwirtschaft wurde eine Entwicklung, die in Westdeutschland 25 Jahre gedauert hatte, innerhalb von drei Jahren nachgeholt.“⁰⁶

1989/90 galt in Ostdeutschland etwa die Hälfte aller Beschäftigten als „Arbeiter“. Schnell war es weniger als ein Viertel – der ostdeutsche Arbeiter war bereits bis 1994 aus seiner sozialstrukturellen Dominanzrolle zur sozialstrukturellen Minorität geschrumpft, deren Zukunftsaussichten nicht sonderlich rosig waren. Diese Entwicklung entspricht einem Trend in westlichen Industriegesellschaften. Der Transformationsprozess hat diese Entwicklung radikal befördert, ist dafür aber nicht allein verantwortlich. Hier zeigte sich bereits eine andere Tendenz: In Ostdeutschland hatte sich der Wandel in einer radikalen Beschleunigung gezeigt, wie es bislang in der westlichen Welt untypisch war. Erst Jahre später sollte sich erweisen, dass das Tempo der Veränderungen in Ostdeutschland nicht etwas ganz Spezifisches gewesen war, sondern im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung all-

⁰⁶ Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands. Aktuelle Entwicklungen und theoretische Erklärungsmodelle*, Bonn 2010, S. 16.

gemein typisch werden sollte.⁰⁷ Die nachholende Modernisierung war so auch zu einem vorausgehenden Entwicklungstrend geworden, zumindest was die Geschwindigkeit anbelangte.

HOFFNUNGEN UND ERWARTUNGEN

Kohls aus Anlass der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 in einer Fernsehansprache geäußerte Zuversicht, es würde niemandem schlechter gehen als zuvor und überall würden „blühende Landschaften“ entstehen, entsprach exakt den Vorstellungen der allermeisten Menschen im Osten, die am 18. März 1990 für die Allianz gestimmt hatten. Genug der Experimente, genug der Schaufenster, nun endlich wollte eine übergroße Mehrheit selbst im Schaufenster leben.

Im Prinzip hätte man bereits an diesem Wahlabend ahnen können, was das eigentlich für die Zukunft des Landes hieß: Wenn eine Gesellschaft sich der Diktatur entledigt, ein großer Teil befreit wird, nur der kleinere Teil sich selbst befreit hat und zugleich dem großen Teil die neue Freiheit schenkt, ohne dass dieser etwas dafür tun musste, ohne dass dieser anschließend irgendetwas tun muss, dann kann das nicht folgenlos bleiben. Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit hatten 1990 in Ostdeutschland von Anfang an einen schweren Stand, weil die offene Gesellschaft als Geschenk „von oben“ für die Mehrheit daherkam und „von unten“ sie nur von einer Minderheit angestrebt worden war. Hinzu kam, dass die ersten Erfahrungen mit dem neuen Staat für viele Menschen unerfreulich waren: Arbeits- und Sozialämter sowie Institutionen des Rechtsstaats. Zudem saßen in fast allen wichtigen Führungspositionen bald schon Personen aus dem Westen, die nicht selten wenig Verständnis für die anders gelagerten Erfahrungen der ihnen nun unterstellten Ostdeutschen aufbrachten.⁰⁸ Soziopsychologisch gesehen, geht der Mensch mit dem Selbsterrungenen, dem Selbsterkämpften sorgsamer um, ist es eher bereit zu verteidigen, als wenn ihm etwas geschenkt wird. Hinzu kam, dass Millionen Menschen sich nun in einem System zurechtfinden mussten, das ihnen nie jemand erklärt hat, und auch später vielen nie erklärt wurde.

Der Wahlausgang am 18. März 1990 war ein Hinweis, wie stark die ostdeutsche Gesellschaft bereit war, die Diktatur gegen neue Heilsversprechen einzutauschen. Ganz offenkundig hatte der Osten die „Schnauze voll“ von „Zukunft“. Kaum jemand hatte Lust, erneut auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu warten. Die Zukunft sollte jetzt und heute beginnen. Kanzler Kohl war der gute Onkel aus dem Westen, der die Geschenke verteilen würde. Freiheit und Demokratie hieß für die meisten lediglich, „richtiges Geld“ zu besitzen. Im Prinzip war das eine Situation, in der Kohl als neuer Patriarch agieren musste – selbst wenn er es nicht gewollt hätte.

In das Jahr 1989 gingen die meisten Ostdeutschen hoffnungslos – ohne Hoffnung, dass sich bald etwas ändern würde. Nur eine kleine Minderheit engagierte sich für Veränderungen. Eine größere Minderheit war so hoffnungslos, dass sie wegging, flüchtete und große Gefahren für das eigene Leben in Kauf nahm. Von diesem Staat war nichts zu erwarten, so der weitverbreitete Tenor. Am Ende des Jahres war die Überraschung, Freude bei allen, ob aktiv oder passiv, schier grenzenlos – die Hoffnungslosigkeit hatte sich in pures Glück verwandelt, für die absolut meisten Menschen ohne eigenes Zutun.

Die Gesellschaft ging dementsprechend in das Jahr 1990 und die folgende Wiedervereinigung ganz anders als in das Jahr zuvor mit sehr, sehr hohen Erwartungen. Sie waren gespeist von einem traditionellen Etatismus. Dieser neue Staat versprach dann auch das Blaue vom Himmel herunter: „D-Mark“, „blühende Landschaften“, „es wird niemandem schlechter gehen“ – die Hochglanzkataloge der Versandhäuser und das Westwerbefernsehen schienen nicht mehr nur Schaufensterversprechen zu sein, sondern alsbald Lebensrealität. Der bundesdeutsche Staat würde dafür sorgen. Für Ostdeutsche änderte sich alles. Die kaum Grenzen kennenden Hoffnungen bargen ein sehr hohes Enttäuschungspotenzial bereits in sich, weil sich viele einer Täuschung hingaben: Der Staat würde es richten.

Für viele Ostdeutsche wurde der Westen tatsächlich zum Glück, zum Erfolg, zum erträumten oder wenigstens erwarteten Leben in Freiheit und Wohlstand. Für viele andere trat das nicht ein. Sie wurden tief enttäuscht, nicht nur, weil sie überspannte Erwartungen gehegt hatten, sondern weil sie gar keine Chance bekamen, ein Leben jenseits staatlicher Alimentierungen zu entfalten. Und viele Gruppen wurden enttäuscht: Opfer der Kommunisten, weil sie der Rechtsstaat nicht gebüh-

⁰⁷ Vgl. etwa Hartmut Rosa, *Beschleunigung*, Frankfurt/M. 2005¹¹; ders., *Unverfügbarkeit*, Wien-Salzburg 2018; ders., *Beschleunigung und Entfremdung*, Berlin 2018⁶.

⁰⁸ Siehe dazu ausführlich Kowalczyk (Anm. 4).

rend zu würdigen und entschädigen wusste. Treue SED-Systemgänger, weil sie sich benachteiligt und gedemütigt vorkamen. Arbeiter, weil sie keine Arbeit mehr fanden. Kinder, weil ihre Eltern aufgrund sozialer Nöte mental abwesend waren. Wissenschaftler, weil ihr Wissen niemand mehr zu benötigen schien. Bauern, weil die Landwirtschaft ohne sie auskam. Bürgerrechtler, weil die Bürger ihren Rat und ihr Engagement nicht würdigten, nicht benötigten. Die Liste ließe sich lange fortsetzen. Wie vor 1989 erscheint Ostdeutschland auch heute als eine stark fragmentierte, tief gespaltene, in sich zerrissene und zerstrittene Gesellschaft.⁰⁹ Keine Frage: Dies ist der Normalfall menschlicher Gesellschaften, aber auch ein Problem, wenn eine solche Gesellschaft in die Zukunft aufbricht. Heute fehlt dem Osten die Jugend und damit der Zukunft wichtigster Garant.

ANERKENNUNG UND MISSACHTUNG

Der größte politische Irrtum in Deutschland und Europa liegt am Beispiel Ostdeutschlands offen: Die Annahme, wer sozial befriedet und zufrieden sei, werde Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat, sprich die westlichen Werte, wie von selbst stützen, stimmt nicht. In dem Maße, in dem die Ostdeutschen sozial im Westen angekommen waren, fingen sie an, sich von ihm zu distanzieren. Zunächst nutzte dafür ein Drittel bis zur Hälfte der Gesellschaft die PDS beziehungsweise Die Linke und andere Populisten, seit Mitte der 2010er Jahre die AfD und deren Umfeld. Dieses Reaktionsmuster ist kein typisch ostdeutsches. Es lässt sich so oder ähnlich in vielen Regionen der Welt beobachten. Anerkennung und Missachtung gehen Hand in Hand. Fehlt Anerkennung, wird das als Missachtung wahrgenommen. Anerkennung ist eine Bedingung für Selbstanerkennung. Fehlende Selbstanerkennung

und wahrgenommene Missachtung können in Gewalt münden.¹⁰ Und Anerkennung ist eine oft unterschätzte Vorbedingung für Freiheit, die „als eine Art von nach innen gerichtetem Vertrauen zu verstehen“ ist, „das dem Individuum Sicherheit sowohl in der Bedürfnisartikulation als auch in der Anwendung seiner Fähigkeiten schenkt“.¹¹ Überall auf der Welt sehen wir große Gesellschaftsgruppen, die sich nicht anerkannt fühlen, die sich als zurückgesetzt wahrnehmen, die sich als ausgegrenzt bezeichnen. Es geht nicht einmal um die Frage, ob es so ist oder nicht – und meistens stimmt das durchaus –, denn tatsächlich ist die Macht von Emotionen wirkungsvoller als jede Sozialstatistik.¹² Emotionen verbinden, Statistiken sind kalt.

Ostdeutschland hat bis heute einen vergeblichen Kampf um Selbstanerkennung geführt. Die in der DDR existierende Spaltung der Gesellschaft schien 1989/90 kurzzeitig aufgehoben zu sein – doch diese Wahrnehmung war eine Illusion. Noch 1990 ist die alte Spaltung öffentlich geworden, die sich nun rasch durch neue Spaltungstendenzen aufgrund der gesellschaftspolitischen Entwicklungen erweiterte, verfestigte und zugleich von ihnen überlagert worden ist. Deswegen kann die heutige Situation in Ostdeutschland auch nicht allein mit den Jahren seit 1990 erklärt werden.¹³ Die ostdeutschen Erfahrungsräume im 20. Jahrhundert parzellierten die Gesellschaft – je nachdem, wie man wo in den verschiedenen Staatssystemen stand. Der Transformationsprozess hat das verstärkt, weil die hinzugekommenen Führungskräfte fast durchweg mit anderen Erfahrungen, Einstellungen, Vorstellungen und Herangehensweisen Takt und Richtung vorgaben. Eine „Durchmischung“ Ost und West fand in der Breite nicht statt, „Westler“ traten vorwiegend als Vorgesetzte in Erscheinung. Die „Ostler“ nahmen sich häufig als unterlegen, deklassiert und Befehlsempfänger war. Die Rolle hatten die Ostdeutschen zwar lange genug gelernt. Ihnen ist aber seit 1990 unentwegt mitgeteilt worden, sie seien nun selbst die Macher. Das wurden sie aber nicht: Weil die einen nicht konnten, die anderen nicht durften, die nächsten nicht wollten und diejenigen, die es ausfüllten, in den Augen der anderen Ostdeutschen alsbald nicht mehr als Ostdeutsche galten.

ILKO-SASCHA KOWALCZUK

ist Historiker mit dem Forschungsschwerpunkt vergleichende Widerstands- und Revolutionsgeschichte. Er ist Autor zahlreicher Bücher über die DDR. Gegenwärtig schreibt er eine Biografie über Walter Ulbricht.

09 Exemplarisch steht dafür der jüngste Streit um die Fragen, ob Gregor Gysi am 9. Oktober 2019 in Leipzig eine Festrede halten sollte oder wie der Charakter der Revolution von 1989 einzuschätzen sei. Siehe hierzu www.havemann-gesellschaft.de/themen-dossiers/streit-um-die-revolution-von-1989.

10 Vgl. Amin Maalouf, *Mörderische Identitäten*, Frankfurt/M. 2000.

11 Axel Honneth, *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt/M. 1998², S. 278f.

12 Vgl. Didier Eribon, *Gesellschaft als Urteil. Klassen, Identitäten, Wege*, Frankfurt/M. 2017.

13 Vgl. Kowalczyk (Anm 5).

ESSAY

VERPASSTE CHANCEN IM 41. JAHR

Dieter Segert

Nach den pompösen Feierlichkeiten der SED-Führung zum 40. Jahrestag der Republik begann am 7. Oktober 1989 das 41. Jahr der DDR.⁰¹ Was weiß man heute noch von dem Jahr, das am 2. Oktober 1990 endete? Was bleibt unbeachtet? Im Folgenden geht es vor allem um vergessene Alternativen deutscher Entwicklung. Dabei handelt es sich nicht allein um verpasste Gelegenheiten für die DDR oder Ostdeutschland. Auch für das ganze Deutschland boten sich in jenem Jahr Chancen.

ALTERNATIVE
ZUM BEITRITT?

Ab Frühjahr 1990 schien es nur zwei Szenarien für die Zukunft zu geben: Eine Vereinigung beider deutscher Staaten nach Art. 23 GG („Beitrittsartikel“) und eine Vereinigung nach Art. 146 GG (Ablösung des Grundgesetzes durch eine gesamtdeutsche Verfassung). Die zweite Option wurde bekanntlich ausgeschlagen. Sie wäre mit einer umfassenden Verfassungsdiskussion verbunden gewesen, in die die Erfahrungen der DDR-Bevölkerung hätten einfließen können. Weil die Diskussion ausblieb, sind vor allem die westdeutschen Bürgerinnen und Bürger ihrer Mitwirkungsmöglichkeiten verlustig gegangen. Der damalige DDR-Bildungsminister Hans Joachim Meyer (CDU) brachte es auf den Punkt: „Ich hätte es begrüßt, wenn damals im Westen mehr Leute die Chance gesehen hätten, diese vierzig Jahre alte Bundesrepublik bei der Gelegenheit auch ein wenig rundzuerneuern.“ Er ergänzte resigniert: „Sieger denken halt nicht über ihre Fehler nach.“⁰²

Die nicht realisierte Alternative im 41. Jahr meint nicht etwa die Verewigung der deutschen Zweistaatlichkeit, sondern eine langsamere Entwicklung des Vereinigungsprozesses. Letzteres war ursprünglich auch vonseiten der Mitglieder der letzten DDR-Regierung erwartet worden.⁰³ Was wäre der Gewinn dieser längeren Phase des

Nebeneinanders zweier demokratischer deutscher Staaten gewesen? Eine dadurch mögliche behutsamere Vereinigung zweier unterschiedlicher Gesellschaften, Kulturen und Wirtschaftssysteme hätte den DDR-Bürgerinnen und -Bürgern Zeit gegeben, ihre Interessen zu artikulieren. Das hätte im Osten zu einer lebendigeren Zivilgesellschaft geführt.

Die Argumente gegen diese Alternative sind bekannt: Die DDR-Bürger selbst hätten das nicht geduldet. Sie wollten damals so schnell wie möglich in die reichere Gesellschaft kommen. Andernfalls hätte eine noch stärkere Auswanderungsbewegung gedroht. Als Beleg hierfür gilt zum Beispiel die auf Demonstrationen geäußerte Parole „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh’n wir zu ihr“.

Man kann dieser Sichtweise Folgendes entgegenhalten: Politik ist durchaus in der Lage zu gestalten. Die berechtigten Erwartungen der Bevölkerung auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen hätten auch eine andere Antwort finden können. Diese hätte mehr auf die eigenen Anstrengungen gesetzt, zwar einige Zumutungen bedeutet, aber langfristig hätte sie durchaus Erfolg versprochen. Man kann das an dem Erfolg der polnischen oder tschechischen Wirtschaftstransformation ablesen. Es gab Teile der politischen Klasse der DDR im 41. Jahr, die eine weniger hektische Gangart der deutsch-deutschen Annäherung vorgezogen hätten. Hierzu gehörten etwa die besonders Aktiven der DDR-Zivilgesellschaft, die den Wandel in den späten 1980er Jahren vorangetrieben hatten, aber auch die Mitglieder der SED, die sich für eine Demokratisierung und Reform von Staat und Gesellschaft im Herbst und Winter 1989/90 engagiert hatten. Am Zentralen Runden Tisch hatten sich beide Gruppen ab Anfang Dezember 1989 organisiert. In der DDR-Volkskammer waren jene Politiker nach der Wahl im März 1990 in der Minderheit geblieben. Doch immerhin war die SPD der DDR als neue Partei (zunächst SDP), die sich für einen

Beitritt nach Artikel 146 GG eingesetzt hatte, bis Ende August Teil der Koalitionsregierung unter Lothar de Maizière (CDU). Und auch in anderen Koalitionsparteien jener letzten DDR-Regierung gab es Politikerinnen und Politiker, die eine sich behutsamer erneuernde DDR bevorzugten.⁰⁴ Mit Unterstützung von bundesdeutschen Politikern wäre eine langsamere Gangart möglich gewesen.

Als weiteres Argument gegen den zeitintensiveren Vereinigungsprozess wird die internationale Konstellation genannt. So habe eine reaktionäre Wende in der Sowjetunion gedroht, wenn nicht schnell genug gehandelt worden wäre. Tatsächlich putschten im August 1991 in Moskau konservative Mitglieder der KPdSU gegen den sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow – unter anderem mit dem Argument, er sei gegenüber dem Westen zu nachgiebig in der deutschen Frage gewesen. Die politische Führung der Sowjetunion war nicht zuletzt durch die US-amerikanische Regierung und deren Wunsch, das vereinigte Deutschland in der NATO zu halten, unter Druck geraten. De facto verlangten die Amerikaner damit von der sowjetischen Seite, eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu akzeptieren. Dass Gorbatschow darauf einging, trug im eigenen Land zum Widerstand konservativer Kräfte gegen ihn bei.

Der erfolglose Ausgang des Putsches zeigt, wie schwach die konservativen Beharrungskräfte in der Sowjetunion waren. Sie hätten die Einheit Deutschlands auch bei deren langsamerer Ent-

wicklung nicht verhindern können. Deshalb ist es rückblickend auch abwegig, zu behaupten, dass es nur ein kleines Zeitfenster für die Wiedervereinigung gegeben hätte und die Einheit entweder zeitnah oder gar nicht hätte stattfinden können.

WENDEPUNKTE

Im 41. Jahr der DDR gab es drei entscheidende Ereignisse, die den weiteren Verlauf bestimmten: erstens der Besuch einer DDR-Regierungsdelegation unter dem Vorsitzenden des Ministerrates, Hans Modrow, in Bonn im Februar 1990, in der auch Vertreterinnen und Vertreter der DDR-Opposition mitgereist waren. Im Gedächtnis blieb die würdelose Behandlung jener DDR-Politiker durch Bundeskanzler Helmut Kohl. Ihre Bitte um einen Überbrückungskredit wurde abgeschmettert.⁰⁵ Die West-CDU war sich angesichts der bevorstehenden DDR-Parlamentswahl am 18. März und der sich abzeichnenden deutlichen Niederlage der reformierten Staatspartei PDS siegesicher, und sie wollte den Kräften, die für eine reformierte, aber souveräne DDR eintraten, keinen Spielraum verschaffen.

Das zweite Ereignis war das im selben Monat durch Kohl verkündete Angebot einer baldigen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Die Übernahme der Währung ohne wirtschaftlichen Anpassungsprozess ab Juli 1990 hatte weitreichende und widersprüchliche soziale Konsequenzen. Einerseits brachte sie den DDR-Bürgern rasch den Zugang zur ersehnten starken Währung, andererseits leitete sie den Niedergangsprozess der DDR-Wirtschaft ein und schadete so den langfristigen Interessen der Bevölkerung. Die Strategie der Bundesregierung bestand darin, die im März gewählte DDR-Regierung an der kurzen Leine zu führen. Die westdeutschen Beraterinnen und Berater spielten dabei eine wichtige Rolle. Sie sollten nicht zuletzt die nach der Eingliederung der DDR-Wirtschaft durch die Wirtschafts- und Währungsunion möglichen Auswirkungen auf die Bundesrepublik kontrollieren.⁰⁶

⁰⁵ Siehe Holger Schmale, Treffen von Hans Modrow und Helmut Kohl 1990. Die Delegation aus Ost-Berlin fühlte sich gedemütigt, 15.2.2015, www.berliner-zeitung.de/treffen-von-hans-modrow-und-helmut-kohl-1990-die-delegation-aus-ost-berlin-fuehlte-sich-gedemuuetigt-3307722.

⁰⁶ Vgl. Alle meine Kumpels. Viele West-Beamte gehen den unerfahrenen Ost-Regierenden zur Hand, 14.5.1990, www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498963.html.

01 Das 41. Jahr der DDR wurde vom damaligen Rektor der Humboldt-Universität, Heinrich Fink, in einem Gespräch mit dem Verfasser als besonderer Zeitraum mit vielen neuen Möglichkeiten des Gestaltens hervorgehoben. In diesem Sinn kann das „41. Jahr“ als Symbol für die damalige Suche und das tatkräftige Engagement für eine gewandelte DDR stehen. Vgl. Dieter Segert, Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR, Wien 2008, S. 195.

02 Zit. nach Olaf Jacobs (Hrsg.), Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch, Halle 2018, S. 371.

03 Siehe hierzu die Äußerungen Lothar de Maizières, seines Außenministers Markus Meckel, des Innenministers Peter-Michael Diestel sowie der letzten Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl, in: Jacobs (Anm. 2), S. 28, S. 59, S. 67, S. 185, S. 230, S. 283.

04 Siehe v. a. die Berichte über häufig vergebliche Bemühungen von DDR-Ministern, sinnvolle Regelungen aus der DDR zu erhalten, etwa in den Interviews mit den Ministern Schirmer (Kultur, CDU), Schmidt (Familie und Frauen, CDU), Pollack (Landwirtschaft, parteilos – SPD nominiert) und Meyer (Bildung, CDU), in: Jacobs (Anm. 2), S. 203, 232, 237, 258, 360.

Auch die Verträge zur deutschen Einheit wurden stark durch die westdeutsche Seite bestimmt. Regierung und die Interventionen der westdeutschen Lobbygruppen sorgten dafür, dass sich kaum jemals andere Regelungen als die bestehenden altbundesdeutschen durchsetzten.⁰⁷

Drittes wichtiges Ereignis war der Bruch der DDR-Regierungskoalition Ende August 1990. DDR-Ministerpräsident de Maizière entließ den sozialdemokratisch nominierten parteilosen Landwirtschaftsminister Peter Pollack sowie den sozialdemokratischen Finanzminister Walter Romberg und provozierte damit den Ausstieg der SPD aus der Regierung. Dieser Bruch erfolgte nach Einschätzung damaliger Politiker auf Druck der bundesdeutschen CDU, die sich dadurch bessere Wahlchancen für die anstehende Bundestagswahl ausrechnete.⁰⁸

Die frühe Währungsunion vom 1. Juli reduzierte den Handlungsspielraum der DDR-Regierung erheblich. Die wichtigsten Entscheidungen wurden von nun an im Bonner Finanzministerium getroffen. Zumindest hätte bei einer alternativen Regelung – bei einem Vorrang der Sanierung von bestehenden Unternehmen vor der schnellen Privatisierung – der wirtschaftliche Umbau nicht so sehr als ein „Vermögenstransfer von Ost- nach Westdeutschland“ ablaufen müssen.⁰⁹ Es gab offenbar auch Bemühungen von DDR-Landwirtschaftsminister Pollack für einen anderen Umgang mit dem Bodeneigentum, verbunden mit Absprachen mit dem Treuhandchef Detlev Rohwedder, die mit seiner Ermordung jedoch obsolet wurden.¹⁰

LERNPROZESS ABGEBROCHEN

Der Sprung aus der „unrenovierten“, autoritären DDR in die demokratische Ordnung der Bundesrepublik führte zu einem Freiheitsgewinn für die Ostdeutschen. Die hohe Geschwindigkeit dieses Prozesses entwickelte sich jedoch zu einem zentralen Problem. Dass die anfänglichen autonomen Lernprozesse auf dem Weg von der alten in eine

neue DDR abgebrochen wurden, war ein echter Mangel. Demokratie steht für das bewusste Parteilergreifen für und damit auch gegen mögliche Zukunftsentwürfe. Vielfältige Informationen sind nötig, man muss lernen, zwischen sicheren Kenntnissen und wohlmeinenden Vermutungen zu unterscheiden, zwischen ernsthaften Angeboten und hohler Werbung. Demokratie zu lernen, benötigt Zeit. Diese fehlte gerade, als der Weg zur deutschen Vereinigung radikal verkürzt wurde.

Viermal wurde in diesem kurzen 41. Jahr der DDR gewählt: ein wirklicher Wahlmarathon, aber ohne ausreichende Vorbereitung. Zuerst wurden die Parlamentswahlen von Anfang Mai 1990 auf den 18. März vorgezogen. So schon wurde die Zeit, in der sich die Bürger mit den politischen Alternativen vertraut machen konnten, deutlich verkürzt. Die souveräne Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger der DDR wurde auch beeinträchtigt dadurch, dass die Parteien der Bundesrepublik auf den Wahlkampf zur DDR-Volkskammer am 18. März massiv Einfluss nahmen. So wurde die Bildung von Wahlallianzen durch CDU beziehungsweise CSU (zur Allianz für Deutschland aus CDU, DSU und DA) sowie FDP (Bund Freier Demokraten aus DFP, LDP und F.D.P.) vorangetrieben. Auf zentralen DDR-Wahlveranstaltungen traten westdeutsche Spitzenpolitiker, so Helmut Kohl, Willy Brandt und Hans-Dietrich Genscher auf. Der Zentrale Runde Tisch hatte sich am 5. Februar mehrheitlich gegen eine solche Wahlkampfhilfe ausgesprochen.¹¹ Am 6. Mai fanden die Kommunalwahlen statt. Schließlich mussten die ostdeutschen Länder gebildet werden. Vorgesehen war ihre Bildung per Gesetz der DDR-Volkskammer für den 14. Oktober. Sie wurde auf den 3. Oktober vorgezogen, den Tag des Beitritts der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik nach Art. 23 GG. Am 2. Dezember fand schließlich die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl statt. Diese Abfolge brachte es mit sich, dass die ostdeutschen Bürger insgesamt nur oberflächliche Kenntnisse über das Wahl- und Parteiensystem ausbildeten. Lediglich eine Minderheit konnte auf Kenntnissen beruhende Entscheidungen treffen.

⁰⁷ Vgl. dazu Jacobs (Anm. 2), S. 203, S. 232, S. 237, S. 258, S. 360.

⁰⁸ Vgl. ebd., S. 164, S. 263.

⁰⁹ Petra Köpping, Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten, Berlin 2018, S. 29.

¹⁰ Siehe das Interview mit Landwirtschaftsminister Pollack in: Jacobs (Anm. 2), S. 257f.

¹¹ Siehe Hannes Bahrmann/Christoph Links, Chronik der Wende, Bd. 2, Stationen der Einheit, Die letzten Monate der DDR, Berlin 1995, S. 104; Otto Langels, Eine Schule der Demokratie, 1. 1. 2015, www.deutschlandfunk.de/runder-tisch-in-ost-berlin-eine-schule-der-demokratie.724.de.html?dram:article_id=307547.

Demokratie ist mehr als nur die Chance, an freien Wahlen teilzunehmen. Sie wird erst dadurch lebendig, dass sich die Wählenden auf Grundlage solider Kenntnisse sachkundig zwischen Alternativen entscheiden können. Diese Möglichkeit aber war einer Mehrheit der Ostdeutschen aufgrund der Geschwindigkeit der Veränderungen nicht gegeben. Vielleicht hätten die Bürger der alten Bundesländer eine stärker sachpolitisch ausgerichtete Wahlentscheidung getroffen – sie waren aber erst gar nicht gefragt, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt worden.

TRANSFORMATION UND SELBSTBESTÄTIGUNG

Warum wurden damals eigentlich die Verwerfungen, die mit den Umbrüchen von 1989/90 verbunden waren, von der Mehrheit übersehen? Meine These ist, dass dafür im Osten ein naiver ethnischer Nationalismus mitverantwortlich ist. Viele Ostdeutsche glaubten offenbar, ihre Zugehörigkeit qua Geburt zu einer mythischen Nation würde eine Art umfassende, familiäre Hilfe der Westdeutschen möglich machen. Jener naive ethnische Nationalismus („Wir sind ein Volk!“) hatte langfristige negative Folgen. Heute wird er in den ethnisch-nationalistischen Überzeugungen einer relevanten ostdeutschen Minderheit reaktiviert: Sie will „unvermischt“ deutsch bleiben. Viele Ostdeutsche waren selbst in den Westen migriert, in fröhlicher Hoffnung auf den Schutz durch eine „Einheit der Nation“. Allerdings hatte diese erste Migrationsbewegung die Ostdeutschen überfordert. Ab 2015 zeigte sich, dass man sich der Unsicherheit einer weiteren massenhaften Migrationsbewegung nicht aussetzen wollte.

Die Vorstellung, dass alles so werden sollte wie im Westen, war auch mit der Übernahme einer sozialen und wirtschaftlichen Ordnung verbunden, die gerade auf dem Weg hin zu einem anderen Typ Kapitalismus war, den man heute den „neoliberalen“ beziehungsweise „markoliberalen“ nennt. In der Industrie wurden Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Auf dem Land verschwanden bis zu zwei Drittel aller Arbeitsmöglichkeiten.¹² Viele Ältere gewöhnten sich

daran, notfalls im sozialen Netz aufgefangen zu werden. Von denen, die flexibler waren, wurden neue Berufsfelder in kurzer Zeit erschlossen. Diese Lebensleistung ist übrigens in Westdeutschland bisher kaum gewürdigt worden. Die Ostdeutschen wurden besonders eifrige Schüler des Flexibilitätsmantra, gerade Jüngere. Ganze Abiturklassen gingen zur Arbeitssuche in den deutschen Südwesten. Ältere dynamische Ostdeutsche reihten sich in das größer werdende Heer von Berufspendlern ein.

Auf der anderen Seite, in den alten Bundesländern, wirkte sich die unkritische Selbstbestätigung des eigenen Modells ebenfalls negativ aus. Die einen, die schon länger eine größere internationale Rolle Deutschlands angestrebt hatten, wurden durch die Überwindung der deutschen Teilung und damit der Nachkriegsordnung in diesem Bemühen bestärkt. Die anderen, vor allem linke Intellektuelle, „waren von milder Melancholie angesichts des Ablebens der ‚Bonner Republik‘ erfüllt“.¹³ Beide sahen aber keinen Änderungsbedarf an der institutionellen Konstruktion der Altbundesrepublik.

VERGLEICHSFOLIE OSTEUROPA

Das 41. Jahr ist für seine Bürger in beiden deutschen Staaten gegensätzlich gelaufen. Während die Deutschen im Osten sich völlig umstellen und sich in kurzer Zeit in eine über Jahrzehnte gewachsene Ordnung hineinfinden mussten, blieb für die Deutschen im Westen scheinbar alles beim Alten: „Im Westen hat sich nichts verändert, außer vielleicht den Postleitzahlen. Im Osten alles“, so Thomas de Maizière.¹⁴ Jenes „Alte“ wurde durch den Zusammensturz der Konkurrenzordnung der DDR zudem glanzvoll bestätigt. Aber das ist nicht die ganze Wahrheit: Die radikale Transformation des Ostens veränderte auch den Westen. Ursprünglich war der neoliberale Typ des Kapitalismus in den USA und Großbritannien entstanden. In Osteuropa setzte er sich nach

12 Zu den Zahlen vgl. u.a. Jürgen Kühl/Reinhard Schaefer/Jürgen Wahse, Beschäftigungsperspektiven von Treuhandunternehmen und Ex-Treuhandfirmen, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 4/1992, S. 519, Tabelle S. 521;

Thomas Gensicke, Die neuen Bundesbürger. Eine Transformation ohne Integration, Opladen 1998, S. 30ff.; Jörg Roesler, Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch 1987–2004, Bonn 2003.

13 Axel Schildt, Politischer Aufbruch auch im Westen Deutschlands?, in: APuZ 24–26/2014, S. 22–26, hier S. 23.

14 Zit. nach Rüttelt an den Thronen!, 10.12.2018, www.zeit.de/2018/51/ostdeutschland-rechtsruck-demokratie-dunja-hayali-thomas-de-maiziere.

1989 als Verwirklichung des „Washington Konsens“ in einer radikalen Variante durch Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung als Elemente jenes Programms erschienen danach auch als Patentrezepte für wirtschaftliche Reformen in den alten EU-Mitgliedsländern. Der Historiker Philip Ther prägte für jene wechselseitige Beeinflussung von Transformationsprozessen in Ost und West den Begriff „Kotransformation.“¹⁵

Eine angemessene Vergleichsfolie für die Entwicklung, die die ehemaligen DDR-Bürger zu durchlaufen hatten, findet sich allerdings nicht im Westen Deutschlands, sondern in den anderen postsozialistischen Transformationsgesellschaften. Während die Transformation Ostdeutschlands als Sprung in die Institutionen des „ready-made-state“ der alten Bundesrepublik zu bezeichnen wäre, als Transfer eines fertigen Institutionensystems nach Osten, war der Weg der anderen Staaten des ehemaligen sowjetischen Einflussbereiches eigenständiger und langwieriger.¹⁶ Jener Kurs wurde zwar ebenso durch externe Leitbilder beeinflusst, aber anders als der ostdeutsche nicht direkt durch externe Eliten gesteuert.¹⁷ Die jeweiligen internen Eliten in Osteuropa starteten einen Prozess der Suche nach den besten Lösungen und stützten sich dabei vor allem auf eigene Ressourcen.

Wenn man den ostdeutschen und den osteuropäischen Weg vom Staatssozialismus zum neoliberalen Kapitalismus vergleicht, so kann im Großen und Ganzen folgende Bilanz gezogen werden: Die wirtschaftlichen Auswirkungen in Form eines Einbruchs der Wirtschaftsentwicklung und eines radikalen Strukturwandels waren ähnlich drastisch, in Ostdeutschland auf Grundlage der größeren Konsequenz und Geschwindigkeit dabei aber deutlicher spürbar.¹⁸

15 Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Die Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2014, Kap. 9.

16 Vgl. Richard Rose/Christian Haerpfer, *The Impact of a Ready-Made-State. Die privilegierte Position Ostdeutschlands in der postkommunistischen Transformation*, in: Helmuth Wiesenthal (Hrsg.), *Einheit als Privileg: Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands*, Frankfurt/M. 1996, S. 105–140.

17 In einigen Staaten (u. a. im Baltikum, in Ex-Jugoslawien, der Ukraine) spielte allerdings die antikommunistische Diaspora eine wesentliche Rolle.

18 Das Brutto sozialprodukt pro Kopf brach in Ostmitteleuropa um 25 bis 30 Prozent ein, in Ostdeutschland betrug der Einbruch dagegen ca. 50 Prozent, ebenso viel wie im postsowjetischen oder im ex-jugoslawischen Raum, wo dieser Einbruch durch den Zerfall des stärker integrierten Wirtschaftsraumes der betreffenden föderalen Staaten verursacht war.

Die Ostdeutschen blieben jedoch auf Grundlage der Währungsunion und dank des deutschen Sozialstaates von unmittelbaren sozialen Härten verschont. Es gab keine erhebliche Inflation wie etwa in Polen, wo die Sparguthaben innerhalb von drei Jahren fast völlig vernichtet wurden. Die Renten waren in Ostdeutschland zunächst durchaus ausreichend für den Lebensunterhalt. Für die erste Generation Ostdeutsche, die in der Bundesrepublik in die Rente eintrat, war die Lage sogar sehr günstig – vor allem, weil die Frauen in der DDR häufiger und länger berufstätig waren als die Frauen in Westdeutschland. Zudem war der Umrechnungsfaktor günstig. Auch Arbeitslosigkeit traf die Menschen in Ostdeutschland vergleichsweise weniger hart, weil sie deutlich mehr Arbeitslosengeld erhielten als die Bürger des östlichen Europas.

Kurzum: Eine ähnliche wirtschaftliche Rezession wurde nicht durch die damit in Osteuropa verbundenen unmittelbaren sozialen Härten begleitet. Damit befanden sich die Ostdeutschen im Verhältnis zu den anderen poststaatssozialistischen Gesellschaften eindeutig in einer komfortableren Lage. Allerdings fanden sie sich schon bald in der unangenehmen Situation eines abhängigen Klienten reicher Verwandter wieder. Oder genauer: Sie mussten lernen, dass diese von ihnen selbst als „Verwandtschaftsbeziehung“ betrachteten Verhältnisse sie nicht vor unangenehmen Erfahrungen einer kapitalistischen Eigentumsordnung schützten. Aus einer Gesellschaft des bürokratisierten Staatseigentums kamen sie in eine knallharte Eigentümergesellschaft. Und heute laufen sie, wie der Publizist Wolfgang Engler und die Autorin Jana Hensel zu Recht feststellten, durch wundervoll renovierte Stadtzentren, schauen dabei aber einen Reichtum an, der nicht ihrer ist.¹⁹

Die Erfahrungen, dass Betriebe zugunsten der westdeutschen Konkurrenz abgewickelt wurden, die entstehende große Gruppe der Langzeitarbeitslosen, der umfassende Elitenwechsel in vielen Bereichen zugunsten Westdeutscher, der Wegzug junger Menschen aus ihrer ostdeutschen Heimat in den Westen und Süden: All das führte in Ostdeutschland ungeachtet der positiven Wirkungen des bundesdeutschen Sozialstaates zu traumatischen Wende-

19 Vgl. Wolfgang Engler/Jana Hensel, *Wer wir sind. Die Erfahrung ostdeutsch zu sein*, Berlin 2018, S. 98, S. 233–240.

erlebnissen. Insofern kam es in Osteuropa und Ostdeutschland im Ergebnis des Systemwechsels trotz unterschiedlicher Abläufe der Transformation zu einer ähnlichen Verunsicherung. Politische Apathie, ein anhaltendes Misstrauen in die Institutionen der repräsentativen Demokratie sowie der Aufstieg nationalpopulistischer Parteien waren die Folgen.

SCHLUSS

Die Transformation vom Staatssozialismus zum neoliberalen Kapitalismus ist eine abgeschlossene Phase der Geschichte. Wichtig wäre es aber, diese Geschichte besser aufzuarbeiten. Der Vorschlag, der dazu im Buch der sächsischen Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, gemacht wird, lautet: „Wir müssen über die damals erlittenen Kränkungen, Demütigungen und Ungerechtigkeiten reden – und die Meinungen und Argumente vieler Westdeutscher dabei ernst nehmen.“²⁰ Das könnte mittels politischer Bildung und örtlicher Geschichtswerkstätten geschehen. Sie plädiert weiter auch für die bisher ausstehende Anerkennung von Berufsabschlüssen und Rentenregelungen spezieller DDR-Berufe.²¹ Vor allem aber geht der Auftrag an die Bürger selbst: Nur in einer selbstbewussten Bürgergesellschaft, in der besonders auf kommunaler Ebene und in den Unternehmen viele ihre eigenen und gemeinschaftlichen Interessen aktiv und hörbar vertreten, kann die Demokratie sich krisenfest verankern.

Dem möchte ich meine Überzeugung hinzufügen, dass viele Ostdeutsche auf die erforderliche Reform des politischen Gemeinwesens gut vorbereitet wären. Das scheint angesichts des Widerhalls rechtspopulistischer und rechts-

extremer Parteien in Ostdeutschland eine kühne Behauptung zu sein. Nachvollziehbar wird dieses Urteil, wenn man in den Wahlergebnissen der AfD nicht allein verfestigte rassistische und antidemokratische Haltungen, sondern ebenso den Protest gegen die Vernachlässigung ostdeutscher Erfahrungen erkennt.²² Ich sehe in der jetzigen Situation die Möglichkeit, dass aus dem erfahrungsgesättigten Vergleich von staatssozialistischer Mangelgesellschaft und kapitalistischer Konsumgesellschaft Lehren für eine nachhaltige Gesellschaft der Zukunft gezogen werden könnten: Auch aus dem Überfluss an Konsummöglichkeiten erwächst nicht automatisch ein gutes Leben. Geld ist ein Mittel zum Leben, es taugt aber nicht als Lebensziel.²³

Zusammenfassend zwei Schlussfolgerungen aus der Analyse des 41. Jahres und seiner verpassenen Gelegenheiten: Erstens ist eine nachhaltige Demokratie nicht reduzierbar auf die von Großparteien reibungslos gemanagten freien Wahlen. Sie entsteht und reproduziert sich nur als politische Praxis, die von immer mehr Menschen bewusst formuliert, ausgehandelt und aktiv verfochten wird.

Zweitens hängt die in Ostdeutschland entstandene Entfremdung vom politischen System nicht allein mit dem Diktatur-Erbe zusammen. Entscheidend ist auch die unzureichende öffentliche Anerkennung ostdeutscher Lebensleistungen nach 1990. Für eine solche Aufarbeitung der Defizite der Transformation nach 1989 fehlte es lange Zeit in der ostdeutschen Gesellschaft, in der fast überall westdeutsche Eliten dominieren, an kulturellen Dolmetschern.²⁴ Solche kulturellen Mittler aus den Reihen der Ostdeutschen, die die Zumutungen der Nachwendentwicklung erfolgreich verarbeitet haben, gibt es inzwischen in ausreichender Zahl.

²⁰ Köpping (Anm. 9), S. 129.

²¹ Vgl. ebd., S. 158 ff.

²² Vgl. Engler/Hensel (Anm. 19), S. 113.

²³ Vgl. Dieter Segert, Transformation und politische Linke. Eine ostdeutsche Perspektive, Hamburg 2019, Kap. 1.

²⁴ Angela Merkel formulierte zwar eine ähnliche These: So wurzele die Frustrationen in Ostdeutschland unter anderem darin, dass es für die Ostdeutschen „immer noch zu wenige positive Rollenmodelle und Vorbilder gibt“. Man muss aber hinzufügen, dass sie zu diesem Defizit selbst beigetragen hat, weil sie die eigene DDR-Biografie in öffentlichen Auftritten lange kaum erwähnt hat. Siehe „Parität erscheint mir logisch“, Interview von Jana Hensel mit Angela Merkel, 23. 1. 2019, www.zeit.de/2019/05/angela-merkel-bundeskanzlerin-cdu-feminismus-lebensleistung.

DIETER SEGERT

war Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Transformationsanalyse Osteuropas, Geschichte und Erbe des Staatssozialismus sowie Demokratieforschung.

dieter.segert@univie.ac.at

UMKÄMPFTES ERBE

Zur Aktualität von „1989“ als Widerstandserzählung

Greta Hartmann · Alexander Leistner

Die Frage, wer sich legitimerweise als Erbe der friedlichen Revolution sehen darf und wie die damaligen Ereignisse jeweils eingeordnet und gedeutet werden, war stets umkämpft – bis heute. Mit der Zäsur „1989“ wandelte sich in Ostdeutschland zudem generell die Art der Auseinandersetzung um die Deutung historischer Ereignisse: Mit der Entmachtung der SED war auch deren geschichtspolitisches Monopol und Diktat gebrochen, und es wurde möglich, was für pluralistische Gesellschaften charakteristisch ist: über Erinnerungen und die Deutung historischer Ereignisse zu streiten.⁰¹ Diese vielstimmigen Aushandlungsprozesse um das (legitime) Erbe von „1989“ sind Thema des Beitrags. Ausgehend von der Unterscheidung zweier idealtypischer Formen geschichtspolitischer Bezugnahmen fragen wir nach der Bedeutung von „1989“ als Legitimationssymbol für Proteste in Ostdeutschland der vergangenen Jahre. Wir zeichnen den Wandel politischer Aneignungen von Geschichte durch Protestbewegungen nach, der sich zunehmend als geschichtspolitischer Rechtsruck deuten lässt. Oder anders: Wie kommt und wohin führt es, dass sich Menschen heute wieder am Vorabend einer Revolution wähnen und welche Bedeutung hat dabei der Bezug auf „1989“? Zur Beantwortung dieser Frage ist ein Blick auf die Ereignisse des Revolutionsherbstes und dessen Vorgeschichte nötig.

REVOLUTION DER VIELEN

Wechselseitige Distanz und Misstrauen zwischen den Regierenden und den Regierten waren konstitutiv für die DDR-Gesellschaft. Der Staat entstand als Kriegsfolgengesellschaft, auf den Trümmern und im Schatten des „Dritten Reiches“. Die Durchsetzung der Herrschaft war von den Folgen des Krieges geprägt. Die neuen SED-Machthaber*innen regierten eine Bevölke-

rung, die nicht wenige von ihnen im Nationalsozialismus noch als „Volksschädlinge“ verfolgt hatte. Das System der militarisierten Herrschaftssicherung stalinistischer Prägung hatte einen entsprechenden und durch die Ereignisse des Arbeiteraufstandes von 1953 gefestigten Stellenwert. Der Grad der Militarisierung der DDR-Gesellschaft⁰² hatte damit eine doppelte Stoßrichtung: Sie war einerseits nach außen gerichtet, da die DDR potenzielles Aufmarschgebiet im Kalten Krieg war, und zugleich nach innen gerichtet, um die eigene Gesellschaft zu disziplinieren und beherrschen.

An dieser Militarisierung entzündeten sich spätestens ab den 1970er Jahren erste Proteste. Es entstand zunächst die unabhängige Friedensbewegung als Vorläufer weiterer oppositioneller Bewegungen, die sich bis zum Ende der 1980er Jahre in vier Strömungen auffächerten:⁰³ *erstens* zunächst als Kriegsablehnungsbewegung, die im Rückblick auf den Zweiten Weltkrieg und angesichts der atomaren Bedrohung gesellschaftliche Pazifizierungsprozesse anmahnte. *Zweitens* formierte sie sich als Reformbewegung mit dem Anspruch auf umfassende, im Kern reformsozialistische Veränderungen. Vor allem in den 1980er Jahren trat sie *drittens* als Protestbewegung auf, in der sich innenpolitische Konflikte sowie Veränderungsbegehren bündelten und sich die Abkehr vom „real existierenden Sozialismus“ artikulierte – zuletzt in Form massenhafter Ausreisearträge. *Viertens* schließlich war die Opposition in der DDR auch eine Emanzipationsbewegung – eine Bewegung auf der Suche nach kulturellen Freiräumen und alternativen Lebensperspektiven.

Das Nebeneinander dieser Strömungen war spannungsreich, die Oppositionsbewegung selbst heterogen. Der Unmut in der Bevölkerung war gegen Ende der 1980er Jahre freilich größer als die schmale Mobilisierungsbasis der oppositionellen Gruppen und Szenen. Deren Anspruchshori-

zonte einer erneuerten reformierten DDR waren weit – die realen Erwartungen auf Veränderungen noch im Sommer 1989 aber eher bescheiden. Der Zeithorizont, in dem oppositionelle Aktivitäten geplant wurden, war groß und Ausdruck dafür, wie man die Stabilität des Systems damals einschätzte: als zementierte Herrschaft, der Verbesserungen mühsam und auf Jahre hin abzurufen sind. Basisdemokratie war eine beliebte wie diffuse Forderung innerhalb der Opposition, wobei oftmals unklar blieb, wie diese mit dem Parteiensystem einer repräsentativen Demokratie vereinbar sein könnte. Die Wiedervereinigung war weder Ziel der Bewegung noch realistisch überhaupt absehbar.

Die Massendemonstrationen ab dem Herbst 1989 entfalteten dann aber eine charismatische wie rasante Eigendynamik.⁰⁴ In den Herbsttagen standen die Demonstrierenden auf der Straße einem übermächtigen und waffenstrotzenden Sicherheitsapparat gegenüber, der explizit der Bekämpfung innerer und äußerer Feinde diene. Das situative Charisma der Ereignisse gründet dabei in der Eigendynamik des politischen Umbruchs, in der Ungewissheit von Verlauf (friedlich) und Ausgang (unverhoffter Systemzusammenbruch) und schließlich auch in der Erfahrung der Aktionsmacht massenhaften Straßenprotestes.

STREIT DER OPPOSITIONELLEN

Der politische Transformationsprozess von 1989/90 lässt sich idealtypisch als Abfolge unterschiedlicher Modi politischer Beteiligung beschreiben. Der Umbruch nimmt seinen Ausgangspunkt bei der *Versammlungsdemokratie*

01 Vgl. Edgar Wolfrum, Erinnerungskultur und Geschichtspolitik als Forschungsfelder, in: Jan Scheunemann (Hrsg.), Reformation und Bauernkrieg. Erinnerungskultur im geteilten Deutschland, Leipzig 2010, S. 13–47.

02 Siehe das Themenheft „Militarisierter Sozialismus“ der Berliner Debatte Initial 6/1997.

03 Vgl. Alexander Leistner, Soziale Bewegungen. Entstehung und Stabilisierung am Beispiel der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR, Konstanz 2016, S. 230 ff.

04 Im Begriff „Charisma“ verdichten sich die Außeralltäglichkeit des Ereignisses, die euphorischen Erfahrungen der Beteiligten, die nachträgliche symbolische Aufladung als historischer Schlüsselmoment (und Wendepunkt) sowie die Zuschreibung besonderer Qualitäten (wie etwa der entwaffnend friedliche Charakter der Proteste). Vgl. dazu Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1980 (1922), S. 654 ff.

der Straßenproteste im Herbst 1989. Aus der Opposition, aber auch aus der elitenkritischen und misstrauisch-politikabstinenten „Halbdistanz“⁰⁵ heraus strömten die Menschen landesweit auf die Straße. Faktisch und im überraschenden Ergebnis wurde die entstandene Bewegung durch den Sturz der SED-Diktatur damit zu einer Entmachtungsbewegung. Die Versammlungsdemokratie transformierte sich für eine kurze Zeit in eine direkte *Verhandlungsdemokratie* der überregionalen und lokalen Runden Tische. Diese mündete schließlich mit der Wiedervereinigung in die Implementierung von Institutionen und Verfahren der *repräsentativen Demokratie*. In diesem Prozess wurden die Oppositionellen marginalisiert, und die Wegbereiter der friedlichen Revolution wurden von der Geschichte überholt. Schon die Ergebnisse der ersten freien Volkskammerwahl waren für die neuen Bürgerbewegungen verheerend. Sie war zugleich ein Plebiszit für die Wiedervereinigung und die Währungsreform. Auf die Phase des unverhofften Umbruchs folgte eine Phase populistisch genährter Wohlstandserwartungen mit ebenso verheerenden Enttäuschungen. Ausgehend von dieser zunächst diffusen, ergebnisoffenen und unklaren Situation der Revolution und ihren Folgen stellen sich im Nachhinein verschiedene Fragen: Was ist das Erbe von „1989“? Welche Ereignisse werden geschichtspolitisch besonders akzentuiert? Wie sieht die alltagskulturelle Erinnerung an „1989“ aus?

Innerhalb des offiziellen gesamtdeutschen erinnerungskulturellen „Inventars“ variiert der Stellenwert der genannten Phasen. Die Erinnerung an die Runden Tische ist gegenüber den charismatischen Ereignissen des Herbstes weitestgehend marginalisiert. Die Erinnerung an den Aufbau der parlamentarischen Demokratie mit der Wiedervereinigung ist retrospektiv überlagert von den wirtschaftlichen Schieflagen des Transformationsprozesses: Deindustrialisierung, Abwanderung, biografischer Entwertung. Auch erinnerungskulturell ist „1989“ und die „Politik der Straße“ aufgewertet. Das dominante, geschichtspolitisch opportune Narrativ war und ist zugespitzt dieses: „1989“ war die Selbstbefreiung eines gefangenen Volkes.

05 Karl-Siebert Rehberg, Dresden-Szenen. Eine einleitende Situationsbeschreibung, in: ders./Franziska Kunz/Tino Schlinzig (Hrsg.), PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung?, Bielefeld 2016, S. 15–50, hier S. 32.

Der Streit um das Erbe von „1989“ begann früh – zunächst vor allem innerhalb der verschiedenen Fraktionen ehemaliger Bürgerrechtler*innen und Oppositioneller, die sich lange Zeit als die legitimen Erben wählten oder einander diesen Status streitig machten. Besonders eindrücklich waren für solche Statuskonflikte die Debatten um die Kandidatur des einstigen Rostocker Pfarrers Joachim Gauck als Bundespräsident. Dessen Status als Bürgerrechtler wurde von alten Weggefährter*innen aus dem Neuen Forum entweder heftig bestritten, weil Gauck als Anhänger der Wiedervereinigung die Revolution verraten und beendet habe, oder wie von Heiko Lietz, ehemaliger Sprecher des Neuen Forums, an die Bedingung geknüpft, dass Gauck in seinem neuen Amt ein wesentliches, nicht realisiertes Projekt des Zentralen Runden Tisches angehen solle: die Verabschiedung einer Verfassung für das geeinte Deutschland. „So wie im Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches der DDR aus dem Jahr 1990, dem ‚Vermächtnis der DDR-Bürgerbewegung‘, müsse laut Lietz die neue Verfassung einklagbare wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte enthalten. Wenn Gauck diese Diskussion vorantreibe, würde er das Etikett ‚Bürgerrechtler‘ inhaltlich füllen, das ihm derzeit zu Unrecht angeheftet wurde.“⁰⁶

Es lassen sich somit idealtypisch zwei geschichtspolitische Bezugnahmen auf die friedliche Revolution unterscheiden: Erinnerungskulturell dominant war lange Zeit ein konservatorischer Bezug auf „1989“. Er ist das Ergebnis erinnerungskultureller Sedimentierung, die das politische Engagement in den oppositionellen Gruppen auf Widerstand und Protest gegen die SED-Diktatur reduziert. Aus dieser Perspektive hat sich die friedliche Revolution mit der Wiedervereinigung selbst erfüllt – Ende der Geschichte. Dagegen artikulierten Teile der ehemaligen Opposition aktualisierende Bezugnahmen auf „1989“.⁰⁷ Aus ihrer Sicht ist die friedliche Revolution eine unabgeschlossene Geschichte steckengebliebener

Reformimpulse. Oder, wie der Theologe Heino Falcke schrieb: „Sie ist unabgegolten, sie steht an unter veränderten Verhältnissen. Sie liegt vor uns. Das Gedenken weist nach vorn.“⁰⁸

MISSBRAUCH DES ERBES?

Konkurrierende Deutungen des Erbes von „1989“ blieben aber nicht nur auf die ehemalige Opposition beschränkt, sie fanden auf verschiedenen Ebenen statt: in den Feuilletons großer Zeitungen, in den Parlamenten, aber eben auch in Straßenprotesten. Die Prägekraft der Ereignisse manifestierte sich dabei auch in den vielfältigen und eigensinnigen Bezugnahmen unterschiedlicher neuerer Protestbewegungen auf die Massendemonstrationen des Herbstes 1989. So rekurrerten seitdem verschiedene Protestbewegungen auf die Form der Montagsdemonstrationen: „Montagsdemonstrationen“ gegen die Hartz-IV-Reformen, „Montagsmahnwachen“ im Kontext des russisch-ukrainischen Krieges und zuletzt auch die Demonstrationen von Pegida und den zahlreichen Ablegern dieser Bewegung. Die Montagsdemonstrationen gegen die Hartz-IV-Reformen entwickelten sich im Sommer 2004 spontan und daher vorerst ohne feste organisatorische Struktur. Sie gingen auf den Protest eines einzelnen Arbeitslosen in Magdeburg zurück, breiteten sich rasch aus und verfestigten sich. Der Gipfel der Proteste war schließlich der 30. August, als sich allein in Leipzig 30 000 Demonstrierende den Sozialprotesten anschlossen.⁰⁹ Die Proteste fanden über einen Zeitraum von einigen Monaten wöchentlich in verschiedenen Städten, vor allem in Ostdeutschland, statt wobei Magdeburg, Leipzig, Berlin und Dortmund ihre Zentren bildeten.

Neben der Protestform „Montagsdemonstrationen“ lassen sich gerade in Leipzig weitere Arten der Bezugnahme auf den Herbst 1989 finden. Ein zentraler Akteur der Proteste 2004 war das Sozialforum Leipzig, das namentlich und von der Idee her an den Gedanken des „Forums“ an-

06 Andreas Frost, „Das Etikett Bürgerrechtler hat er zu Unrecht“, 28. 2. 2012, www.tagesspiegel.de/6261414.html.

07 Der Begriff „Aktualisierung“ zielt auf unterschiedliche verschiedene geschichtspolitische Strategien: appellative Erinnerungen an uneingelöste politische Forderungen, Parallelisierungen zwischen den historischen Ereignissen und gegenwärtigen gesellschaftlichen Zuständen und schließlich Vereinnahmungen für politische Zwecke. Gemeinsam ist diesen Strategien die Intention einer politischen Mobilisierung.

08 Heino Falcke, *Wo bleibt die Freiheit? Christ sein in Zeiten der Wende*, Freiburg 2009, S. 115.

09 Vgl. Dieter Rink, *Die Montagsdemonstrationen als Protestparadigma. Ihre Entwicklungen von 1991–2016 am Beispiel der Leipziger Protestzyklen*, in: *Leviathan* 45/2017, S. 282–305, hier S. 286.

knüpfte und das ehemalige Oppositionelle im Organisationsteam hatte. Im Unterschied zum 1989 gegründeten Neuen Forum ging es dem Sozialforum, wie der Name bereits ausdrückt, um das Sichtbarmachen sozialer Anliegen, wobei es in Leipzig mit der Initiierung und Anmeldung der Montagsdemonstrationen eine Schlüsselfunktion für die (überregionale) Organisation der Proteste einnahm. Die Forderung des Sozialforums, Parteien keine Stimme zu geben, knüpfte ebenso an die 1989er Proteste an. Die Organisationsform als Forum führte jedoch auch dazu, dass das Sozialforum eher im Hintergrund blieb und wenig als eigenständiger politischer Akteur in Erscheinung trat. Trotzdem brachten die symbolischen Bezugnahmen den Anti-Hartz-IV-Protesten den Vorwurf des Missbrauchs des Erbes von „1989“ ein, was zu kontroversen Diskussionen führte.¹⁰ So wurde der Bezug auf „1989“ von namhaften Oppositionellen wie Wolf Biermann, Vera Lengsfeld oder Joachim Gauck scharf als „geschichtsvergessen“ kritisiert. Diese Kritik wurde wiederum zum Anlass einer „Erklärung von Angehörigen ehemaliger DDR-Oppositionsgruppen“, in der sich 60 Aktivist*innen mit den Anliegen der Proteste identifizierten und den Demonstrierenden die Absolution für die Verwendung des Begriffs „Montagsdemonstration“ erteilten.

Doch auch neben den öffentlich zur Schau getragenen symbolischen Anknüpfungspunkten an die Montagsdemonstrationen lassen sich Vergangenheitsbezüge bei den Protesten gegen die Hartz-IV-Reformen erkennen. Einerseits gab es bereits Anfang der 1990er Jahre Arbeits- und Sozialproteste, die sich gegen Betriebsschließungen und Massenentlassungen richteten und sich in wilden Streiks, Demonstrationen und weiteren Protestformen niederschlugen. Die Stärke der Proteste in Ostdeutschland wird zudem auf andere Erwartungshaltungen an den Staat zurückgeführt, die sich aus den Erfahrungen der Vergangenheit speisen, in der der Staat in der DDR ein besonderes Maß an „Fürsorge“ gegenüber der Bevölkerung übernommen hat.¹¹ Die Erfahrung dieses „Fürsorgeprinzips“, etwa in dem Zugang

zu sozialen Einrichtungen wie Kinderkrippen, Kindergärten, Betriebskollektiven und Ferienheimen, aber auch die der Gleichheit in der „arbeiterlichen Gesellschaft“, haben Wahrnehmungs- und Beurteilungsmuster gegenüber staatlichem Handeln geprägt, die nach der Transformation in den neuen Bundesländern fortbestanden. Eine Befragung Demonstrierender, die im September in den Städten Berlin, Dortmund, Leipzig und Magdeburg durchgeführt wurde, zeigte jedoch auch, dass nicht nur spezifische Erwartungshaltungen dafür sorgten, dass die Proteste vor allem in den neuen Bundesländern stattfanden – die eigene Betroffenheit war ebenso maßgeblich.¹² So bildeten Arbeiter*innen und Angestellte die große Mehrheit der Protestierenden. In den vier Städten gaben zusammengenommen 43 Prozent der Befragten an, arbeitslos zu sein. Der Anteil derjenigen, die die Auswirkungen der Hartz-Reformen direkt in ihrem Umfeld zu spüren bekamen, lag sogar bei 87 Prozent. Auch wenn es vereinzelte Versuche seitens rechtsextremer Gruppierungen wie der NPD oder des Thüringer Heimatschutzes gab, den Protest als „Volksprotest“ umzuzeichnen,¹³ zeigte sich in der Befragung der großstädtischen Demonstrierenden eine deutliche Linkslastigkeit in der politischen Selbsteinordnung. Anders das Bild in einzelnen ostdeutschen Kleinstädten: Hier gelang es – wie im sächsischen Freital – rechtsextremen Gruppen teilweise, die Proteste zu übernehmen.

Auch die etwa zehn Jahre später im Oktober 2014 beginnenden Pegida-Demonstrationen bezogen sich explizit auf die Proteste des Revolutionsherbstes von 1989, und nicht zuletzt eigneten sich die Dresdner „Abendspaziergänger“ „gegen die Islamisierung des Abendlandes“ ebenfalls die Protestform der Montagsdemonstrationen symbolisch an. Teil dieser legitimatorischen Aneignung ist das Rufen der Parole „Wir sind das Volk“, die im Kontext von Pegida teils aggressiv und kämpferisch vorgetragen wurde. Auch wenn die Ergebnisse von Befragungen bei den Pegida-Demonstrationen mit Vorsicht interpretiert werden müssen, was vor allem mit der Verweigerungshaltung, teils auch aggressiver Ablehnung der Forschenden durch

10 Vgl. Dieter Rink/Axel Philipps, Mobilisierungsframes auf den Anti-Hartz-IV-Demonstrationen 2004, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 20/2007, S. 52–60, hier S. 55.

11 Axel Philipps, „Weg mit Hartz IV!“. Die Montagsdemonstrationen in Leipzig zwischen 30. August und 4. Oktober 2004, in: *Berliner Debatte Initial* 16/2005, S. 93–104.

12 Vgl. Dieter Rucht/Mundo Yang, Wer demonstrierte gegen Hartz IV?, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 17/2004, S. 21–27.

13 Rink/Philipps (Anm. 10), S. 57.

die Demonstrationsteilnehmer*innen begründet ist, lässt sich aufgrund der (sich größtenteils deckenden) Ergebnisse der insgesamt fünf Studien ein gewisses Bild der Teilnehmenden erkennen:¹⁴ Der typische Pegida-Demonstrant gehört nicht wie zunächst angenommen sozialökonomisch zu den „Abgehängten“. Er ist männlich, mittleren Alters und geht einer Erwerbstätigkeit nach. Bei Pegida liegt der Anteil der Arbeitslosen mit gerade einmal zwei Prozent weit unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. Neben Arbeiter*innen, die auch hier die größte Gruppe der Demonstrierenden bilden, finden sich viele Selbstständige. Die Demonstrierenden, die rechte, rechtspopulistische oder ausländerfeindliche Parolen skandierten und teilweise wöchentlich zusammen mit einschlägigen Rechtsextremisten und Hooligans auf die Straße gingen, gehören also eher der ökonomischen Mittelschicht an. Bei der Frage, welche Partei die Teilnehmenden wählen würden, entschieden sich mit Abstand die meisten für die AfD. Gleichzeitig zeigt sich jedoch, dass im Allgemeinen eine geringe Bindung an Parteien besteht und auch auf mitgeführten Schildern und Transparenten immer wieder Kritik am politischen System insgesamt, an Parteien oder auch an einzelnen Politiker*innen, wie Angela Merkel und Joachim Gauck, geübt wurde. Diese Distanz und Kritik wird schließlich mit der Forderung nach mehr Mitbestimmung und der Forderung nach direkter Demokratie verbunden – der Form nach ein Bezug auf die eingangs erwähnte Versammlungsdemokratie. Das geforderte Mehr an Demokratie wird allerdings mit der Vorstellung einer exklusiven Demokratie für ein homogenes Volk verknüpft, als dessen Stimme sich die Proteste imaginieren. Dass dieses Volk mit nationalistischen und patriotischen Vorstellungen zusammenhängt, zeigt das Schwenken der Deutschlandfahnen und das ritualisierte Singen der Nationalhymne während der Abschlusskundgebungen.

Neben solchen Straßenprotesten, die sich mit unterschiedlichen Anliegen und Themen aus verschiedenen politischen Richtungen mithilfe symbolischer Bezugnahmen selbst in die Tradition der Proteste gegen das SED-Regime stellen, gibt es diskursive Versuche, Analogien zum Wende-

jahr herzustellen. Ein Beispiel hierfür ist die Erklärung „Wir haben es satt“,¹⁵ die 2001 im Zuge der Verschärfung der Sicherheitsgesetzgebung nach dem 11. September von etwa 40 ehemaligen Mitgliedern der DDR-Opposition veröffentlicht wurde. In dieser werden explizit Parallelen zwischen der Situation des Herbstes 1989 und aktuellen politischen Verhältnissen gezogen. Die Verfasser*innen betonen ihre eigene Erfahrung in der Diktatur und schlussfolgern daraus, dass sie sich mit dem Aufruf nicht an Politiker*innen, Parteien oder die Regierung wenden wollen, sondern an „einfache Bürger wie wir“. Damit vollzogen die Autor*innen semantisch den eigenen Ausstieg aus der parlamentarischen Demokratie und adressierten ein widerständiges Kollektiv, das es 2001 im Unterschied zu 1989 in der Form allerdings nicht mehr gab. Aus dem Protest gegen den „Krieg gegen den Terror“ wurde eine düstere Prophetie gesellschaftlichen Scheiterns. So heißt es in dem Aufruf weiter: „Die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft ist offensichtlich gestört.“ Das war 1989 so. Und das gilt heute wieder.“ Deutliche Kritik an dem Aufruf gab es von damaligen Weggefährten wie Martin Böttger, Mitbegründer der Initiative für Frieden und Menschenrechte und Gründungsmitglied des Neuen Forums, der aus dem Aufruf Enttäuschung und Ohnmacht herauslas und feststellte, dass mit „Satthabern“ keine Politik zu machen sei.¹⁶ Ebenso wie die Straßenproteste bezog sich auch der Aufruf „Wir haben es satt!“ explizit auf den Herbst 1989. Die Verfasser*innen betonen besonders die eigenen Erfahrungen als Mitglieder der DDR-Opposition, und der Aufruf wird mit vermeintlichen Parallelen zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Endphase der DDR und den gegenwärtigen Verhältnissen begründet.

Wie die unterschiedlichen Bewegungen und der Aufruf zeigen, sind die Modi der Bezugnahmen vielfältig und erfolgen aus unterschiedlichen politischen Richtungen. Einerseits erfolgen sie auf Ebene der Straßenproteste – etwa weil sie als Montagsdemonstrationen stattfinden oder die Parole „Wir sind das Volk“ skandiert wird, die in verändertem Demonstrationkontext ihre Bedeutung wandelt. Die symbolischen Bezüge ori-

¹⁴ Vgl. Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller, PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden 2016.

¹⁵ Der Aufruf findet sich unter <http://emanzipationhumanum.de/downloads/satt.pdf>.

¹⁶ Die Tageszeitung, Beilage vom 28. 3. 2002, S. 3.

entieren sich besonders an den charismatischen Ereignissen der Massendemonstrationen, also an der Phase der Versammlungsdemokratie des Herbstes 1989. Andererseits werden Kontinuitäten teilweise über Persönlichkeiten der DDR-Opposition und die damit einhergehende Rolle im Protestgeschehen von 1989 erzeugt. So betonen die Autor*innen des Aufrufs „Wir haben es satt!“ besonders die Wichtigkeit ihrer eigenen Erfahrungen.

Die geschichtspolitischen Bezugnahmen auf „1989“ kreisten zunächst um die Frage nach der Aktualität der Reformanliegen der friedlichen Revolution und erinnerten an die weitreichenden Forderungen vieler oppositioneller Gruppen – ein Diskurs, der letztlich als Deutungskonkurrenz der Revolutionsveteranen marginalisiert blieb. Die symbolischen Bezugnahmen auf die Straßenproteste führten dazu, dass sich die Protestform der Montagsdemonstration in Ostdeutschland etablieren und bald schon von den Trägergruppen ehemaliger Oppositioneller lösen konnte. Damit einher gingen Neuinterpretationen des Erbes von „1989“ und teilweise auch Parallelisierungen zwischen der gesellschaftlichen Situation damals und heute.

Diese Protestmobilisierungen hatten aber wenig Einfluss auf das dominante Revolutionsnarrativ, demzufolge sich das „gefangene Volk“ selbst befreit hat. Es beherrscht nach wie vor die offizielle Erinnerungskultur. Das Spontane, Ungeplante der Revolution, ihr zunächst ungewisser Ausgang und ihre Vielstimmigkeit sind in eine glatte, hegemoniale Erzählung gegossen, die mit der Wiedervereinigung zu enden scheint.

ERNEUTE REVOLUTION

Wie schnell sich die Machtverhältnisse in solchen geschichtspolitischen Deutungskämpfen verschieben können, zeigt das Beispiel Ungarn.¹⁷ Anstelle des Jahres 1989 ist dort vor allem der Arbeiteraufstand von 1956 der erinnerungskulturelle Kristallisationspunkt. Dessen Interpretation (als nationaler Aufstand oder als re-

formkommunistische Revolution) war sehr viel stärker Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen, und das rechtskonservative Lager, allen voran Viktor Orbán, forcierte das Geschichtsbild eines nationalen Aufstands gegen die kommunistische Fremdherrschaft. Mit dieser Auslegung wurden nun die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse Ungarns (und dessen Stellung in der EU) parallelisiert und die Notwendigkeit einer erneuten Revolution begründet. Die Aktualisierung bestand hier in einem Widerstandsnarrativ, begleitet von gewaltsamen und antiparlamentarischen Protesten gegen die amtierende ungarische Regierung im Jahr 2006, die mittelfristig in die Machtübernahme Orbans (und in deren Folge zum staatlichen Rückbau von zeitgeschichtlichen Forschungsinstituten) münden sollten.

Auch in Ostdeutschland lassen sich derzeit Tendenzen feststellen, die in eine ähnliche Richtung weisen könnten. Aktuell zeichnet sich ein Kampf um die geschichtspolitische Hegemonie ab – mit ungewissem Ausgang. Die Landtagswahlkämpfe der AfD in Sachsen, Thüringen und Brandenburg sind semantisch vom Widerstandsnarrativ von „1989“ geprägt. Sie stehen unter dem Motto „Wende 2.0“ beziehungsweise „Wende vollenden“.¹⁸ In Wahlkampfreden wird die politische Situation von „1989“ in Erinnerung gerufen, die anstehende Wahl als „friedliche Revolution“ bezeichnet und zum Widerstand aufgerufen: „Ja, liebe Freunde, es fühlt sich wieder so an wie damals in der DDR. Aber das versprechen wir uns heute hier gemeinsam: Wir werden uns nie wieder in eine neue DDR führen lassen, wir werden uns nicht beugen. (...) Der Osten steht auf! Holen wir uns unser Land zurück“, heißt es beispielsweise in einer Rede von Björn Höcke, die er auf einem Treffen der Gruppierung „Der Flügel“, die sich innerhalb der AfD für die Stärkung völkischer und nationalistischer Inhalte einsetzt, hielt.

Dies ist mehr als bloß eine wahltaktische Instrumentalisierung. Im aktualisierten Widerstandsnarrativ verlängert sich jenes Misstrauen zwischen Regierten und Regierenden, das auch

¹⁷ Vgl. Thomas von Ahn, *Demokratie oder Straße? Fragile Stabilität in Ungarn*, in: *Osteuropa* 10/2006, S. 89–104; Victoria Harms, *A Tale of Two Revolutions: Hungary's 1956 and the Undoing of 1989*, in: *East European Politics and Societies* 3/2017, S. 479–499.

¹⁸ Höcke wird als Star gefeiert. AfD will „Wende 2.0“ – erst im Osten, dann im ganzen Land, 14.7.2019, www.zeit.de/news/2019-07/13/die-afd-blickt-auf-die-wende-der-osten-steht-geschlossen.

für die DDR prägend war; es bedient eine historisch tradierte Distanz und innere Abwehr gegenüber sogenannten herrschenden Eliten. Das Deutungsmuster hat in den vergangenen Jahren an Attraktivität und Resonanz gewonnen, weil es anschlussfähig für kollektivistische Homogenitätsbegehren („das Volk“) und fatalistische Weltansichten ist.

Ein Teil der Resonanz dürfte auch – so unsere These – darin gründen, dass es innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung konkurrierende Vorstellungen von Demokratie gibt, die auf die Erfahrungen in der DDR und auf die Ereignisse von 1989 bezogen sind. Die offizielle, erinnerungskulturelle Dominanz der Befreiungs- und Entmachtungserzählung und die politisch-historische Erinnerung an die Straßenproteste haben die „Politik der Straße“ selbst charismatisch aufgeladen und die Erinnerung an die Demokratisierungsprozesse „1989“ tendenziell vereinseitigt. Derlei Vereinahmungen blieben vonseiten ehemaliger Oppositioneller nicht unwidersprochen. Schon mit dem Aufkommen von Pegida gab es deutliche Abgrenzungen – ebenso, wie auch zuletzt, gegenüber dem Wahlkampf ostdeutscher AfD-Landesverbände. Allein die Resonanz öffentlicher Abgrenzungserklärungen dürfte bescheiden sein – auch das unterscheidet die heutige Gesellschaft von der DDR, wo ein in westdeutschen Medien veröffentlichter Appell von Oppositionellen ein machtvolleres Instrument gewesen war.¹⁹

19 Siehe DDR-Bürgerrechtler kritisieren Pegida. „Jesus hätte gekotzt“, 23. 12. 2014, www.deutschlandfunk.de/ddr-buergerrechtler-kritisieren-pegida-jesus-haette-gekotzt.2852.de.html?dram:article_id=307060; Florian Gathmann, DDR-Bürgerrechtler wehren sich gegen AfD-Vereinbarung, 7. 8. 2019, www.spiegel.de/politik/deutschland/a-1280723.html.

20 Weber (Anm. 4), S. 868.

21 Angesichts dieser aktuellen rechtspopulistischen Vereinahmungen und vor dem Hintergrund der Entwicklungen der vergangenen Jahre in Ungarn irritiert der Vorstoß des Soziologen Detlef Pollack. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ insistierte er im Sommer 2019 darauf, dass die Revolution dem „Volk“ gehöre und nicht etwa der Opposition, deren Einfluss auf die friedliche Revolution er für überbewertet hält. Die veröffentlichten und unveröffentlichten Beiträge dieser Kontroverse hat die Robert-Havemann-Gesellschaft dokumentiert: www.havemann-gesellschaft.de/themen-dossiers/streit-um-die-revolution-von-1989.

22 Vgl. Franz Erhard/Alexander Leistner/Alexander Mennicke, „Soldiers for Freedom, Nation and Blood“. Der Wandel von Anerkennungsordnungen kollektiver Gewaltausübung durch Fußballhooligans im Zuge der _GIDA-Bewegungen, in: Zeitschrift für Fußball und Gesellschaft 1/2019, S. 46–68.

Das Jubiläumsjahr 2019 hat damit eine besondere Brisanz bekommen: Es markiert auch die Renaissance einer „Demokratie der Straße“,²⁰ die – legitimiert durch die „Eigenvollmacht“ des auf der Straße angeblich versammelten und repräsentierten „Volkswillens“ – (wieder) auf die Entmachtung politischer Repräsentanten zielt.²¹ Anders als „1989“ ist das heutige Widerstandsnarrativ aber sehr viel gewaltgeladener.²² Die Straßenversammlung ist gleichermaßen Legitimationsbasis wie Drohkulisse geworden. Man mochte vielleicht noch schmunzeln und verwundert den Kopf schütteln, als Pegida-Demonstrant*innen anstimmten: „Merkel hat das Land gestohlen, gib es wieder her. Sonst wird dich der Sachse holen mit dem Luftgewehr“. Spätestens nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke ist einem das Schmunzeln vergangen.

GRETA HARTMANN

ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig. Sie arbeitet im BMBF-Verbundprojekt „Das umstrittene Erbe von 1989. Aneignungen zwischen Politisierung, Popularisierung und historisch-politischer Geschichtsvermittlung“.
greta.hartmann@uni-leipzig.de

ALEXANDER LEISTNER

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig. Er arbeitet im BMBF-Verbundprojekt „Das umstrittene Erbe von 1989. Aneignungen zwischen Politisierung, Popularisierung und historisch-politischer Geschichtsvermittlung“.
a.leistner@uni-leipzig.de

„1989“ ALS ERZÄHLUNG

Martin Sabrow

Das Datum „1989“ ist eine Chiffre. Wie die Französische Revolution von 1789 markiert es ein historisches Schlüsseljahr, das zum Wendepunkt einer weltgeschichtlichen Epoche wurde. Die Kette der weltumstürzenden Ereignisse des Jahres 1989 zieht sich vom ersten Bröckeln des kommunistischen Machtmonopols in Ungarn im Januar über den Sieg Tadeusz Mazowieckis bei den halbfreien Wahlen in Polen im Juni hin zum Fall der Berliner Mauer am 9. November und dem Sturz von Bulgariens Staats- und Parteichef Todor Schiwkow tags darauf, und sie offenbarte mit der Hinrichtung des rumänischen Diktators Nicolae Ceaușescu und der Wahl des Bürgerrechtlers Václav Havel zum tschechoslowakischen Präsidenten im Dezember, dass in jenem Jahr der sozialistische Weltentwurf Moskauer Prägung sein historisches Ende gefunden haben sollte.

DIFFUSER ERINNERUNGORT

Doch so epochal die Bedeutung ist, die diesem Jahr zukommt, so diffus ist sein Platz im Gedächtnis unserer Zeit. „1989“ wird im Rückblick durch unterschiedlichste Begriffe gefüllt, die allein im deutschen Fall von der protestantischen, nachholenden, „friedlichen Revolution“ oder auch „Kerzenrevolution“ über das Kunstwort „Refolution“ (Timothy Garton Ash) und unpathetische Kennzeichnungen wie „Wende“ oder „Systemwechsel“ zu Termini wie „Implosion“, „Umbruch“ und „Zusammenbruch“ sowie im regimeverbundenen Diskurs auch „Konterrevolution“ reichen.

Die Zäsur von 1989 hat jedenfalls in Deutschland keine generationelle Prägekraft entfaltet. Das 19. Jahrhundert kannte die Generation der „Achtundvierziger“, die nach der verlorenen Schlacht um die deutsche Demokratisierung unbehaust blieb und erst mit der deutschen Reichseinigung ihren Frieden mit den Verhältnissen im Staat Bismarcks machte. Das 20. Jahrhundert brachte die strebsame Wiederaufbaugeneration der „Fünfundvierziger“ hervor, und es ließ die

„Achtundsechziger“ zu Exponenten des Wertewandels in einer sich liberalisierenden Bundesrepublik werden. Aber eine gesamtdeutsche Generation der „Neunundachtziger“ hat sich nicht herausgebildet,⁰¹ und die Absetzbewegung einer zeitweilig vielbeschworenen „Dritten Generation“ beschränkt sich auf das prononcierte Interesse an der eigenen Herkunft und die Einforderung einer Auseinandersetzung um die beschwiegene Familienvergangenheit in Ostdeutschland.⁰²

„1989“ ist also ein so prominenter wie zugleich bis heute vieldeutiger und unscharf markierter Erinnerungsort. Wie ist dieser Befund zu erklären?

ZEITGENÖSSISCHE SPRACHLOSIGKEIT

Einen ersten Fingerzeig liefert die Rasananz der Ereignisse des Herbstes 1989 selbst. Der Fall einer gemauerten Systemgrenze, die für fast ein halbes Jahrhundert die Welt in eine westliche und eine östliche Hemisphäre geordnet hatte, war ein so unerhörter und unerwarteter Vorgang, dass den Zeitgenossen buchstäblich die Worte fehlten und das Familiengespräch verstummte. „Am Tage des Mauerfalls“, erinnerte sich die damalige Schülerin aus Dessau Lisa Cersowsky, „saß ich mit meinen Eltern vor der Flimmerkiste, was selten vorkam. Alle starrten still und gespannt auf den Fernseher. Am Ende der Nachrichten sprangen meine Eltern auf, ließen alles stehen und liegen und rannten zu den Nachbarn. Ich blieb wie versteinert sitzen und verstand, dass irgendwas Gutes und Bedeutendes passiert sein musste, aber nicht, welche Folgen es haben sollte.“⁰³

Die Wort- und Fassungslosigkeit des zeitgenössischen Miterlebens galt für Herrschende wie Beherrschte gleichermaßen. Die einen suchten ihr Heil im historischen Vergleich und erörterten, wie Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit der DDR, in einer Führungsbesprechung des MfS vom 31. August 1989, ob es so sei, „daß morgen der 17. Juni ausbricht“,⁰⁴ oder fanden wie SED-Politbüromitglied Kurt Hager am 10. November, die Situation sei „schärfer, ernster als 1953“.⁰⁵ Mit einem ande-

ren Ausdruck suchten die plötzlich in die Freiheit entlassenen DDR-Bürger ihrer Eindrücke Herr zu werden, als sie noch ungläubigen Schrittes die so unvermutet geöffnete Schranke zwischen Ost- und West-Berlin passierten: „Das meistgebrauchte Wort dieser Tage war ‚Wahnsinn‘.“⁰⁶ Um Worte und Verstehen rang auch die Zeitungswelt, deren Berichterstattung über die Grenzöffnung nicht nur die Bürger der eben noch hermetisch getrennten Hälften Berlins, sondern auch sich selbst porträtierte: „Der beispiellose Wandel, der sich gegenwärtig östlich der Elbe vollzieht, verschlägt allen den Atem. Manchem verschlägt er die Sprache.“⁰⁷

Um ihre Fassung gebracht sahen sich in diesen Tagen auch viele Oppositionelle in der DDR, wie Bärbel Bohley nur Tage nach dem Mauerfall mit drastischen Worten kundtat: „Die Menschen sind verrückt, und die Regierung hat den Verstand verloren.“⁰⁸ Wer wiederum die Euphorie dieser Aufbruchstage fernab glückstrunkener Menschenmengen und außerhalb des aufgeheizten Klimas des gesellschaftlichen Veränderungsdrangs erlebte, dem mochte es ergehen wie dem Schriftsteller Uwe Tellkamp, der „1989“ als Einbruch des Unwirklichen in seine gewohnte Le-

bensordnung erfuhr – und abwehrte: „Ich dachte nicht nach vorn. Ich lebte von Tag zu Tag, in der mikroskopischen Zeit makroskopischer Ereignisse, von denen ich in der Kaserne nur ferne Echos hörte, das Blätterrieseln der Ulmen war realer.“⁰⁹

SEMANTISCHE BEMÄCHTIGUNGSVERSUCHE

Der kurze Moment der Sprachlosigkeit unterbrach allerdings nur die konfliktreichen Bemühungen von Akteuren und Beobachtern, sich des atemberaubenden Richtungswechsels der historischen Entwicklung zu bemächtigen, indem man ihm einen Namen gab. Im Ringen um diese Deutungsmacht war zunächst der neugewählte SED-Generalsekretär Egon Krenz erfolgreich gewesen, den der eben gestürzte Vorgänger Erich Honecker in seiner letzten öffentlichen Erklärung um jeden Kredit eines politischen Erneuerers gebracht hatte, indem er ihn dem ZK und der Volkskammer zu seinem Nachfolger vorschlug. Der auf diese Weise mit einer unbeabsichtigten Kontinuitätsversicherung ins Amt gelangte Krenz versuchte sich in seiner ersten Fernseh- und Rundfunkansprache am Abend des 18. Oktober 1989 mit der Ankündigung eines Neuanfangs von seinem Vorgänger abzusetzen: „Mit der heutigen Tagung werden wir eine Wende einleiten, werden wir vor allem die politische und ideologische Offensive wiedererlangen.“¹⁰

Dieser Versuch, im Umbruch das Steuer des Staatsschiffs in der Hand zu halten, scheiterte bekanntlich binnen weniger Wochen, und die von Krenz geprägte Erneuerungsparole verkehrte sich noch vor dem Mauerfall erst in eine uneingelöste Forderung an ihren Erfinder und dann in ein Schmähwort. „In Bonn heißt ‚Wende‘ im konkreten stets auch Machtwechsel. Daran ist in der DDR derzeit nicht zu denken“, notierte die „Die Zeit“ schon zehn Tage nach der Ablösung von Honecker durch Krenz.¹¹ Mit Sorge beobachtete auch der „Tagespiegel“ Anfang November 1989, dass Honeckers Erben in der SED-Führung mit der „Gnade des neuen Gesichts“ ein falsches Selbstbewusstsein an den

01 Vereinzelt Bemühungen, paradoxerweise von rechtskonservativer Seite eine Generation der 89er auszurufen, blieb der Erfolg versagt. Vgl. Roland Bubik (Hrsg.), *Wir '89er. Wer wir sind und was wir wollen*, Berlin 1995. Vgl. Susanne Gaschke, Claus allein zu Haus. Die 89er-Generation stellt sich vor in zwölfjähriger Gestalt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27. 1. 1996. Auch der programmatische Titel einer diesem Befund entgegenstehenden Studie von Claus Leggewie findet sich im Fazit deutlich relativiert: „Die 89er werden zerredet, bevor sie richtig als politische Generation zur Welt gekommen sind.“ Claus Leggewie, *Die 89er. Portrait einer Generation*, Hamburg 1995, S. 300.

02 Vgl. Michael Hacker/Stephanie Maiwald/Johannes Stammeler, *Dritte Generation Ost. Wer wir sind, was wir wollen*, in: dies. et al. (Hrsg.), *Dritte Generation Ost. Wer wir sind, was wir wollen*, Berlin 2012, S. 9–16, hier S. 13.

03 Linda Bunckenburg, *Jugend im Aufbruch. Wendejugendliche erinnern sich an ihren Herbst 1989*, in: ebd., S. 39–46, hier S. 39f.

04 Dienstbesprechung beim Minister für Staatssicherheit (Auszug), 31. 8. 1989, zit. nach Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), *Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS, Januar–November 1989*, Berlin 1990³, S. 113–140, hier S. 125.

05 Zit. nach Hans-Hermann Hertle/Gerd-Rüdiger Stephan, *Das Ende der SED: Die letzten Tage des Zentralkomitees*, Berlin 2012⁵, S. 79.

06 Renate Rauch, November 1989. Vor und hinter dem Brandenburger Tor, in: *Sonntag*, 19. 11. 1989.

07 Erwin Häckel, *Vorsicht mit den Worten*, 12. 1. 1990, www.zeit.de/1990/03/vorsicht-mit-den-worten.

08 Zit. nach Ehrhart Neubert, *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90*, München–Zürich 2008, S. 234.

09 Uwe Tellkamp, *Lichtmaschinen*, in: Renatus Deckert (Hrsg.), *Die Nacht, in der die Mauer fiel*. Schriftsteller erzählen vom 9. November 1989, Frankfurt/M. 2009, S. 61–72, hier S. 66.

10 Rede des Genossen Egon Krenz, Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, in: *Neues Deutschland*, 19. 10. 1989.

11 Theo Sommer, *Schafft Krenz den neuen Anfang? Seine schwierige Aufgabe: Aufräumen, Abräumen, Umräumen*, in: *Die Zeit*, 27. 10. 1989.

Tag legten und das Volk am langen Lasso bereits wieder eingefangen wählten: „Man glaubt schon, an der Spitze der Wende, in der Vorhut gesellschaftlicher Veränderungen zu stehen.“¹² Einen Tag später erklärte Christa Wolf das Wende-Wort öffentlich zum Unwort: „Verblüfft beobachten wir, daß die Wendigen, im Volksmund Wendehälse genannt, die laut Lexikon sich rasch und leicht einer gegebenen neuen Situation anpassen, sich in ihr mit Geschick bewegen, sie zu nutzen verstehen“. Dies rief sie am 4. November 1989 den 500 000 Hörerinnen und Hörern zu, die die zu Unrecht in den Hintergrund getretene Protestdemonstration auf dem Berliner Alexanderplatz zur größten nicht staatlich gelenkten Protestversammlung in der Geschichte der DDR und zu dem vielleicht entscheidenden Auftriebsmoment im Kampf gegen das alte Regime machten. „Mit dem Wort Wende habe ich meine Schwierigkeiten. Ich sehe da ein Segelboot, der Kapitän ruft: ‚Klar zur Wende!‘, weil der Wind sich gedreht hat (...). Und die Mannschaft duckt sich, wenn der Segelbaum über das Boot fegt. Stimmt dieses Bild noch? Stimmt es noch in dieser täglich vorwärts treibenden Lage? Ich würde von revolutionärer Erneuerung sprechen. Revolutionen gehen von unten aus.“¹³

„1989“ ALS WENDE

Damit war das Begriffspaar geboren, das als Konkurrenz von Wende-Gedächtnis und Revolutions-Gedächtnis den narrativen Umgang mit dem Epochenjahr im Weiteren prägen sollte. In den ersten beiden Jahrzehnten wurde es noch von einer Anschluss-Erinnerung begleitet, die vor allem von den entmachteten Eliten des SED-Staats gepflegt wurde und den Umbruch als eine historische Niederlage begriff, die folgerichtig in die „Übernahme“ durch den Bonner Staat mündete.¹⁴ Nur kurze Zeit glitt der öffentliche Sprachgebrauch noch unvoreingenom-

men über die Grenzen der semantischen Verortung des Geschehens hinweg und würfeln zeitgenössische Beobachter unterschiedlichste Bezeichnungen wie „Krise“ und „Bankrott“, „Aufbruch“ und „Zusammenbruch“ unbefangen durcheinander.¹⁵

Schon bald aber spitzte sich der Gegensatz zwischen den beiden von Christa Wolf gegenübergestellten Leitbegriffen zu. Alltagssprachlich etablierte sich nicht der pathoshaltigere Begriff „Revolution“, sondern der nüchternere Begriff „Wende“. Seiner taktischen Funktion in Krenz' Strategie der Machtsicherung entkleidet, entwickelte er sich rasch zu der mit Abstand gebräuchlichsten Bezeichnung für die Ereignisse des Herbstes und Winters 1989/90. Die Akzeptanz des Wende-Worts verdankte sich dabei nicht zuletzt seiner semantischen Nutzungsbreite, mit der sich die Hoffnung auf eine gezielte Einhegung des Umbruchs ebenso zum Ausdruck bringen ließ wie die Begeisterung für die Erfüllung eines politischen Traums. „Rückhaltlose Offenheit und Ehrlichkeit“ forderte die Ost-Berliner „BZ am Abend“ nach dem Rücktritt des SED-Politbüros am 8. November 1989 ein, um „Garantien [zu] schaffen, daß die Wende unumkehrbar ist, im Sozialismus“.¹⁶ Wenn hingegen eine West-Berliner Zeitung nach dem Rücktritt der tschechoslowakischen KP-Führung am 24. November 1989 von der „Wende in Prag“ sprach, tat sie es, um die wundersame Veränderung der Lage zu unterstreichen;¹⁷ und als der Publizist Landolf Scherzer im Januar 1990 den von ihm wenige Jahre zuvor porträtierten Ersten Sekretär der SED-Kreisleitung¹⁸ im thüringischen Salzungen wieder aufsuchte, nutzte er das Wende-Wort, um die unaufhaltsame Wucht des Wandels in der DDR einzufangen.¹⁹

12 Joachim Bölke, Adieu, in: Der Tagesspiegel, 3. 11. 1989.

13 Christa Wolf auf der Berliner Großdemonstration am 4. November 1989, in: Konrad H. Jarausch/Helga A. Welsh (Hrsg.), Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern, Bd. 10, Ein Deutschland in Europa 1989–2009, Deutsches Historisches Institut Washington, DC 2003–2012, http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/Chapter1_Doc7German.pdf.

14 Vgl. Martin Sabrow, „Wende“ oder „Revolution“? Zur Debatte um den Umbruch 1989/90, in: Wolfgang Küttler/Matthias Middell (Hrsg.), Nation und Revolution. Ernst Engelberg und Walter Markov zum 100. Geburtstag, Leipzig 2011, S. 45–56; ders., „Wem gehört „1989“?, in: ders. (Hrsg.), Bewältigte Diktaturvergangenheit? 20 Jahre DDR-Aufarbeitung, Leipzig 2010, S. 9–20.

15 Exemplarisch Dietrich Löffler, Als der Stein ins Rollen kam. Aus Dokumenten des Aufbruchs wurden Zeugnisse des Zusammenbruchs, in: Die Zeit, 28. 9. 1990. Vgl. auch Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, S. 536f.

16 Carola Heimann, Ehrlichkeit und Wende, in: BZ am Abend, 8. 11. 1989.

17 „Wer sich nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in der ČSSR die Prophezeiung gewagt hätte, daß der ‚Prager Frühling‘ sich dennoch durchsetzen und der verfeimte Parteichef Dubček nach 20 Jahren auf dem Wenzelsplatz vor 300 000 Menschen sprechen werde, der wäre als Phantast und Spinner abgestempelt worden.“ Unsere Meinung: Wende in Prag, in: Der Tagesspiegel, 25. 11. 1989.

18 Landolf Scherzer, Der Erste. Protokoll einer Begegnung, Rudolstadt 1988.

19 „Scherzer hat seinen Buchhelden, den Funktionär Fritschler, in den vergangenen Wochen wiedergesehen. Für die ZEIT hat [er] diese Begegnungen protokolliert – eine Fortsetzung seines



Massendemonstration in Berlin am 4. November 1989
© dpa – Report, Foto: Thomas Lehmann

Viele der oppositionellen Träger des gesellschaftlichen Aufbegehrens hingegen sahen sich mit dieser semantischen Anleihe bei der Herrschaftssprache eines überwundenen Regimes, die die Weltzäsur von 1989 in eine Reihe mit einer Wende am Arbeitsmarkt oder der von Helmut Kohl ausgerufenen „geistig-moralischen Wende“ von 1982 stellte, um den Verdienst und Rang der ostdeutschen Volkserhebung betrogen: „Wer also (...) für die Ereignisse von 1989 den Begriff ‚Wende‘ benutzt, der degradiert den Sturz der SED-Herrschaft in der DDR zum bloßen Regierungswechsel.“²⁰ In dieser Sicht auf „1989“ wird allein die Bezeichnung „Revoluti-

on“ den Ereignissen gerecht“,²¹ während die „restaurotativ gemeinte“ Rede von der Wende²² eine „Lüge des frisch gekürten Generalsekretärs des SED, Egon Krenz,“ nachbete,²³ deren gedankenlose Nutzung und Verbreitung mit Ehrhart Neubert der „größte Erfolg“ sei, den die Postkommunisten nach 1989 errungen hätten.²⁴ Das vom DDR-Oppositionellen Neubert überspitzte Urteil übersah, dass der letzte SED-Generalsekretär nicht nur für die Popularität des Wende-Begriffs verantwortlich war, sondern auch das Kompositum „friedliche Revolution“ in Umlauf brachte, als er mit ihm in Anlehnung an eine Formulierung des Regierenden Bürgermeisters West-Ber-

Erfolgsbuches und Bericht darüber, wie die SED die Wende erleidet.“ Einleitung zu: Landolf Scherzer, Das letzte Gefecht. Wie der SED-Sekretär Hans-Dieter Fritschler die Wende in der DDR erlebt, in: Die Zeit, 12. 1. 1990.

20 Rainer Eppelmann/Robert Grünbaum, Sind wir die Fans von Egon Krenz? Die Revolution von 1989/90 war keine „Wende“, in: Deutschland Archiv (DA) 5/2004, S. 864–869, hier S. 869. Seine erste selbstständige Veröffentlichung im vereinten Deutschland hatte Eppelmann allerdings selbst noch mit dem Wende-Wort betitelt: Wendewege: Briefe an die Familie, Bonn 1992.

21 Elke Kimmel, 20 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit, in: DA 3/2008, S. 523ff., hier S. 523.

22 Annette Simon, Wende? Revolution! 1989 geschah in der DDR eine Revolution, keine Wende. Warum hat sich dieser Begriff im Alltag trotzdem durchgesetzt?, in: Die Zeit, 23. 10. 2014.

23 Rainer Eckert, Gegen die Wende-Demagogie – für den Revolutionsbegriff, in: DA 6/2007, S. 1084ff., hier S. 1084.

24 Michael Richter, Die Wende. Ein Plädoyer für eine umgangssprachliche Benutzung des Begriffs, in: DA 5/2007, S. 861–868, S. 862.

lins, Walter Momper,²⁵ einen Monat nach dem Sturz Honeckers seine Politik am 17. November 1989 auf einer Pressekonferenz zu charakterisieren versuchte: „Und Sie werden feststellen, wir machen eine friedliche Revolution, und ich bin froh und glücklich darüber, daß unser Volk eine solche Stimmung hat, auf die Straße geht, aber daß es auch nicht vergißt zu arbeiten. Und das ist das Wichtigste, denn ohne Arbeit kann man keine Revolution machen.“²⁶

REVOLUTIONSNARRATIV

Von dieser Zähmung zu einem arbeitspolitischen Mobilisierungsappell vermochte sich der Begriff der „friedlichen Revolution“ allerdings rasch zu emanzipieren. Unter Berufung auf eine Äußerung des von ostdeutschen Oppositionellen ansonsten eher selten als Referenz angeführten Sowjetrevolutionärs Lenin warb etwa der ehemalige DDR- und spätere Bundesminister Rainer Eppelmann für einen Begriff der „friedlichen Revolution“, der wissenschaftliche Angemessenheit mit geschichtspolitischer Wünschbarkeit verbinde. Tatsächlich konnte sich die scheinbar selbstwidersprüchliche Wortverbindung von protestantisch geprägter Friedfertigkeit und entschlossenem Umsturzwillen in der öffentlichen Erinnerung mit den Jahren immer mehr durchsetzen.

Während sich 1999 die Erinnerung an den gewaltlosen Machtübergang auf einem von verschiedenen Institutionen getragenen „Geschichtsforum 1949–1989–1999“ in Berlin noch hinter das 50-jährige Jubiläum der doppelten deutschen Staatsgründung zurückgedrängt sah und zum 15. Jahrestag des Mauerfalls nicht wenige ehemalige Bürgerrechtler das Deutungsmuster der friedlichen Revolution noch aus einer Defensivposition heraus gegen eine Welle der Ostalgie glaubten verteidigen zu müssen,²⁷ erlangte der Terminus mit wachsendem Abstand zu den Ereignissen immer

stärker öffentliche Geltungsdominanz. Der Terminus „friedliche Revolution“, beziehungsweise in großschreibender Anlehnung an die Französische Revolution häufig auch „Friedliche Revolution“, bestimmt heute die Sprache der politischen Bildungsträger wie die des staatlichen Gedenkens.

FREIHEIT VERSUS TRAUMA

Gleichwohl hat der Revolutions-Begriff das Wende-Wort nie verdrängen können.²⁸ In ihrer Gegensätzlichkeit repräsentieren beide Bezeichnungen zusammen die schon 1990 einsetzende und seither fortbestehende Aufspaltung in unterschiedliche Gedächtnisse, die „1989“ von Anfang an zu einem ambivalenten Erinnerungsort machten.²⁹ Die damit verbundenen Bemächtigungskämpfe haben mittlerweile an Brisanz verloren, wenngleich die alte Diskussion um die Besitzrechte an der friedlichen Diktaturüberwindung periodisch immer wieder aufflackert.³⁰ Insgesamt aber ist die synchrone Zeitachse, die sich auf die von Warschau über Berlin bis nach Bukarest laufende Welle der Befreiung vom diktatorischen Joch konzentriert, im Laufe der Jahre durch eine diachrone Perspektive ergänzt worden, die sich stärker für das Davor und Danach interessiert und das „Wunder von 1989“ stärker in die alle Systemgrenzen übersteigende Geschichte der Globalisierung und der Postindustrialisierung einordnet. 30 Jahre danach geht es trotz der anhaltenden Scharmützel über den Anteil der DDR-Oppositionellen am Zusammenbruch der SED-Diktatur nicht mehr vorrangig um die Deutungshoheit über den Charakter des Umbruchs in der DDR und dessen eher nachgeordnete Stellung im Gefüge der Umwälzungen im sowjetischen Satellitengürtel.³¹ Mehr und mehr

25 Hierzu Bernd Lindner, Begriffsgeschichte der Friedlichen Revolution. Eine Spurensuche, in: APuZ 24–26/2014, S. 33–39, hier S. 36.

26 Wir arbeiten für eine friedliche Revolution. Egon Krenz antwortete auf Fragen der Weltpresse Berlin, in: Neues Deutschland, 18. 11. 1989. Auch Krenz' erste Buchveröffentlichung nach dem Ende des SED-Regimes trägt den Revolutions-Begriff im Titel: Wenn Mauern fallen. Die friedliche Revolution. Vorgeschichte – Ablauf – Auswirkungen, Wien 1990.

27 Tobias Hollitzer, 15 Jahre Friedliche Revolution, in: APuZ 41–42/2004, S. 3–6.

28 Im Wikipedia-Eintrag „Wende und friedliche Revolution in der DDR“ (Stand: 8. 7. 2019) ist ausdrücklich vermerkt: „Die vorliegende Darstellung sieht davon ab, einen von beiden Begriffen, die in der Entgegensetzung politisch aufgeladen erscheinen, exklusiv zu setzen.“

29 Vgl. Konrad Jarasch, Der Umbruch 1989/90, in: Martin Sabrow (Hrsg.), Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 526–535.

30 Siehe zuletzt die Debatte zwischen u. a. Detlef Pollack und Ilko-Sascha Kowalczyk ab 12. Juli 2019 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

31 Vgl. Claudia von Salzen, Polen ärgern sich über EU-Video zum Mauerfall, 22. 5. 2009, www.zeit.de/online/2009/22/polen-mauerfall-einheit; Mięczyński F. Rakowski, Es begann in Polen. Der Anfang vom Ende des Ostblocks, Hamburg 1995; Jan Puhl, Vergessener Kampf, in: Der Spiegel, 3. 8. 2009, S. 92 f.

hat sich stattdessen ein Erzählmuster Gehör verschafft, das „1989“ nicht mehr als *punctum* im Sinne von Roland Barthes, sondern als *studium* versteht. Es begreift den revolutionären Umbruch weniger als unerhörtes Ereignis, das „nicht durch Vereinnahmung und Relativierung kaputt gemacht werden“ dürfe,³² sondern als Teilaspekt eines zeitlich übergreifenden Geschehens, das hinter der herausragenden Zäsur vielfache und zunächst übersehene Kontinuitätslinien offenbart. Diese neue Erzählung von „1989“ reagiert auf die Polarisierung der zeitgenössischen Erfahrung, in der sich die Verehrung des Aufbruchs von 1989 und die Verbitterung über den Abbruch eigener Erwerbs- und Entwicklungsbiografien gegenüberstehen, dem so viele Ostdeutsche in der Zeit danach ausgesetzt waren. Der staatlich gestützten Erzählung vom alles überstrahlenden Fluchtpunkt Freiheit steht die biografisch fortwirkende Last einer gesellschaftlich bis heute nicht hinreichend anerkannten Enttäuschung gegenüber. Nicht nur, aber besonders in Ostdeutschland haben sich soziale und politische Marginalisierung der Nachwendezeit ihre eigenen Kommunikationskanäle geschaffen, und sie geben der Unzufriedenheit mit den Verhältnissen durch einen wutbürgerlichen Habitus Ausdruck, den der amerikanische Publizist Jonah Goldberg treffend als „ekstatische Schadenfreude“ gekennzeichnet hat.³³

„1989“ ALS GLÜCKLICHER ENDPUNKT

Im zeithistorischen Erfolgsnarrativ steht der Herbst 1989 in der Tradition der deutschen Freiheitsgeschichte: „Was 1848 noch scheiterte (und 1953 blutig niedergeschlagen wurde), fand 1989 ein glückliches, erfolgreiches Ende.“³⁴ Es deutet „1989“ als glücklichen Ausgang aus dem 1914 begonnenen Katastrophenjahrhundert und Endpunkt einer Epoche, „die Europa und die Welt nach den verheerenden Kriegen und Krisen der

ersten Jahrhunderthälfte im eisernen Griff des Ost-West-Konflikts gehalten hatte“.³⁵ Derselbe Erzählmodus dominierte auch die Aneignung des Umbruchs von 1989 in den großen zeitgeschichtlichen Filmproduktionen, die – etwa in Margarethe von Trottas „Das Versprechen“ (1995), Frank Beyers Adaption von Erich Loests Roman „Nikolaikirche“ (1995) oder auch Christian Schwowchows zweiteiliger Verfilmung von Tellkamps „Der Turm“ (2012) – den Fall der Berliner Mauer als glückliches Ende einer Geschichte von Unterdrückung und Trennung inszenieren.

Wie zahllose Äußerungen zum 20. Jahrestag unterstrichen, verblassten hinter der epochalen Kraft der Freiheitserzählung fortbestehende Probleme. Das 25-jährige Jubiläum des Mauerfalls 2014 markierte den Höhepunkt, aber auch bereits den Wendepunkt dieses Freiheitsnarrativs. Ein von Hunderttausenden gefeiertes Lichterfest ließ mit seinen Tausenden in den Himmel strebenden Heliumballons noch einmal die euphorische Leichtigkeit aufsteigen, mit der ein Vierteljahrhundert zuvor das eben noch unüberwindlich scheinende Bollwerk der Freiheit überwunden worden war, und euphorisierte auch die Presse: „Selten fühlte sich ein Gedenktag in Deutschland so leicht an wie dieser.“³⁶ Bundeskanzlerin Angela Merkel feierte bei der Eröffnung einer neuen Dauerausstellung der Gedenkstätte Berliner Mauer am 9. November 2014 die Macht der nur scheinbar Ohnmächtigen;³⁷ Wolf Biermann sang im Bundestag und nutzte die Gunst der Revolutionsfeierstunde für einen Seitenhieb auf die Linkspartei als

32 Maria Nooke, Leserbrief an die FAZ zum Artikel von Detlef Pollack in der FAZ vom 12.7.2019 und seine Erwiderung auf Ilko-Sascha Kowalczyks Beitrag (FAZ vom 15.7.2019) am 16.7.2019, 17.7.2019, www.havemann-gesellschaft.de/fileadmin/robert-havemann-gesellschaft/themen_dossiers/Streit_um_die_Revolution_von_1989/190717_Leserbrief_M.Nooke.pdf.

33 „Reine Demokratie erscheint mir als autoritäre Idee“, Interview mit Jonah Goldberg, 1.3.2018, www.nzz.ch/feuilleton/reine-demokratie-erscheint-mir-als-autoritaere-idee-ld.1355883.

34 Eppelmann/Grünbaum (Anm. 20), S. 867.

35 Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 12. Ebenso auch die Darstellung bei Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 2, Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2002⁵, S. 517.

36 Annett Meiritz/Christoph Sydow, Mauerfall-Jubiläum. Berlin erinnert, Berlin jubelt, 9. 11. 2014, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/a-1001910.html>.

37 „Es ist eine Botschaft der Zuversicht, heute und künftig weitere Mauern einreißen zu können – Mauern der Diktatur und der Gewalt, der Ideologien und der Feindschaften. Zu schön, um wahr zu sein? Ein Tagtraum, der wie eine Seifenblase zerplatzt? Nein, der Mauerfall hat uns gezeigt: Träume können wahr werden. Nichts muss so bleiben, wie es ist – mögen die Hürden auch noch so hoch sein.“ Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur Eröffnung der neuen Dauerausstellung der Gedenkstätte Berliner Mauer am 9. November 2014 in Berlin, 9. 11. 2014, www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-794850.

der „elende Rest dessen, was zum Glück überwunden ist“.³⁸

Die Öffentlichkeit aber sah sich schon Tage zuvor durch die Aktion des Zentrums für politische Schönheit polarisiert, das unbemerkt einige Mauerkreuze am Spreeufer entwendet hatte, um sie unter dem provokativen Titel „Erster Europäischer Mauerfall“ an einer Außengrenze der EU aufzustellen. „Darf man das?“, fragte der „Tagesspiegel“ noch ein halbes Jahr später, während Bundestagspräsident Norbert Lammert die Tat als „blanken Zynismus“ verurteilte.³⁹

In den folgenden Jahren bestätigte sich, dass das Erzählmuster, das die Euphorie des Aufbruchs von 1989 beschwört, den Glanz verloren hat. Selbst Joachim Gauck, der als Bundespräsident das Pathos der Freiheit so entschieden verkörperte wie kein zweiter Repräsentant der Berliner Republik, brachte am Ende seiner Amtszeit zum Ausdruck, dass sich auch sein Bild von „1989“ verändert habe: „Es ist auch vieles einfach anders gelaufen, als wir uns das vor einem guten Vierteljahrhundert vorgestellt hatten – damals, wir erinnern uns, als die Berliner Mauer fiel und wir den Traum von einem Europa der freien und liberalen Demokratien hegten. Ich erinnere mich noch gut an die allgemeine Euphorie, natürlich auch an meine eigene. Der Siegeszug des westlichen Gesellschaftsmodells galt als vorgezeichnet. Ein ‚neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit‘, wie es die Charta von Paris zeichnete, erschien auch mir fast naturnotwendig.“⁴⁰

DRITTER WEG UND DESILLUSIONIERUNG

Dass dieser Glaube Illusion war, sollte sich erst in den vergangenen Jahren deutlicher manifestieren. Im Rückblick aber zeigt sich, dass die Geltungsmacht der Revolutionserzählung auf der Verdrängung zweier Erfahrungswelten beruhte. Die eine

ergibt sich aus dem Umstand, dass die oppositionellen Vorkämpfer des Umbruchs 1989 in ihrer Mehrheit nicht auf die Abschaffung, sondern auf die Erneuerung der DDR hinarbeiteten. Ihr Ziel war nicht die nationale Wiedervereinigung, sondern die gesellschaftliche Demokratisierung, und ihr gemeinsamer Glaube bestand in der Auffassung, dass der Sozialismus in der DDR „nicht verloren gehen [darf], weil die bedrohte Menschheit (...) Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß“.⁴¹ Sie aber bildeten nur eine kleine Minderheit, wie sich in den folgenden Wochen herausstellen sollte. Nachdem sich laut einer am 15. November 1989 vom Leipziger Institut für Jugendforschung veröffentlichten Umfrage noch 86 Prozent der befragten DDR-Bürger für „den Weg eines besseren, reformierten Sozialismus“ der DDR und nur fünf Prozent für einen „kapitalistischen Weg“ ausgesprochen hatten, befürworteten Anfang Februar 1990 schon 79 Prozent die Wiedervereinigung.⁴² Mit der „Wende in der Wende“⁴³ verwandelte sich die Hoffnung auf einen wirklichen deutschen Sozialismus in den Ort einer vergangenen Zukunft, die die Spruchbänder der Leipziger Montagsdemonstration vom 27. November so rasch wie möglich hinter sich zu lassen verlangten: „Der Sozialismus, von Ochs und Esel gemacht, hat uns an den Rand des Abgrunds gebracht! Keine Experimente mehr – Wiedervereinigung jetzt!“⁴⁴

Der Wille zur Wiedervereinigung hat mit der teleologischen Ordnungskraft des „Mythos Einheit“ die Idee eines „dritten Wegs“ überraschend gründlich aus dem Gedächtnis ihrer einstigen Verfechter getilgt.⁴⁵ Nur wenige der Akteure von damals hielten an dem Konzept eines „verbesserten Sozialismus“ fest; viele andere hingegen verbannten die peinlich gewordene Erinnerung an

38 Mauerfall-Gedenken Bundestag: Biermann beschimpft Linke als Drachenbrut, 7. 11. 2014, www.zeit.de/politik/deutschland/2014-11/biermann-mauerfall-gysi-bundestag.

39 Zit. nach Tiemo Rink, Ein Zeichen für die Flüchtlinge. Wie die Mauerkreuze verschwanden, 16. 6. 2015, www.tagesspiegel.de/11663960.html.

40 Joachim Gauck, Rede zum Ende der Amtszeit zu der Frage „Wie soll es aussehen, unser Land?“ aus der Antrittsrede vom 23. März 2012, 18. 1. 2017, www.bundespraesident.de/Shared-Docs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2017/01/170118-Amtszeitende-Rede.html.

41 Aufruf zur Einmischung in eigener Sache. Flugschrift der Bürgerbewegung Demokratie jetzt, 12. 9. 1989, in: Die ersten Texte des Neuen Forums, Berlin 1990, S. 3.

42 Umfrage des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig, veröffentlicht am 15. 11. 1989, in: Peter Förster/Günter Roski, DDR zwischen Wende und Wahl, Berlin 1990, S. 53.

43 Hartmut Zwahr, Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993, S. 139.

44 Wolfgang Schneider, Leipziger Demontagebuch, Leipzig-Weimar 1990, S. 128f.

45 Vgl. Martin Sabrow, Mythos Einheit? Die deutsche Wiedervereinigung als zeitgeschichtliche Herausforderung; in: ders./Alexander Koch (Hrsg.), Experiment Einheit. Zeithistorische Essays, Göttingen 2015, S. 9–25, hier S. 14f.; ders., Der vergessene „Dritte Weg“, in: APuZ 11/2010, S. 6–13.

ihre unreife „Utopisterei“⁴⁶ in die Schattenwinkel ihrer Biografie oder machten wie der Bürgerrechtler Jens Reich ihren Frieden mit einer Bewegung, die sich von ihren Initiatoren emanzipierte.⁴⁷

Für eine gesellschaftlich weitreichende Enttäuschung sorgte allerdings eine andere mit 1989/90 verknüpfte Erfahrung, die sich als Erzählung über Jahrzehnte vor allem auf das eigene Milieu- und Familiengedächtnis zurückgedrängt sah, obwohl sie das gesellschaftliche Klima in Ostdeutschland schon in den 1990er Jahren weithin bestimmte. Mit dem Anwachsen des Rechtspopulismus findet in jüngster Zeit die Skepsis stärkeres Gehör, dass die auf die friedliche Revolution zulaufende Freiheitserzählung aus ostdeutscher Perspektive von doktrinärem Einseitigkeit ist. Die tief greifenden Umbrüche in der Erfahrungswelt der Ostdeutschen, die sich mit dem Sturz in die Einheit innerhalb kürzester Zeit ihrer gewohnten Ordnung beraubt und zur Neuorientierung in praktisch allen Lebensbereichen gezwungen sahen, lassen sich im Feierkalender der Diktaturüberwindung nicht abbilden. Dies betrifft besonders nachdrücklich den Wandel der Arbeitswelt: Drei Jahre nach der Wiedervereinigung hatte nicht einmal jeder dritte Ostdeutsche noch seinen alten Arbeitsplatz. Der mit der Währungsumstellung einhergehende Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft ließ die Hoffnung auf „blühende Landschaften“ vielerorts in die Erfahrung lebensweltlicher Brachen umschlagen, und die zur Privatisierung geschaffene Treuhandanstalt wurde zum Symbol einer gezielten Vernichtung ostdeutscher Wirtschaftssubstanz, sodass noch heute die Forderung nach einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags besteht, um „das Treuhand-Trauma des Ostens“ aufzuarbeiten.⁴⁸

Die rasch und wuchtig einsetzende politische wie juristische und historische Aufarbeitung von Unrecht und Versagen, die vielen Opfern der SED-Diktatur zu später Gerechtigkeit und Genugtuung verhalf, hinterließ gleichwohl auf allen Seiten ein bitteres Empfinden von geschichts-

und vergangenheitspolitischer Unzulänglichkeit. Vor allem aber schüttete sie die gesellschaftlichen Gräben nicht zu, sondern riss sie eher noch weiter auf und sorgte für ein Klima der Verunsicherung durch die langen Schatten des Ministeriums für Staatssicherheit und die heimlich getragenen Lasten der eigenen Lebensgeschichte. Die deutsche Einheit „war nicht die Auseinandersetzung um eine gemeinsame Grundlage, war nicht das Ergebnis einer gesamtdeutschen Revolution“,⁴⁹ sondern ein ostdeutscher Beitritt zu einem westdeutschen Gemeinwesen, dessen „Kotransformation“ sich erst später und dann unter den ganz anders gelagerten Herausforderungen der Globalisierung entwickeln würde.⁵⁰ Der Soziologe Heinz Bude konnte in einer Studie zu Wittenberge belegen, dass für viele Ostdeutsche „die erste Zeit der Einigung wirklich eine Zeit der ganz großen Erwartungen gewesen ist“, die dann ab 1993/94 in „die Zeit des ewigen Wartens überging“. ⁵¹ So erstickte das „bunte Leben im ersten Jahr der deutschen Einheit“⁵² – und hinterließ eine ungestillte Sehnsucht, die sich dann in der nostalgischen Wiederbelebung einer mit der DDR vergangenen Lebenswelt niederschlug.⁵³

RELATIVIERTER FLUCHTPUNKT

Die gebrochenen Hoffnungen auf einen selbstbestimmten Neuanfang haben dazu beigetragen, dass „1989“ immer eine mehrdeutige Erzählung blieb. Aber diese Erklärung reicht nicht

46 Bernd Gehrke, 1989 und keine Alternative?, in: ders./Wolfgang Rüdtenklaus (Hrsg.), ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende, Münster 1999, S. 417–440, hier S. 430.

47 Was hat die Revolution 1989 gebracht? Wir haben die Bürgerrechtler Ulrike Popp, Jens Reich und die Pfarrerin Ruth Misselwitz gefragt, in: Die Tageszeitung, 9. 11. 2015.

48 Untersuchungsausschuss: Linke will Waigel, Köhler und Sarrazin über Treuhand befragen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. 5. 2019.

49 Ist der Osten anders? Gregor Gysi und Heinz Bude über die Entwicklungen und Brüche in Ost- und Westdeutschland, in: Jens Bisky/Enrico Lübke/Torsten Buß (Hrsg.), Ist der Osten anders? Expertengespräche am Schauspiel Leipzig, Berlin 2019, S. 15–27, hier S. 16.

50 Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Frankfurt/M. 2014, S. 97. Vgl. auch Frank Bösch, Geteilte Geschichte. Plädoyer für eine deutsch-deutsche Perspektive auf die deutsche Zeitgeschichte, in: Zeithistorische Forschungen 1/2015, S. 98–114; ders. (Hrsg.), Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen 2015.

51 Bude (Anm. 49), S. 18; vgl. ders./Thomas Medicus/Andreas Willisch (Hrsg.), ÜberLeben im Umbruch. Am Beispiel Wittenberge: Ansichten einer fragmentierten Gesellschaft, Hamburg 2011.

52 Barbara Bollwahn, Von Einsichten in die Notwendigkeit, in: Alltag Einheit. Porträt einer Übergangsgesellschaft, Berlin 2015, S. 72–75, hier S. 73.

53 Elke Sieber, Erinnerung an die DDR. Zwischen (N)Ostalgie und Totalverdammung, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2014, S. 17–28.

hin, um zu verstehen, warum die Vorbereitungen zum 30-jährigen Jubiläum 2019 im Vergleich zur Gedenkeuphorie 2014 deutlich weniger Begeisterung wecken, sondern sich analog zu der sich hinschleppenden Errichtung eines deutschen Freiheits- und Einheitsdenkmals auf der Berliner Schlossinsel nach dem Eindruck mancher Betrachter eher von einer „Unfähigkeit, dankbar zu sein“ zeugen⁵⁴ – und der Bundesregierung sogar den Vorwurf der lustlosen Pflichtübung eintragen.⁵⁵ Entscheidend ist vielmehr, dass der fachliche wie öffentliche Rückblick auf „1989“ sich zunehmend von einer isolierten Jubiläumsperspektive zu lösen begonnen hat und um eine Dimension erweitert, die die Vor- und Nachgeschichte des Umbruchs von 1989 hervorhebt und den kritischen Anschluss an die sozialwissenschaftliche Transformationsforschung sucht.⁵⁶ Zunehmend werden die dramatischen Ereignisse des revolutionären Herbstes in eine „lange Geschichte der ‚Wende‘“ eingebettet⁵⁷ und gewinnt im öffentlichen Bewusstsein die soziale Revolution von oben Konturen, die der politischen Umwälzung von unten folgte und die euphorische Hochstimmung der ostdeutschen Selbstbefreier in eine „tiefe Sinnkrise“ umschlagen ließ.⁵⁸ Aus dem wachsenden zeitlichen Abstand heraus präsentiert sich die Überwindung der SED-Herrschaft von 1989/90 nicht nur als glücklicher Abschluss eines „kurzen“ 20. Jahrhunderts, sondern zugleich als problembehafteter Anfang eines „langen“ 21. Jahrhunderts.

Als Fluchtpunkt einer auf den Sieg der Demokratie zulaufenden Zeitgeschichtserzählung hat der Umbruch von 1989 an Geltungskraft eingebüßt, und er wird immer stärker von der Erkenntnis bedrängt, dass Erinnern immer auch Vergessen bedeutet und die befreiende Aufarbeitung nicht von der weiter lastenden Hypothek der Vergangenheit zu trennen ist. In dieser neuen Erzählung des Umbruchs von 1989 werden Licht und Schatten zugleich sichtbar, und sie öffnet Raum für die Frage, ob der Grenzzäune niederreißende Sprechchor von 1989 „Wir sind das Volk“ 30 Jahre später deswegen zu der Grenzzäune errichtenden Parole des deutschen Rechtspopulismus werden konnte, weil beide Bewegungen in ihrem emphatischen Volksbegriff und in ihrer Obrigkeitsverachtung mehr verbindet, als viele Zeitgenossen in ihrer Freude über den Sieg der liberalen Demokratie und ihres Wertehimmels lange Zeit wahrhaben mochten.

54 Christoph von Marschall, Gedenkjahr 2019. Die Unfähigkeit, dankbar zu sein, in: *Der Tagesspiegel*, 8. 5. 2019.

55 Tom Sello, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, kritisiert, die Bundesregierung würde das Mauerfall-Jubiläum „nicht so richtig ernst nehmen.“ Stefan Strauß, 30 Jahre Mauerfall. Der vergessene Oktober-Aufstand, in: *Berliner Kurier*, 5. 6. 2019.

56 Zum Verhältnis von Zeitgeschichte und Transformationsforschung: Christopher Banditt, Quantitative Erforschung der ostdeutschen Transformationsgeschichte, 18. 3. 2019, <https://zeitgeschichte-online.de/thema/quantitative-erforschung-der-ostdeutschen-transformationsgeschichte>.

57 Anja Schröter/Clemens Villinger, Anpassen, aneignen, abgrenzen: Interdisziplinäre Arbeiten zur langen Geschichte der Wende, 18. 3. 2019, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/anpassen-aneignen-abgrenzen-interdisziplinäre-arbeiten-zur-langen-geschichte-der-wende>.

58 So schon Konrad H. Jarausch, *Die unverhoffte Einheit 1989–1990*, Frankfurt/M. 1995, S. 303ff.; vgl. auch Christoph Lorke, Die Einheit als „soziale Revolution“. Debatten über soziale Ungleichheit in den 1990er Jahren, 18. 3. 2019, <https://zeitgeschichte-online.de/thema/die-einheit-als-soziale-revolution>.

MARTIN SABROW

ist Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktor des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF).
sekretariat@zzf-potsdam.de

DIE TREUHAND UND DIE PRIVATISIERUNG DER DDR-PRESSE

Mandy Tröger

Am 12. Februar 1990 forderte Wolfgang Ullmann, Mitglied des Zentralen Runden Tisches, die Ernennung einer treuhänderischen Anstalt zur Wahrung der Rechte der Bevölkerung bei der Umwandlung des DDR-Volkseigentums in Privateigentum. Das DDR-Volkseigentum sollte „zugunsten der Bürgerinnen und Bürger der DDR“ privatisiert werden, damit diese ihren Teil in „den vielfältigen Formen der Kapitalbeteiligung im Sinne der Marktwirtschaft“ erhielten.⁰¹ Ein Teil dieses Volkseigentums war das Zeitungsverlagswesen, das im November 1989 in der DDR stark konzentriert war.

In diesem Beitrag beleuchte ich die Rolle der Treuhandanstalt (kurz Treuhand) bei der Privatisierung des DDR-Pressewesens vom Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 bis zur Privatisierung der großen ehemaligen SED-Bezirkszeitungen im April 1991 und danach. In dieser Zeit wurden nicht, wie einst als DDR-Reformziel gedacht, ehemalige SED-Zeitungsmonopole aufgespalten, sondern von finanzstarken westdeutschen Verlagen größtenteils weitergeführt. Bereits 1992 schlussfolgerte der Medienwissenschaftler Walter Mahle, die Gliederung des Pressemarkts in den neuen Bundesländern sei „den Grenzziehungen der SED nachgebildet (...) natürlich nicht aus politischen Gründen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen“.⁰² Monopole bestünden weiter. Die „Leidtragenden waren“, so Gottfried Müller, Minister für Medienpolitik der DDR im Kabinett von Lothar de Maizière, „kleinere Blätter und vor allem auch die Lokalpresse“,⁰³ sie gingen bankrott.

GRÖßTER VERWALTUNGSAPPARAT DEUTSCHLANDS

Am 1. März 1990 folgte unter der Regierung Hans Modrow der Beschluss zur Gründung einer Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums. Darüber hinaus sollten Volkseigene Betriebe (VEB) in Gesellschaften mit beschränk-

ter Haftung (GmbH) umgewandelt werden. Modrow zufolge war das Ziel, die vorhandenen DDR-Wirtschaftsgüter in ihrer Substanz zu bewahren, vor kapriziösen Übernahmen zu schützen und Betrieben zu ermöglichen, sich bei Abschluss von Partnerschaftsvereinbarungen auf die neuen Bedingungen der privaten Marktwirtschaft einzustellen.⁰⁴

Nach den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 wurde Lothar de Maizière für das konservative Bündnis Allianz für Deutschland offiziell erster Mann im Staat, und er führte den Kurs weiter. Der Plan: für den Privatisierungsprozess Wettbewerbsrichtlinien mittels eines Gesetzes ausarbeiten und umsetzen. Das Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz) wurde am 17. Juni beschlossen. Nach diesem fiel das gesamte DDR-Volkseigentum ab dem 1. Juli unter das Treuhandgesetz. Bis zum 1. August sollten alle Betriebe in GmbHs umgewandelt werden, die dann im Eigentum der Treuhand standen. Darunter fielen zunächst 8500 Betriebe mit rund vier Millionen Beschäftigten.⁰⁵ Nach Einschätzung des damaligen Treuhand-Direktors und ehemaligen Leiters des Stahlkonzerns Hoesch, Detlev Rohwedder, war „der ganze Ramsch 600 Milliarden D-Mark wert“.⁰⁶

Schon im August 1990 wies Günter Nooke, Mitglied im Verwaltungsrat der Treuhand und Vertreter der DDR-Opposition, auf Probleme hin, die sich der Treuhand stellten: Die benötigten Daten, um die Sanierungs- und Marktfähigkeit der Betriebe zu bewerten, lagen nicht vor.⁰⁷ Der Treuhand fehlte ferner die Rechtsgrundlage, die eine Bewertung der Vermögenswerte und Schulden ermöglichte. Obwohl die Treuhand die offizielle „Eigentümerin“ des ehemaligen DDR-Volkseigentums war, bestand ihr Hauptzweck darin, Eigentumsfragen durch Verkauf zu regeln. Das hieß, so Nooke, „solange die Eigentumsverhältnisse nicht geklärt sind, sitzt der potentiell-

le Investor am längeren Hebel und wartet, bis er den Betrieb billig bekommen kann“.⁰⁸ Obwohl die Treuhand also verschiedene Angebote einholen konnte, war ihr Wirkungsfeld rechtlich und wirtschaftlich begrenzt.

Schließlich wurde die Treuhand in Artikel 25 des Einigungsvertrags verankert. Zur deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 war sie jedoch kaum funktionsfähig – es mangelte an Personal und Einrichtungen. Innerhalb eines Jahres beschäftigte sie dann 3000 neue Mitarbeiter, 1993 waren es 4600.⁰⁹ Die Treuhand wurde zum größten Verwaltungsapparat Deutschlands und für manche zum Symbol dafür, wie „Regierungen privatisieren“.¹⁰ Modrow kritisierte bereits 1991, dass ihr ursprünglicher Auftrag fehlgeschlagen war. „Privatisierung statt Sanierung und Erhalt“ war jetzt die Agenda.¹¹ Diese Neudefinition der Aufgaben führte, so Modrow, zu einem Zusammenbruch der gesamten industriellen und landwirtschaftlichen Produktion und zu einem Verkauf von Wirtschaftsgütern zu Dumpingpreisen. Zu diesen Wirtschaftsgütern gehörte auch die ehemalige SED-Presse.

ZERSCHLAGUNG POLITISCHER MONOPOLE

Die Produktion der Tages- und Wochenpresse war in einigen Konglomeraten organisiert, die als Vereinigung Organisierter Betriebe (VOB) bezeichnet wurden. Der wichtigste, VOB Zentrag, gehörte der SED.

90 Prozent der Druckkapazitäten und der Papierzuteilung entfielen auf Zentrag. 13 von 15 Druckereien in der DDR wurden von ihr kontrolliert. Von der gesamten Produktion von Tageszeitungen in der DDR – 1987 lag die Auflage bei 9,7 Millionen Exemplaren – hielt die SED rund 70 Prozent (6,5 Millionen). Zu den SED-Zeitungen gehörten 14 Bezirkszeitungen mit einer Auflage von jeweils 200 000 bis 700 000 (mit den dazugehörigen Lokalausgaben für über 200 Kreise), das landesweit vertriebene „Neue Deutschland“ (1,2 Millionen) und die verschiedenen Titel des Berliner Verlags. Die SED besaß somit 16 von 39 Tageszeitungen in der DDR.¹²

Reformziel im Herbst 1989 war, diese Konzentration und Monopolisierung im Pressewesen zu beenden. Am 21. Dezember 1989 ratifizierte der DDR-Ministerrat den „Beschluss zur Neugründung von Zeitungen und Zeitschriften“. Er unterstützte damit den im Dezember gegründeten Zentralen Runden Tisch und sicherte allen an ihm vertretenen Gruppen Zugang zu Medien, die Zuteilung von Papier, Druckkapazitäten und Lizenzen sowie von Kommunikations- und Vertriebsressourcen zu. Der Beschluss garantierte Informationsfreiheit, indem er diese weit definierte und die nötigen Infrastrukturen (zum Beispiel Technologieimporte) einbezog. Ziel war es, den neuen politischen Parteien und Oppositionsgruppen Zugang zu Medien und Informationen in „ihrer gesellschaftlichen Arbeit“ zu sichern.¹³

Kurz darauf, am 5. Februar 1990, verabschiedete die Volkskammer der DDR den Beschluss zur Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit. Damit wurde Neuerscheinungen ein rechtlicher Rahmen bei den großen finanzstarken Verlagen geboten, und alte Monopolstrukturen wurden angegangen. Jegliche Art der Zensur war verboten. Die Presse sollte frei sein von politischen und wirtschaftlichen Monopolen und damit frei sein, um eine Plattform öffentlicher Debatten und freier Meinungsbildungsprozesse mündiger Bürger zu werden. Jede natürliche und juristische Person in der DDR hatte das Recht zur Veröffentlichung von Printmedien. Die Lizenzierung wurde abgeschafft, nur eine Registrierung war nötig.

01 Ergebnisse der 16. Sitzung des Rudentischgespräches am 12. März 1990, Privatisierung von Volkseigentum, 12.3.1990, S. 4, Archiv Grünes Gedächtnis/B.V.3 – Grüne Partei DDR, Box 7.

02 Walter Mahle (Hrsg.), *Pressemarkt Ost, Nationale und internationale Perspektiven*, München 1992, S. 13.

03 Gottfried Müller, *Kommentare zum Ministertagebuch* (18. Mai 1990), E-Mail an die Autorin vom 30. 1.2017.

04 Vgl. Hans Modrow, *Die Treuhand – Idee und Wirklichkeit*, Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR, IPW 7–8/1991, S. 39; Marcus Böick, *Die Treuhand*, Göttingen 2018.

05 Vgl. Dieter Grosser, *Treuhandanstalt*, o.D., www.bpb.de/202195.

06 Zit. nach *Treuhand – Ein Ding der Unmöglichkeit*, 11.8.2006, www.handelsblatt.com/2691746.html?ticket=ST-200672-A0vxtCf0GuiyBB7Dhlqa-ap1.

07 „Daten reichen nicht aus“, Interview mit Günter Nooke, 14.8.1990, <https://taz.de/11756163>.

08 Ebd.

09 Vgl. Grosser (Anm. 5).

10 Mark Cassell, *How Governments Privatize: The Politics of Divestment in the United States and Germany*, Washington, DC 2002.

11 Modrow (Anm. 4), S. 39.

12 Siehe Axel Springer Verlag AG, DDR am Wendepunkt, November 1989, S. 70–74, Verlagsarchiv Axel Springer SE.

13 Ministerrat, „Beschluss zur Unterstützung des Runden Tisches“, 21.12.1989, S. 9, Archiv Grünes Gedächtnis, Box 31–38, Akte 38.

Es folgte eine Flut an Neuerscheinungen auf dem Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt, womit sich in Ostdeutschland die Hoffnung auf Pressevielfalt verband. Laut einer Umfrage des DDR-Nachrichtendienstes ADN gab es bereits Anfang Februar 1990 16 Neuerscheinungen in der DDR, von denen vier westdeutsche Investoren hatten. Andere Titel wurden von basisdemokratischen Bürgergruppen oder politischen Parteien herausgegeben. Wieder andere waren lokale Initiativen ostdeutscher Journalisten und Bürger, teilweise in Zusammenarbeit mit Verlagen der Bundesrepublik.¹⁴ Bis Juli wurden so rund 120 neue Zeitungen in der DDR gegründet. Zu diesem Zeitpunkt befassten sich gleich drei verschiedene DDR-Institutionen allein mit der Reform der DDR-Medien: der basisdemokratische Medienkontrollrat (MKR), basierend auf dem Beschluss vom 5. Februar, das nach den März-Wahlen gegründete Ministerium für Medienpolitik sowie der Ausschuss für Presse und Medien der Volkskammer.

MARKTAUFTEILUNG

Parallel zu diesen politischen Initiativen wurde der DDR-Pressemarkt früh wirtschaftlich durch westdeutsche Verlage erschlossen. Schon im Februar 1990 problematisierte die „Tageszeitung“ das „Einsteigen bundesdeutscher Großverlage über Joint-ventures in [die ostdeutsche] Presselandschaft“.¹⁵ Zwei Monate später, im April 1990, gab es keine DDR-Zeitungen mehr, „bei denen nicht bereits Kaufverhandlungen laufen“.¹⁶ Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) schlussfolgerte, alle westdeutschen Verlage versuchten, „sich mit Beteiligungen an DDR-Verlagen eine günstige Ausgangsposition für den Wettbewerb zu verschaffen“.¹⁷

Diese deutsch-deutschen Kooperationsverhandlungen liefen in einer rechtlichen Grauzone und waren laut dem Medienwissenschaftler Horst Röper „sehr vielgestaltig“.¹⁸ Sie reichten von der Gewinnung von Anzeigenkunden und dem Ver-

kauf von Werbung bis hin zum Druck der Zeitungen durch die Partner in der Bundesrepublik. „Überwiegend wurden allerdings auch Kapitalbeteiligungen vollzogen oder in Vorverträgen geregelt.“¹⁹ Diese Allianzen waren „im Fluss“ – Kooperationen also ständig in Verhandlung.²⁰ Offiziell lag die Zustimmung über deutsch-deutsche Presse-Joint-Ventures beim MKR. Dieser erlaubte Minderheitsbeteiligungen westdeutscher Verlage. Inoffiziell aber wurden Verträge und Kooperationen an allen staatlichen Einrichtungen vorbei ausgehandelt.

Diese Prozesse liefen so schnell, dass nur die Beteiligten wussten, wer mit wem verhandelte. Im Mai 1990 versuchte sich die DDR-Regierung darüber einen Überblick zu verschaffen. Danach hielt der Axel Springer Verlag (inklusive Tochtergesellschaften) mit insgesamt elf Zeitungen Kooperations-, Joint-Venture- oder Kaufgespräche. Die Bauer Verlagsgruppe hatte fünf Joint-Venture-Abkommen geschlossen, und fünf weitere waren in Vorbereitung. Gruner + Jahr plante ein Joint Venture mit der „Sächsischen Zeitung“ (Auflage 544 700) und wollte zwei Zeitschriften kaufen. Die WAZ-Gruppe plante Joint Ventures mit vier Zeitungen, darunter die „Leipziger Volkszeitung“ (Auflage rund 500 000).²¹

Vor allem die 14 großen ehemaligen SED-Bezirkszeitungen, wozu die „Sächsische Zeitung“ und die „Leipziger Volkszeitung“ gehörten, standen bei den großen finanzstarken Verlagen hoch im Kurs. Mit hohen Auflagenzahlen und den nach wie vor bestehenden strukturellen Privilegien (etwa bei der Papierversorgung und beim Druck) hielten sie in ihren jeweiligen Bezirken eine quasi-Monopolstellung und waren damit die „Filetstücke“ unter den DDR-Zeitungen.²² Hier gaben sich, schrieb der Journalist und Verleger Peter Turi im Mai 1990, „die Großverlage die Klinke in die Hand“.²³

Insbesondere die „Großen Vier“ – Springer, Burda, Gruner + Jahr und Bauer – waren aktiv damit beschäftigt, ihre Ansprüche in der DDR anzumelden. Laut Andreas Ruppert, Vertreter von Gruner + Jahr, hatten die Großverlage bereits im Mai 1990 die DDR-Zeitungen und -Zeitschriften

14 Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, Neue Periodika und Verlage in der DDR, 5.2.1990, Bundesarchiv (BArch), DC9/1052.

15 „Der Postminister übte Zensur aus“, Interview mit Konrad Weiss, 10.2.1990, <https://taz.de/!1780897>.

16 Zit. nach Aschenputtel auf dem Ball, 24.4.1990, <https://taz.de/!1770939>.

17 Deutsche Presse-Agentur, Hintergrund. Pressemarkt der DDR, 10.8.1990, S. 1–17, hier S. 10, BArch, DC9/1050.

18 Horst Röper, Treffer sind Glücksache, in: Journalist 6/1990, S. 32–35, hier S. 34.

19 Ebd.

20 Ebd.

21 Tabelle, Kooperationsbeziehungen im Pressebereich, 15.5.1990, S. 1–4, BArch, DC9/1050.

22 Röper (Anm. 18), S. 35.

23 Peter Turi, Schlechte Karten, in: Journalist 5/1990, S. 40f., hier S. 41.

untereinander aufgeteilt. Es kursierten Listen, auf denen kauffreudige westdeutsche Verlage neben „ihren“ hilfsbedürftigen DDR-Partnern positioniert waren. Letztere waren, so Ruppert, auf finanzielle Hilfe angewiesen – sie alle steckten in den roten Zahlen und brauchten Investitionen.²⁴

Tatsächlich kämpften DDR-Zeitungen mit schlechter Papier- und Druckqualität, Papierknappheit und der Streichung von Subventionen. Vor allem aber massive Importe westdeutscher Presseprodukte und die Dumpingpreise westdeutscher Zeitungen ab März 1990 setzten sie früh unter hohen wirtschaftlichen Druck.²⁵ Begünstigt wurde diese Entwicklung durch den Bau eines exklusiven DDR-Vertriebssystems der „Großen Vier“ für westdeutsche Produkte, wovon 70 Prozent aus eigener Produktion stammten.²⁶ Trotz staatlicher Teilung war der deutsche Pressemarkt im Mai 1990 faktisch vereint, mit der Folge, dass DDR-Verlage, die durch planwirtschaftliche Strukturen weiterhin eingeschränkt waren, frühzeitig in direkter Konkurrenz zu westdeutschen Verlagen standen, die wiederum in einem rechtlichen Vakuum nach privatwirtschaftlicher Logik agierten. Der MKR forderte vergeblich eine „Schonfrist“.²⁷ Auch der Zentrale Runde Tisch und die DDR-Regierung sahen diese Entwicklung kritisch. Medienminister Gottfried Müller schrieb in sein Ministertagebuch, „das alte SED-Monopol bei Bezirkszeitungen“ ginge zusammen „mit neuem Monopol aus dem Westen.“²⁸

Beispiel Bauer: Der Verlag hatte sich bis August 1990 ein großes Stück des DDR-Kuchens gesichert. Bis Juni 1990 hielt Bauer 49 Prozent der Eigentumsanteile an den „Brandenburgischen Neuesten Nachrichten“, der „Märkischen Oderzeitung“, den „Norddeutschen Neuesten Nachrichten“, dem „Nordkurier“, der „Schweriner Volkszeitung“ und der „Volksstimme“, die eine Gesamtauflage von rund 1,2 Millionen Exemplaren

hatten. Der Verlag leistete technologische Unterstützung (etwa Lieferung von Redaktionstechnik und Kopiergeräten) und zielte auf die Modernisierung der veralteten Druckereien seiner Partner.

Der Hauptkonkurrent von Bauer war der Axel Springer Verlag. Mit seinen Tochtergesellschaften und Beteiligungen unter anderem an der „Märkischen Volksstimme“, der „Norddeutschen Zeitung“ und der „Ostsee-Zeitung“ hielt er Anteile an 30 Prozent der DDR-Gesamtauflage.²⁹ Laut dem Vorstandsvorsitzenden Peter Tamm war das Ziel, „die Stellung als führendes Pressehaus und bedeutendes Medienunternehmen in ganz Deutschland durch das starke Engagement in der DDR zu sichern“.³⁰ Das hieß, Joint-Venture-Vereinbarungen wurden auch in rechtlichen Grauzonen eingegangen. Minister Müller betonte zwar, diese Kooperationen seien rechtlich nicht bindend, das letzte Wort hätte die Treuhand, aber Bauer und andere Großverlage erwarteten die baldige „Umwandlung von Absichtserklärungen in endgültige Verträge“.³¹ Sie sollten Recht behalten.

TREUHAND ÜBERNIMMT

Bevor die Treuhand ab Oktober 1990 die treuhänderische Verwaltung der SED-Presse übernahm, konsultierte sie im Juli das Amt für Wettbewerbschutz der DDR und das Ministerium für Medienpolitik, um „offizielle und rechtlich gesicherte Aussagen“ zu westlichen Kapitalbeteiligungen und Kooperationsvereinbarungen mit DDR-Verlagen zu erhalten.³² Nach der vorsichtigen Schätzung beider lag (mit einer Ausnahme) von westdeutscher Seite „kein Antrag auf ausländische Beteiligung an den [nun in GmbHs] gewandelten Unternehmen vor“.³³ Zwei DDR-Verlage hatten ausländische Beteiligung beantragt. „Offiziell liegen keine weiteren Anmeldungen vor“, so das Amt.³⁴ Allerdings gebe es Hinweise darauf, dass

24 Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, Medienexperte: DDR-Medienmarkt ist aufgeteilt – Interesse an regionalen Zeitungen, 29.5.1990, ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, MKR, Akte 35d.

25 Westdeutsche Presseprodukte wurden nicht zum 1:3-Umtauschkurs verkauft sondern im 1:1-Verhältnis.

26 Vgl. Mandy Träger, *Pressefrühling und Profit: Wie westdeutsche Verlage 1989/1990 den Osten eroberten*, Köln 2019 (i.E.).

27 Gerhard Bäcker, *Notizen*, März 1990, Archiv Grünes Gedächtnis, Box 27–30, Akte 30.

28 Gottfried Müller, *Ministertagebuch (April–Mai 1990)*, 18. Mai 1990, E-Mail an die Autorin vom 30. 1. 2017.

29 Genauer 2 177 000 von 7 213 000 Exemplaren. Siehe Röper (Anm. 18).

30 Zit. nach Axel Springer Verlag mir Rekordinvestitionen, in: *Die Welt*, 14. 6. 1990.

31 Deutsche Presse-Agentur, *Neuorganisation der DDR-Verlage bringt viele Arbeitsplätze*, 20. 6. 1990, IISG/ID-Archiv, MKR, Akte 35e.

32 Report, *Zum Presse-Grosso*, Amt für Wettbewerbschutz der DDR, Juli 1990, BArch, DE10/16.

33 Ebd.

34 Ebd.

Axel Springer und andere Verlage weitere Kooperationen anstrebten.³⁵ Auf dieser Grundlage ging die Treuhand an ihre Arbeit und war für die ehemalige SED-Presse zuständig.

Letztlich erhielt die Treuhand rund 80 Kaufanfragen für 40 Verlage – die wichtigsten waren die für die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen. Deren Eigentümerschaft mit 8000 Mitarbeitern und einer Gesamtauflage von 2,7 Millionen Exemplaren wurde offiziell am 13. April 1991 an „ausgewählte Erwerbsinteressenten“ übertragen.³⁶ Der Treuhand-Verwaltungsrat stimmte dem vorläufigen Verkauf von zehn ehemaligen SED-Bezirkszeitungen an zwölf westdeutsche Presseunternehmen zu. Der Preis: 850 Millionen D-Mark und ein Investitionsvolumen von 1,3 Milliarden D-Mark.³⁷ Zwar stand noch die Prüfung privater Restitutionsansprüche aus, aber das Geschäft war besiegelt.

Laut Birgit Breuel, nach der Ermordung Detlev Rohwedders neue Treuhand-Vorsitzende, hatte Vorstandsmitglied Karl Schirner im April 1991 diese „Gesamtlösung“ entwickelt.³⁸ Sie wurde zum Kernelement eines Umstrukturierungsprozesses, bei dem profitable Verlage der ehemaligen DDR systematisch auf westdeutsche Interessengruppen aufgeteilt wurden, die ihre Ansprüche bereits geltend gemacht hatten. Damit folgte die Treuhand ihrem politischen Auftrag: dem wirtschaftlichen Erhalt der DDR-Verlage und ihrer Arbeitsplätze. Ihr Auftrag war *nicht*, über Eigentümerschaft für Pressevielfalt zu sorgen. Wettbewerb (also im Pressebereich auch der Wettbewerb der Meinungen) sollte allein nach den Kriterien des Kartell- und Wettbewerbsrechts festgelegt werden. Das heißt, jeder finanzstarke westdeutsche Verlag durfte innerhalb einer Region nur eine auflagenstarke DDR-Zeitung kaufen. Breuel unterstrich allerdings, die westdeutschen Verlage selbst hatten im Vorfeld der Entscheidung durch Berichterstattung und/oder finanziellen Druck ihre Macht zu ihren Gunsten ausgespielt.

35 Ebd.

36 Brief, Wolf Klintz, THA, an Ministerialrat Homann, Bundesminister für Wirtschaft, SM 10 – 344 242-2/1, 17.12.1991, BAArch, B/106/156193.

37 Brief, Lage der Lokalpresse im Beitrittsgebiet, Merk, Bundesminister des Innern, an Seiders, Bundesminister des Innern, SM 10 – 344 242-2/1, 20.12.1991, BAArch, B/106/156193.

38 Hier und im Folgenden Birgit Breuel, Verleger kennen ihre Macht, in: Treuhand intern. Tagebuch, Berlin 1992, S. 232–239.

NIEMAND IST VERANTWORTLICH

Im Vorfeld der Verkaufsentscheidung vom April 1991 hatte Peter Hoss, Geschäftsführer des Verbandes der Lokalpresse, dem Dachverband der lokalen Zeitungsverleger, „mit größter Sorge“ beim Bundesministerium des Innern (BMI), dem Bundeswirtschaftsministerium sowie beim Treuhand-Verwaltungsrat und Vorstand gegen die Übertragung der Zeitungen „an wenige westdeutsche Großverlage“ protestiert.³⁹ Seit November 1990 hatte er wiederholt gefordert, die Entscheidung „so lange zurückzustellen, bis alle noch offenen Möglichkeiten einer Beteiligung mittlerer und kleiner Verlage vorgetragen und geprüft worden sind“.⁴⁰

Hoss' Bitten blieben erfolglos. Das BMI antwortete erst ein halbes Jahr später und berief sich auf den „Grundsatz der Staatsferne der Medien“.⁴¹ Die Verantwortung läge vollständig bei der Treuhand. Ähnlich argumentierte der Bundesminister für Wirtschaft, Jürgen Möllemann. Die Treuhand hätte einstimmig beschlossen, „an bestimmte Verlage aus den alten Bundesländern“ zu verkaufen, und dabei „alle relevanten Kriterien“ beachtet.⁴² Er hätte keinen Einfluss darauf nehmen können.

Ein Blick in die interne Kommunikation offenbart jedoch anderes: Es gab keine kohärente Linie oder Vorgehensweise verschiedener Bundesbehörden bezüglich der Privatisierung ehemaliger SED-Bezirkszeitungen. Konflikte zwischen den Behörden, Kompetenzstreitigkeiten und gegenseitiges Zuschieben von Verantwortung bestimmten den Kurs.⁴³ Eine Initiative des BMI, der Treuhand zu empfehlen, „die bisherigen Bezirkszeitungen in kleinere Einheiten zu entflechten und die Möglichkeit des Erwerbs von Teilein-

39 Brief, Treuhandvergabe der ehemaligen DDR-Parteipresse, Hoss, Standortpresse GmbH, Verband der Lokalpresse pro lokalzeitung e. V., an BMI, Bundesminister des Innern, 11.4.1991, S. 1, BAArch, B/106/156193.

40 Ebd.

41 Brief, Neusel, Bundesminister des Innern, an Hoss, Standortpresse GmbH, Verband der Lokalpresse pro lokalzeitung e. V., 6.5.1991, BAArch, B/106/156193.

42 Brief, Möllemann, Bundesminister für Wirtschaft, an Hoss, Verband der Lokalpresse pro lokalzeitung e. V., 14.5.1991, BAArch, B/106/156193.

43 Brief, Privatisierung von Presseunternehmen durch die Treuhandanstalt, Besprechung am 4. Februar 1991 im BMI, Bundesminister des Innern an Chef des Bundeskanzleramtes et al., SM 10 – 344 242-2/1, 4.2.1991, S. 2, BAArch, B/106/156193.

heiten auch für kleinere und mittlere Verlage zu öffnen“, scheiterte.⁴⁴ Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Dieter von Würzen, entschied, „der Treuhand bei der Privatisierung der Tageszeitungen keine Vorgaben zu machen“.⁴⁵ Jegliche Einflussnahme würde nur eine „weitere Verzögerung der Privatisierung“ mit sich bringen.⁴⁶ So beschloss die Bundesregierung, den politischen Auftrag der Treuhand nicht zu erweitern.

Um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten und kleine Verlage zu schützen, nahm der Treuhand-Verwaltungsrat stattdessen eine „Wohlverhaltensklausel“ in alle Privatisierungsverträge auf. Käufer wurden verpflichtet, „in wirtschaftlich vertretbarem Umfang“ die Entfaltung „von kleinen Lokalzeitungen nicht zu behindern“.⁴⁷ Eine Prüfung dieser Auflage durch die Treuhand, das BMI oder sonstige staatliche Stellen gab es jedoch nicht. Laut Hoss wurde die Klausel vielerorts ignoriert und damit zur Farce. Aggressiver Wettbewerb bestimmte den Markt,⁴⁸ und die Treuhand sah es nicht als ihre Aufgabe an, „das Wohlverhalten der ausgewählten Erwerbsinteressen“ zu prüfen.⁴⁹ Auch das BMI fühlte sich nicht verantwortlich, fürchtete Konflikte und finanzielle Hürden und verwies zurück auf die Treuhand.⁵⁰ Damit

schloss sich der Kreis des gegenseitigen Verantwortung-Zuschiebens.

PRESSEMONOPOLE IM OSTEN

Regionalmonopole ehemaliger SED-Bezirkszeitungen standen bereits frühzeitig im Visier finanzstarker westdeutscher Verlage, wurden unter diesen aufgeteilt und letztlich von ihnen übernommen. So wurden Monopolstrukturen der DDR nicht, wie ursprünglich gedacht, zerschlagen, sondern mit wirtschaftlichem Kalkül weitergeführt. Laut dem Verband der Lokalpresse haben westdeutsche Verlage einen „nach den Gesetzen des staatlichen Zentralismus als Monopol aufgebauten Markt in unveränderter Struktur übergeben bekommen, sich danach zunehmend konsolidiert und den Markt weiter zementiert.“⁵¹ Diese Art der „Übergabe“ lag aber nicht allein an der Marktlogik, sondern benötigte politische Rahmenbedingungen. Laut dem Historiker Konrad Dussel war sie der politischen Entscheidung der Bundesregierung „gegen jedes Experiment“ geschuldet.⁵² Die Treuhand hatte hier nur einen begrenzten Einfluss.

Die Folge waren Pressekonzentration und Zeitungssterben: Innerhalb von zwei Jahren ging die Zahl der Zeitungen in Ostdeutschland drastisch zurück. Von den ursprünglich 120 Zeitungen, die bis Mitte 1990 neu gegründet worden waren, waren im Mai 1992 nur noch etwa 65 Zeitungen aus etwa 50 Verlagen übrig. Bis November fiel die Zahl auf 50 Zeitungen aus 35 Verlagen. Bei der Lokalpresse sah es nicht anders aus: Lokalzeitungen waren von 98 auf 24 Zeitungen aus 23 Verlagen zurückgegangen. Bis November 1992 fiel diese Zahl auf 30 Zeitungen von 19 Verlegern.⁵³ Der Verband der Lokalpresse nannte es ein „trauriges Ergebnis“.⁵⁴ Letztlich war es eine verpasste Chance, Pressevielfalt im Osten neu zu gestalten. Die „Medienrevolution“ der DDR – die Zerschlagung der Monopolstrukturen zugunsten einer basisdemokratischen Pressevielfalt – blieb aus.

MANDY TRÖGER

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München.
mandy.troeger@ifkw.lmu.de

44 Ebd.

45 Brief, Privatisierung von Presseunternehmen durch die Treuhandanstalt, Plessing, Bundesministerium für Wirtschaft, an Bundesminister des Innern et al., SM 10 – 344 242-2/1, 8.2.1991, BArch, B/106/156193.

46 Ebd.

47 Rede von Bundesminister Wolfgang Schäuble vor dem Kongress der deutschen Lokalpresse in Bonn-Bad Godesberg, Der Bundesminister des Innern, Bonn, 12.11.1991, S. 18, BArch, B/106/156193.

48 Brief, Hoss, Standortpresse GmbH, Verband der Lokalpresse pro Lokalzeitung e.V., an BMI, Bundesminister des Innern, 28.11.1991, BArch, B/106/156193.

49 Brief, Wolf Klintz, THA, an Ministerialrat Homann, Bundesminister für Wirtschaft, SM 10 – 344 242-2/1, 17.12.1991, BArch, B/106/156193.

50 Brief, Lage der Lokalpresse im Beitrittsgebiet, Merk, Bundesminister des Innern, an Seitzers, Bundesminister des Innern, SM 10 – 344 242-2/1, 20.12.1991, S. 4, BArch, B/106/156193.

51 Ebd.

52 Konrad Dussel, *Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert*, Münster 2004, S. 245.

53 Memorandum, „Notwendige Maßnahmen für einen gleichberechtigten Marktzutritt lokaler Zeitungen in einen früher nach den Gesetzen des staatlichen Zentralismus geschaffenen und heute in der Struktur unverändert fortgeführten Pressemarkt in den neuen Bundesländern bis zur Feststellung realer Chancengleichheit“, Verband der Lokalpresse, 21.5.1992, S. 2, BArch, B/106/156193.

54 Ebd., S. 3.

WEST-BERLIN

Stimmungsbilder aus dem letzten Jahr

Elke Kimmel

Das 41. Jahr West-Berlins war ein langes Jahr – es reichte von Mai 1989 bis in den Winter 1990. Zugleich wurden in diesem Jahr in verschiedenen Bereichen die Weichen für die zukünftige Entwicklung Berlins gestellt, und langfristige Trends deuteten sich an. Auch wenn in West-Berlin seit dem Mauerbau der Verlust des Ostteils thematisiert worden war, und die Vereinigung mit dem Osten als politisches Ziel in aller Munde war, so zeigte sich doch schon in den ersten Tagen nach der Maueröffnung, dass die Umsetzung dieses Ziels nicht ohne Abstriche zu haben war. Es lohnt deshalb, sich die turbulentesten Wochen dieses Jahres genauer anzusehen.⁰¹

AUFTAKT

1. Mai 1989 – der rot-grüne Senat des Regierenden Bürgermeisters Walter Momper (SPD) war gerade sechs Wochen im Amt, als ihm mit der „revolutionären 1.-Mai-Kundgebung“ eine schwere Prüfung ins Haus stand. Wie würden sich die Mitglieder der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL), die später im Bündnis 90/Die Grünen Berlin aufgegangen ist, verhalten, wenn es um die Durchsetzung von Recht und Ordnung gegen die „eigene“ Klientel ging? Der Senat verordnete der Polizei eine Deeskalationsstrategie, die allerdings – wie Plünderungen vorlaufenden Kameras zeigten – nicht aufging: Zwar fühlten sich die grünen Senatorinnen verpflichtet, andere Politik zu machen, für die linke Szene aber ging es weiter gegen „das System“, für das in ihren Augen nun auch die AL stand.⁰²

Auch dem sogenannten Polenmarkt gegenüber fiel es dem Senat schwer, einen stringenten Kurs zu finden: Seit 1988 gelangten polnische Bürgerinnen und Bürger nach West-Berlin und verkauften dort alle möglichen Güter an Touristen und Einheimische, deren Haltung zwischen Ablehnung und Faszination schwankte. Schon der Vorgängersenat unter dem Regierenden

Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) war mit Verboten gescheitert und hatte den Markt lediglich vorübergehend verdrängt. Anwohnerklagen blieben lange wirkungslos; eine Lösung deutete sich nicht an. Der „Polenmarkt“ war mit rechtsstaatlichen Mitteln anscheinend kaum zu unterbinden.

Auf energischen Widerstand stieß zudem die Verkehrspolitik des rot-grünen Senats. Die Einführung eines Tempolimits auf der Avus, die Einrichtung von Busspuren und die geplante Sperrung der Havelchaussee für den privaten Autoverkehr wurden von vielen West-Berlinerinnen und -Berlinern als unzumutbare Schikanen angesehen.⁰³ Leserzuschriften in der „Berliner Morgenpost“ spekulierten über angebliche Gefahren für ältere Menschen durch die Busspuren, und Geschäftsleute beklagten dramatische Umsatzrückgänge. Immer wieder wurde der Vorwurf laut, die AL plane eine autofreie Stadt.⁰⁴

Ein weiteres Problem – auch angesichts der stetig steigenden Zahl von Zuwanderern aus der DDR, aus Polen und Rumänien – war die Wohnungsnot. Im Sommer 1989 scheiterten die Versuche der Sozialsenatorin Ingrid Stahmer (SPD), zumindest einen Teil der Zuwandernden ins Bundesgebiet zu lenken. Zwar gab es im Aufnahmeverfahren einen Verteilungsschlüssel für Übersiedler, aber dessen Missachtung blieb ohne Konsequenzen. Beginnend mit dem Abbau der Grenzanlagen an der österreichisch-ungarischen Grenze im Mai 1989 und der einsetzenden Massenzuwanderung ging es immer mehr darum, wenigstens ausreichend Notunterkünfte bereitzustellen. Wie angespannt die Lage war, belegen die Überlegungen Walter Mompers, Bauland in Brandenburg zu erwerben, um dort neue Exklaven für Wohnungssuchende einzurichten.⁰⁵ Senatorin Stahmer appellierte an die Bundesregierung, die finanziellen Mittel zur Bewältigung des Zustroms aufzustocken – ohne dies seien die Herausforderungen nicht zu bewältigen. Die Sig-

nale aus Bonn blieben indes verhalten.⁰⁶ Anfang November stellte sich West-Berlin mit Notunterkünften auf Hunderte von DDR-Flüchtlingen ein, die über Ungarn und die Tschechoslowakei einfliegen sollten.⁰⁷ Auch auf dem Arbeitsmarkt machte sich der Zuzug bemerkbar. Zwar fanden sich die Neuankommenden meist rasch in die neuen Verhältnisse ein, aber die Zahl der Arbeitssuchenden stieg, und nicht alle Ankommenden besaßen die geforderten Qualifikationen.

Als störend wurden indes andere Zuwanderer wahrgenommen. Besonders im überfüllten Aufnahmelaager Berlin-Marienfelde stießen Übersiedler auf Asylsuchende aus Subsahara-Afrika und Sri Lanka, die über den Ost-Berliner Flughafen Schönefeld nach West-Berlin gelangten, und Konflikte eskalierten mitunter. Dass die Ablehnung gegenüber den Zuwanderern bereits weit in die West-Berliner Gesellschaft reichte, zeigten die Abgeordnetenhauswahlen am 28. Januar 1989: 7,5 Prozent der West-Berliner Wahlberechtigten hatten für die fremdenfeindlichen und in Teilen rechtsextremen Republikaner gestimmt. Obschon die Partei sich schon im Laufe des Jahres heillos zerstritt, verschob sich der öffentliche Diskurs nach rechts.

West-Berlin war außerdem stärker noch als die Bundesrepublik als Ganzes abhängig von den Entwicklungen in Ost-Berlin. Der erzwungene Rücktritt des schwerkranken Erich Honecker von allen Ämtern und die Auftritte des „jugendlichen“ Nachfolgers Egon Krenz ebenso wie die Ankündigungen eines liberaleren Reisegesetzes für DDR-Bürger bestärkten die Verantwortlichen darin, sich Gedanken über das zukünftige

Nebeneinander zu machen, etwa was zusätzliche Grenzübergänge anbelangte.⁰⁸ Momper regte etwa die Einrichtung eines Gesamtberliner „Runden Tisches“ an,⁰⁹ selbst die deutsche Einheit schien wieder denkbar. In Frankreich warnte der Diplomat François Puaux im „Figaro“ Anfang November 1989, dass diese eine Verschiebung des europäischen Gefüges zur Folge haben werde.¹⁰ Sogar der Abriss der Berliner Mauer schien im Bereich des Möglichen. SPD-Politiker Jürgen Schmude setzte sich für diesen Fall dafür ein, Teile der Mauer als Denk- und Mahnmal zu erhalten. Er wurde daraufhin in Leserbriefen aufgefordert, er solle doch „sein Anwesen einmauern und unter Denkmalschutz stellen“; sein Ansinnen sei eine „Unverfrorenheit“.¹¹ Andere meinten gar, Schmude sei wohl „krank im Kopf“¹² oder zumindest „verwirrt“, sein Vorschlag ein „absurder Gedankenflitzer“.¹³ Kurzum: Wesentliche Veränderungen lagen gleichsam „in der Luft“. Auf die Geschwindigkeit der Ereignisse aber war kaum jemand vorbereitet.

AUSNAHMEZUSTAND

Angesichts der historischen Bedeutung der Maueröffnung erschienen die vergangenen Diskussionen und Auseinandersetzungen kleinlich. Noch heute wirken nicht nur die politischen Akteure in den Fernsehaufnahmen dieser Tage wie besoffen vor Freude. Tausende Menschen trafen sich an neu eröffneten Grenzübergängen, sammelten sich an der Mauer am Potsdamer Platz oder liefen mehr oder weniger ziellos am Kurfürstendamm, an der Gedächtniskirche und am Bahnhof Zoo herum.

In diesen Tagen zeigte sich West-Berlin quer durch alle Milieus den ostdeutschen Besucherinnen und Besuchern gegenüber gastfreundlich. So mancher beherbergte für eine Nacht Gäste aus

01 Als Basis dafür dient eine Durchsicht insbesondere der „Berliner Morgenpost“ (im Folgenden BM abgekürzt), ergänzend des „Berliner Tagesspiegel“ (BT) und der „Tageszeitung“ (taz). Aussagekräftig ist insbesondere die BM, da hier täglich Leserschriften in großer Anzahl abgedruckt wurden.

02 Vgl. „Wir machen nicht aus Spaß Krawall“. Spiegel-Interview mit den Kreuzberger Autonomen Alex und Ronnie über ihre Strategie der Gewalt, in: Der Spiegel, 8.5.1989, S. 115–120.

03 Vgl. 800 Unterschriften gegen Busspur in der Königsberger, in: BM, 3. 11. 1989, S. 12; Leserschrift „Existenzen werden bedroht“ von Jan M. Dittmann aus Berlin, in: BM, 3. 11. 1989, S. 28.

04 Vgl. Leserschrift „Autofreie Stadt“ von Sven Nießen aus Berlin, in: BM, 7. 11. 1989, S. 22.

05 Vgl. Berlin: Mompers Landsuche in der DDR, in: Der Spiegel, 25. 9. 1989, S. 14.

06 Vgl. Michael L. Müller, Fluchtwellen bringt dramatische Probleme für Berlin mit sich, in: BM, 8. 11. 1989, S. 1f.

07 Vgl. Ursula von Bentheim, Berliner Millionär: Flüchtlinge können in meinem Park wohnen, in: BM, 7. 11. 1989, S. 5.

08 Vgl. Uwe Dannenbaum, Krisensitzung bei BVG und Senat: So soll der Ansturm von „drüben“ bewältigt werden, in: BM, 8. 11. 1989, S. 3.

09 Vgl. Michael L. Müller, Momper für „Runden Tisch“ in Berlin, in: BM, 9. 11. 1989, S. 2.

10 Vgl. Berlin bald wieder Zentrum Europas?, in: BM, 9. 11. 1989, S. 1.

11 Leserschrift „Unverfrorenheit“ von Gerhard Kiank, in: BM, 5. 11. 1989, S. 44.

12 Leserschrift „Krank im Kopf“ von M. Freyer, in: BM, 12. 11. 1989, S. 86.

13 Vgl. Leserschrift „Gedankliche Verwirrung“ von Walter Schaumann aus Berlin, in: BM, 12. 11. 1989, S. 86.



Willy Brandt und Walter Momper auf der Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus
© dpa – Fotoreport

Ost-Berlin oder der restlichen DDR. Für kurze Zeit kannte die Großzügigkeit keine Grenzen – Kaffee, Kuchen, Schokolade und Bananen wurden gratis an die Ostdeutschen verteilt, und Museen und Theater verzichteten darauf, Eintritt von ihnen zu kassieren.¹⁴ Die Berliner Sparkasse und andere Geldinstitute erklärten sich bereit, die 100 D-Mark Begrüßungsgeld auszuzahlen, und entlasteten damit die zuständigen Sozialämter.¹⁵ Über 150 Millionen D-Mark Begrüßungsgeld flossen in den ersten Tagen nach dem Mauerfall – Geld, das in den meisten Fällen direkt dem West-Berliner Einzelhandel zugutekam. Nach dem Weihnachtsgeschäft hoffte dieser Anfang Januar 1990, mit der Auszahlung des 1990er-Begrüßungsgeldes gar auf einen weiteren Boom.¹⁶ Nur

14 Vgl. Volksbühne vergibt Karten, in: BM, 10. 11. 1989, S. 4; vgl. auch Sabine Puthz, Am Obststand bekam ein Ehepaar feuchte Augen, in: BM, 11. 11. 1989, S. 4; Christoph Lang, Freibier, Oper, Fußball für die Ost-Besucher, in: BM, 11. 11. 1989, S. 8.

15 Vgl. Noch vor Mitternacht strömten Tausende von Ost-Berlinern nach West-Berlin, in: BM, 10. 11. 1989, S. 1 f.

16 Vgl. Christoph Lang, Begrüßungsgeld – ein Motor für die West-Berliner Wirtschaft, in: BM, 14. 11. 1989, S. 4.

vereinzelt wurden die „Brüder und Schwestern“ schon jetzt als „leichte Beute“ ausgemacht, Menschen, denen man überteuerte Südfrüchte¹⁷ und jedweden Ramsch andrehen konnte.¹⁸

Schon für den Abend nach dem Mauerfall lud der Senat zu einer „Freiheitskundgebung“ am Rathaus Schöneberg, dem Sitz des West-Berliner Parlaments, ein (*Abbildung*). Allem Anschein nach sollte die Wahl des Veranstaltungsortes auch an jene Versammlung im August 1961 erinnern, auf der der damalige Regierende Bürgermeister Willy Brandt (SPD) gegen den Mauerbau am 13. August protestiert hatte – allerdings sollte die Veranstaltung am 10. November unter umgekehrten Vorzeichen stehen. Sie sollte der euphorischen Stimmung angemessenen Ausdruck geben, sollte dafür stehen, dass man gemeinsam die historische Stunde feierte. Während indes Willy Brandt und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP)

17 Vgl. Wucherpreise für Weintrauben, in: BM, 15. 11. 1989, S. 4.

18 Vgl. Händler locken mit Ramsch aus ganz Europa, in: BM, 19. 11. 1989, S. 5.

mit Beifall bedacht wurden, gingen die Worte des bei vielen West-Berlinerinnen und -Berlinern unbeliebten Bundeskanzlers Helmut Kohl (CDU) in einem gellenden Pfeifkonzert unter.¹⁹ Kohl reagierte auf diese Störung dünnhäutig und wehrte Versuche Momper, die Menge zu beschwichtigen, unwirsch ab.²⁰ Als „flegelhaft“ verurteilte ein auswärtiger Leser der „Berliner Morgenpost“ das Verhalten dieser „Berliner“ (die er wohlweislich, weil sie angeblich keine „echten“ Berliner seien, in Anführungszeichen setzte).²¹ Bis in den Dezember 1989 hinein äußerten weitere Leserinnen und Leser der „Berliner Morgenpost“, die dem Bundeskanzler eher nahe stand, Scham und Unverständnis für die Szenen vor dem Schöneberger Rathaus. Nicht wenige vermuteten, dass es sich um „bestellte“ (möglicherweise von „Ost-Berlin“ gelenkte) Proteste gehandelt habe, ohne dies zu präzisieren. „Es war ein Meer des Glücks. Es gab keine Parteien, es gab nur Deutsche, die zueinander gehörten“, beschrieb der Leser U. Manteufel die Situation, die die „Chaoten“ gestört hatten.²² Wenig erstaunlich angesichts solcher Hochgefühle war, dass die Parole „Nie wieder Deutschland!“ mit der linken Wiedervereinigungskritiker wenig später auf die Straße gingen, auf völliges Unverständnis traf.²³ Selbst die Worte Momper, der vom „Volk der DDR“ sprach, stießen auf Kritik.²⁴ Man müsse, im Gegenteil, die Gelegenheit beim Schopf ergreifen, alles Notwendige zur Vereinigung anstreben und die Mauer baldmöglichst beseitigen. Abwägendere Stimmen waren selten.²⁵

19 Vgl. Frank Langrock, Ein Tag, auf den die Berliner 28 Jahre lang gewartet haben, in: BM, 11. 11. 1989, S. 2.

20 Vgl. Kanzler beschwert sich über Pfiße, in: BM, 12. 11. 1989, S. 16.

21 Vgl. Leserzuschrift „Wie flegelhaft“ von Dieter Karbenk aus Hattingen, in: BM, 1. 12. 1989, S. 28.

22 Leserzuschrift „Es war wie ein Meer des Glücks“ von U. Manteufel aus Berlin, in: BM, 24. 11. 1989, S. 29. 1987 hatte der damalige Regierende Bürgermeister Diepgen im Zusammenhang mit den Ausschreitungen am 1. Mai in Kreuzberg von „Antiberlinern“ gesprochen: West-Berliner-Sein und zugleich „Chaot“ war in dieser Sichtweise, die sich auch die Morgenpost und ihre Leser zu eigen machten, nicht möglich.

23 Leserzuschrift „Krenz und die Karte Momper“ von Horst Stutz, Berlin, in: BM, 18. 11. 1989, S. 14.

24 Vgl. Leserzuschrift „Die Chance war nie so groß“ von Daniel Coybes aus Berlin und „Verfassungseid nicht beiseite schieben“ von Joachim F. Schultz aus Berlin, in: BM, 1. 12. 1989, S. 28.

25 Vgl. Leserzuschrift „Freiheit lassen“ von Jürgen Kohlschmidt, in: BM, 18. 11. 1989, S. 14.

Die Berliner Mauer als das sichtbarste Zeichen der Teilung stand ein ums andere Mal im Mittelpunkt des Interesses. Gerade in den ersten Tagen wurde jede weitere Grenzöffnung, jedes weitere Loch in der Mauer begeistert gefeiert. Mitte Dezember 1989, als sich der erste Jubel gelegt hatte, sorgte die Öffnung der Mauer am symbolträchtigen Brandenburger Tor für einen Höhepunkt, für das „schönste Weihnachtsgeschenk an alle Berliner“, wie Oppositionsführer Diepgen meinte.²⁶ Parteizugehörigkeiten waren in der Auseinandersetzung über die Zukunft der Mauer nebensächlich: Auch Momper hätte es am liebsten gesehen, dass die ostdeutsche Regierung die Mauer stückweise verkauft und rasch abbaute. Wenn sich Teile davon verkaufen ließen – umso besser. Stimmen für den Erhalt von Teilstücken kamen aus der Kulturszene, etwa vom späteren Kultursenator Ulrich Roloff-Momin und dem Direktor des im Aufbau befindlichen Deutschen Historischen Museums Christoph Stözl.²⁷ Die West-Berliner Fachleute erörterten die Denkmalwürdigkeit des Bauwerks ebenfalls, erinnerten aber daran, dass in dieser Angelegenheit Ost-Berlin zu entscheiden habe.²⁸ Im Alltag nahmen außerdem Hunderte von „Mauerspechten“ den Betonwall in Eigeninitiative auf Korn – mit Werkzeugen aller Art schlugen sie kleine und größere Brocken aus der Mauer, wobei ihr Interesse vor allem der bemalten Westseite galt.²⁹ Die West-Berliner Polizei schritt nur sporadisch ein.³⁰ Es überwog der Stolz darauf, dass auch Prominente, wie die TV-Moderatorin Carolin Reiber, Mauerbrocken mit nach Hause nahmen.³¹

In diesen ersten euphorischen Tagen gab es nur wenige Missklänge. Lediglich die enormen zusätzlichen Kosten, für die West-Berlin aufzukommen hatte, etwa für Notunterkünfte und Versorgung von Übersiedlern, von denen sich

26 „Das schönste Weihnachtsgeschenk an alle Berliner“, in: BM, 20. 12. 1989, S. 3.

27 Vgl. Susanne Holl, Schandfleck oder Kulturdenkmal? Zukunft der Mauer ist umstritten, in: BM, 19. 11. 1989, S. 5.

28 Vgl. Rainer Stache, Denkmalschützer denken über die Mauer nach, in: BM, 14. 11. 1989, S. 6.

29 Vgl. Rüdiger Scharf, „Mauerspechte“: Das große Geschäft mit den kleinen Steinen, in: BM, 16. 11. 1989, S. 4; ders., Ein Stück Mauerkrone für den Garten in Texas, in: BM, 17. 11. 1989, S. 4.

30 Vgl. Kurz notiert: Behörden verboten Handel mit Mauer, in: BM, 30. 11. 1989, S. 7.

31 Vgl. Ein Brocken für Carolin Reiber, in: BM, 3. 12. 1989, S. 6.

weiterhin täglich bis zu 500 meldeten,³² oder für die Verkehrsbetriebe, bereiteten den Verantwortlichen Sorgen.³³ In der Frage zusätzlicher Subventionen vom Bund waren sich sogar die ansonsten erbitterten Kontrahenten Momper und Diepgen einig,³⁴ aber erst Ende November kamen positivere Signale aus Bonn.³⁵

„NEUE NORMALITÄT“

Für die „Berliner Morgenpost“ herrschte ab dem 21. November eine „neue Normalität“,³⁶ die sich äußerlich kaum von den vorangegangenen Tagen unterschied. Aber nun klagten einzelne über die drangvolle Enge in der Straßenbahn oder über die Abgase von Trabant und Wartburg auf den West-Berliner Straßen.³⁷ Es könne nicht angehen, so der Tenor, dass West-Berliner von Fahrverboten bedroht würden, Ostdeutsche aber nicht. „Gleiches Recht für alle“ lautete auch die Parole, wenn es um die Forderung nach Beseitigung der Visumpflicht für West-Berliner bei Reisen in die DDR und nach Ost-Berlin ging. Gerade für Rentnerinnen und Rentner seien die geforderten 25 D-Mark „Zwangsumtausch“ schwer aufzubringen.³⁸ Der Senat griff diese Forderungen Ende November 1989 auf.³⁹

Verkehrssenator Horst Wagner (SPD) und Umweltsenatorin Michaela Schreyer (AL) riefen die Ostdeutschen wiederholt auf, mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach West-Berlin zu kommen.⁴⁰ Nicht allein die Umweltbelastung wurde dabei angesprochen.⁴¹ Ebenfalls zur Sprache kam die „Überforderung“ ostdeutscher Fahrerinnen und Fahrer mit dem West-Berliner Verkehr. Allzu

häufig würden Autos falsch geparkt, zudem habe die Gefahr für Radfahrende durch die unsicheren Verkehrsteilnehmer zugenommen.⁴²

„Normalität“ bedeutete aber auch, dass sich die kurzzeitig verdrängten Alltagsprobleme und -ärgernisse wieder in den Vordergrund schoben. Eine Spitzenposition unter diesen nahm nach wie vor der „Polenmarkt“ ein. Anwohnerinnen und Anwohner beschwerten sich wiederholt über Dreck, Prostitution und Kriminalität, die im Umfeld des Marktes herrschten. Bürgermeister Momper wies – wenig geschickt – darauf hin, dass man es mit Problemen zu tun habe, die das Metropolendasein mit sich bringe.⁴³ Eine neue Stoßrichtung erhielt die Kritik dadurch, dass sie sich mit den ostdeutschen Klagen über polnische „Spekulant“ traf, die angeblich massenhaft ohnehin knappe und zudem stark subventionierte Waren aufkauften, um sie anschließend in West-Berlin anzubieten.⁴⁴ Berichten zufolge machten sich die in erster Linie gegen Polen gerichteten ostdeutschen Ausfuhrbestimmungen am Reichpietschufer durch eine „Flaute“ und eine zwischenzeitlich geringere Anzahl von Anbietern bemerkbar.⁴⁵ Ungeachtet der Vorbehalte kamen auch ostdeutsche Besucher, einige verkauften zeitweise Tafelgeschirr oder Modelleisenbahnen auf dem „Polenmarkt“;⁴⁶ andernorts begann der Handel mit Devotionalien der Nationalen Volksarmee.⁴⁷

Polen und Polinnen blieben nicht die einzigen, die sich das unmittelbare Nebeneinander von zwei Währungen so unterschiedlicher Stärke zunutze machten. Nicht wenige Ostdeutsche nutzten die teils chaotischen Verhältnisse bei der Ausgabe des Begrüßungsgeldes, um mehrfach zu kassieren. Andere versuchten, wie etwa die Ost-Berliner Rentner, ihre knappen Einkünfte wenigstens vorübergehend aufzubessern. Die 100 D-Mark Begrüßungsgeld wurden „schwarz“ in

32 Vgl. Rüdiger Scharf, 500 pro Tag: Zahl der Übersiedler pendelt sich ein, in: BM, 21. 11. 1989, S. 5.

33 Vgl. Frank Langrock, Senat besteht auf erhöhter Bundeshilfe, in: BM, 18. 11. 1989, S. 12.

34 Vgl. Michael L. Müller, Momper will 785 Millionen zusätzlich aus Bonn, in: BM, 1. 12. 1989, S. 9.

35 Vgl. Waigel will Finanzhilfe an Berlin prüfen, in: BM, 29. 11. 1989, S. 15.

36 Titel einer Rubrik, die die BM ab 21. 11. 1989 einführte.

37 Vgl. Leserschrift „Lebensgefährliches Gedränge“ von Hertha Schütze aus Berlin 47, in: BM, 15. 12. 1989, S. 20.

38 Vgl. Leserschrift „Keinen Pfennig“ von Günter Förster aus Berlin 42, in: BM, 22. 11. 1989, S. 43.

39 Vgl. Michael L. Müller, Momper fordert Ende des Zwangsumtauschs, in: BM, 24. 11. 1989, S. 1.

40 Vgl. Senator Wagner appelliert: Laßt die Autos zu Hause, in: BM, 16. 11. 1989, S. 4.

41 Vgl. Rainer Stache, Nein zum Auto auch nach der Maueröffnung, in: BM, 25. 11. 1989, S. 3.

42 Vgl. Radfahrer fürchten Auto-Fahrer von drüben, in: BM, 30. 11. 1989, S. 7; Christoph Lang, „Noch gibt’s keine Strafzettel für falsch geparkte Trabis“, in: BM, 5. 12. 1989, S. 4.

43 Vgl. Leserschrift: „Politikern sollten mit Anwohnern tauschen“ von Heinz Schlichka aus Berlin 42, in: BM, 3. 12. 1989, S. 44.

44 Vgl. Leserschrift „Mehrzahl der Polen sind Touristen“ von Uwe Skodowski, in: Berliner Zeitung, 25. 11. 1989, S. 3.

45 Vgl. Flaute auf dem Polenmarkt, weil DDR den Billig-Kauf erschwerte, in: BM, 26. 11. 1989, S. 1.

46 Vgl. Polen bekommen auf dem Polenmarkt Konkurrenz, in: BM, 18. 11. 1989, S. 5.

47 Vgl. Lutz-Peter Naumann, An der Mauer floriert der Ost-West-Handel mit DDR-Militaria, in: BM, 9. 12. 1989, S. 4.

Ostmark getauscht, wobei die Rentner vom rasch fallenden Kurs der DDR-Mark profitierten.

Die offenen Grenzen begünstigten zudem die Schwarzarbeit von Ost-Berlinern im Westteil.⁴⁸ Sorgte sich die West-Berliner Politik vor allem um die Konkurrenz auf dem ohnehin angespannten Arbeitsmarkt, so befürchtete die Ost-Berliner Verwaltung eine weitere Schwächung ihrer Betriebe. DDR-Regierungschef Hans Modrow befürchtete durchaus zu Recht, dass die wirtschaftlichen Folgen der offenen Grenze für die DDR katastrophal sein könnten. Anders als vor 1961 bemühten sich aber nun West und Ost gemeinsam, das illegale „Grenzgängertum“ zu bekämpfen.⁴⁹ In diesem Sinne war auch die Idee, (arbeitslose) West-Berliner Ärzte nach Ost-Berlin einzuladen, zu verstehen.⁵⁰ Als eher randständiges Problem erschien es, dass sich vietnamesische „Vertragsarbeiter“ aus Ost- nach West-Berlin absetzten, solange es bei Einzelfällen blieb.⁵¹

Die Aufnahme von Übersiedlern aus Ost-Berlin wurde Streitthema. Ende November 1989 „schob“ der Senat erstmals einzelne von ihnen ins Bundesgebiet „ab“.⁵² Nicht nur bei der CDU-Opposition sorgte dies für Empörung: Eberhard Diepgen äußerte Unverständnis darüber, dass Innensenator Erich Pätzold (SPD) zwar selbst abgelehnten Asylbewerbern Aufenthalt gewähre, den „eigenen Landsleuten“, denen, „die hier in Berlin aufgewachsen und zur Schule gegangen sind“, aber ähnliches verweigere.⁵³ Die Gegenüberstellung Diepgens ist insofern symptomatisch, als der Prozess der Ausgrenzung von Fremden, seien dies nun „Asylanten“ oder „Gastarbeiter“, fortschritt. Ingrid Stahmer und Barbara John (CDU) als Ausländerbeauftragte machten insbesondere unter den Zuwandernden aus der DDR und Osteuropa fremdenfeindliche Tendenzen aus.⁵⁴

48 Vgl. Rüdiger Scharf, Schwarzarbeit: Schnelle Mark mit einem West-Job?, in: BM, 21. 11. 1989, S. 5.

49 Vgl. Momper und Krack wollen Schwarzarbeit bekämpfen, in: Berliner Zeitung, 22. 12. 1989, S. 1.

50 Vgl. Martina Fischer, 500 Ärzte wollen in Ost-Berlin arbeiten, in: BM, 21. 11. 1989, S. 5.

51 Vgl. Chris Sommer, Vietnamesen nutzten offene Grenzen, in: BM, 16. 11. 1989, S. 8.

52 Vgl. Rüdiger Scharf, Aufnahmebeschränkung für Umsiedler, in: BM, 30. 11. 1989, S. 7.

53 Michael L. Müller, Diepgen: Senat darf Berlin nicht „noch mal teilen“, in: BM, 30. 11. 1989, S. 7.

54 Vgl. „Schiefes“ Bild von Ausländern?, in: BM, 30. 11. 1989, S. 8.

ALLTAG EINHEIT

Es überwogen die optimistischen Stimmen: Dass ein geeintes Berlin Hauptstadt der Bundesrepublik sein werde, daran zweifelte hier kaum jemand. Die Pläne aber reichten weiter, und insbesondere ein Gedanke gewann in Ost- und West-Berlin rasch prominente Unterstützer: Beide Stadthälften sollten gemeinsam die Olympischen Sommerspiele 2004 ausrichten. Der Bundestag mit Ausnahme der Grünen setzte sich für die Bewerbung ein, der US-amerikanische Präsident George H. W. Bush und der sowjetische Regierungschef Michail Gorbatschow hatten Zustimmung signalisiert. Nicht nur in diesem Kontext war es verständlich, dass ein Verzicht auf den Ausbau des Flughafens Tegel (wie er zuvor erörtert worden war) nicht mehr infrage kam. Stattdessen schien eine Erweiterung der Flugkapazitäten zwingend notwendig, ob dies nun den Ausbau Schönefelds betraf oder die Entwicklung eines weiteren Standortes.

Intensiv diskutiert wurde auch die Planung der Innenstadt. Schon wenige Tage nach Maueröffnung erörterte die „Berliner Morgenpost“ Pläne zur Bebauung des Potsdamer Platzes. Als Basis dafür dienten Planungen aus dem Jahr 1983. Der zu Mauerzeiten vernachlässigte Stadtraum sollte so wieder bebaut werden, dass seine Ergänzung nach Osten kein Problem darstelle – allein die Verkehrsführung war in diesem Konzept offen.⁵⁵ Erörtert wurden Vorschläge, den nun obsolet gewordenen Grenzstreifen in eine Autobahn umzuwidmen,⁵⁶ die neue Metropole schien mit der Verringerung des Individualverkehrs nicht mehr vereinbar.

Berlin sollte zukünftig als westliche Metropole noch stärker nach Ost- und Südosteuropa ausstrahlen. Nach dem Mauerfall wurde das Umland immer stärker in diese Überlegungen miteinbezogen.⁵⁷ Dazu gehörte auch, dass findige West-Berliner mittels „Strohmann“ ab November versuchten, Immobilien im Umland, aber auch in Dresden und Leipzig zu erwerben.⁵⁸

55 Vgl. Michael Dieterici, Berlin Mitte: Scharnier zwischen Ost und West, in: BM, 14. 11. 1989, S. 11.

56 Vgl. Ost-Berliner Planer schlägt vor: Stadt-Autobahn statt der Mauer, in: BM, 26. 11. 1989, S. 1.

57 Vgl. Michael L. Müller, Neue CDU-Pläne zum „Großraum Berlin“: Berlin – wichtigste Metropole zwischen Paris und Moskau, in: BM, 24. 11. 1989, S. 4.

58 Vgl. Christoph Lang, Von Strohmännern, Erbtanten und Immobilienspekulanten, in: BM, 24. 11. 1989, S. 7.

Mancher West-Berliner tauchte auch unvermittelt vor einem Eigenheim in Kleinmachnow oder anderswo auf und machte Besitzansprüche geltend.⁵⁹

West-Berlin „wuchs“ auch in anderen Bereichen nach Ost-Berlin und ins Umland. Die Freigabe des Gebrauchtwagenimports in die DDR Anfang 1990 erlaubte es nicht nur Hunderten von DDR-Bürgern sich den Traum vom eigenen Auto zu erfüllen, sondern es begannen auch goldene Zeiten für windige Geschäftemacher. Schon vor der Währungsunion verkauften sie etliche, meist übertriebene und teils schrottreife West-PKW nach Ost-Berlin und in die DDR. Sekten wie die Scientology-Kirche rekrutierten ebenso Anhänger wie die fremdenfeindlichen Republikaner.⁶⁰ Selbstverständlich trieb viele West-Berliner auch schlechte Neugier ins Umland.

Andere wurden von den Freiräumen im Osten angezogen: Junge Leute aus West-Berlin besetzten leer stehende Häuser in Ost-Berlin. Teils organisierten sie sich gemeinsam mit Ost-Berliner Gleichgesinnten, teils herrschte aber auch Unverständnis wegen der unterschiedlichen „Besetzerkultur“. Nicht selten meinten auch diese „Wessis“, den „Ossis“ erst beibringen zu müssen, wie man etwas „richtig“ macht.⁶¹ Die Ost-Berliner Stadtregierung stand den Besetzungen hilflos gegenüber, ebenso wie den illegalen Clubs und Bars. Letztlich war es die West-Berliner Polizei, die die Mainzer Straße im November 1990 räumte. Der rot-grüne Senat zerbrach über dieser Auseinandersetzung endgültig, und bis auf Weiteres standen die Zeichen in der nun vereinten Stadt für politische „Experimente“ schlecht. Denn im Laufe des Jahres 1990 deutete sich bereits an, dass die Einheit mit einem Verzicht auf Subventionen, die an den bisherigen Sonderstatus der Stadt geknüpft gewesen waren, verbunden war. Hinzu kamen wirtschaftliche und

soziale Probleme, die durch den Wegzug von Unternehmen entstanden.

Der „Polenmarkt“ machte eine neue von Osteuropa ausgehende Armut- und Arbeitsmigration bereits vor der Wende deutlich. In den folgenden Jahrzehnten setzte sich diese Tendenz fort. Überfüllte Pendlerzüge von der polnischen Grenze nach Berlin sprechen bis heute eine deutliche Sprache.⁶²

Aber nicht nur aus Polen kommen die Berufspendler: Tausende von Menschen pendeln heute täglich aus dem „Speckgürtel“ in die Innenstadt, die Metropolregion Berlin wächst Jahr um Jahr. Damit steht Berlin im krassen Gegensatz zu West-Berlin, das auch seine Besonderheit als Insel mit begrenztem Wachstum auszeichnete. Der Mauerfall leitete nicht nur das Ende der Isolierung vom Umland ein – er war auch ein Zeichen dafür, dass von den „Roten“ keine existenzielle Gefahr mehr ausging. Gleichzeitig verlor die „Mauerstadt“ einen Teil ihrer Identität. Der Kampf um den Erhalt von West-Berliner Nischen dauert bis heute an – auch unabhängig von sporadisch verkündeten Revivals.⁶³

59 Vgl. Klaus-Jürgen Warnick zit. nach Elke Kimmel, *Lebensgeschichte Einheit. Eine Interviewcollage*, in: Stiftung Deutsches Historisches Museum (Hrsg.), *Alltag Einheit. Porträt einer Übergangsgesellschaft*, Berlin 2015, S. 62f.

60 Vgl. Warnung vor Sektenaktivitäten, in: *Neue Zeit*, 25. 11. 1989, S. 3.

61 Vgl. Dirk Moldt zit. nach Kimmel (Anm. 59), S. 66f.

62 Mathias Schulz, *Völkerwanderung am Freitag*. Spiegel-Redakteur Mathias Schulz über die neuen Gastarbeiter aus dem Osten, in: *Der Spiegel*, 21. 11. 1994, S. 54–60.

63 Vgl. Elke Kimmel, *West-Berlin. Biografie einer Halbstadt*, Berlin 2018, S. 215.

ELKE KIMMEL

ist promovierte Historikerin, Kuratorin und Leiterin des Barnim Panoramas in Wandlitz.

e.kimmel@barnim-panorama.de

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



APuZ

Nächste Ausgabe

38-39/2019,

16. September 2019

VENEZUELA

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. August 2019

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash (verantwortlich für diese Ausgabe)

Anne-Sophie Friedel

Johannes Piepenbrink

Frederik Schetter (Volontär)

Anne Seibring

apuz@bpb.de

www.bpb.de/apuz

twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell

Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,

Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung

Das **Parlament** ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.

Im Ausland zzgl. Versandkosten.

FAZIT Communication GmbH

c/o InTime Media Services GmbH

fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz